



Auswärtiges Amt

Zehntes Forum Globale Fragen



**Kein Frieden ohne Entwicklung, keine Entwicklung ohne Frieden
Sicherheitspolitik zwischen Militäreinsatz und Entwicklungshilfe**

Bonn, 24. - 25. Juni 2004

In Zusammenarbeit mit *Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung*

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

Bonn International Centre for Conversion

Zehntes
Forum Globale Fragen

Kein Frieden ohne Entwicklung, keine Entwicklung ohne Frieden
Sicherheitspolitik zwischen Militäreinsatz und Entwicklungshilfe

Bonn, 24. - 25. Juni 2004
Wasserwerk

Photos: Jürgen Gebhardt, Berlin

Herausgeber: Auswärtiges Amt,
Arbeitsstab Globale Fragen
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel.: 01888/17-0 oder 030/5000-0
Internet: <http://www.auswaertiges-amt.de>
E-Mail: poststelle@auswaertiges-amt.de

Druck:

Begrüßung: Dr. Otto Lampe, Leiter des Arbeitsstabs Globale Fragen

Eröffnungsvortrag: Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel
Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung

- **Panel 1: Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung**
Wer schafft sie, und für wen?

Prof. Dr. Lothar Brock, Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt
Benedette Muthien, International Peace Research Association, Kapstadt
Dr. Elisabeth Rehn, ehemalige finnische Verteidigungsministerin, Helsinki
Botschafter Michael Steiner, Ständiger Vertreter Deutschlands bei den VN in Genf
Moderation: Dr. Winrich Kühne, Direktor des Zentrums für Internationale Friedensein-
sätze, Berlin
Diskussion

- **Panel 2: Schwerter und Pflugscharen? Zur (Neu-) Bestimmung des**
Verhältnisses von Entwicklungspolitik und Militäreinsatz.....

Generalmajor Johann-Georg Dora, Einsatzführungskommando der Bundeswehr
Dr. Reinhard Hermle, VENRO e.V., Aachen
Ministerialdirigent Adolf Kloke-Lesch, BMZ, Bonn
Dr. Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Bonn
Moderation: Peter J. Croll, Direktor des Bonn International Center for Conversion
Diskussion.....

Impulsreferat: "Die Bedeutung der Entwicklungspolitik
für eine moderne Sicherheitspolitik"
Staatssekretär Erich Stather, BMZ.....

- **Panel 3: Die Reform des Sicherheitssektors als Aufgabe**
der Entwicklungszusammenarbeit

Nicole Ball, Center for International Policy, Washington
Prof. Dr. Peter Herrle, TU Berlin, Leiter der Habitat Unit
Richard Manning, Vorsitzender des Development Assistance Committee der OECD
Len le Roux, Institute for Security Studies, Pretoria

Moderation: Bernd Hoffmann, Abteilungsleiter GTZ Eschborn

Diskussion.....

- **Panel 4: Wirtschaftliche Akteure in Gewaltkonflikten**
Gefahren und Chancen für Frieden und Sicherheit

Christine Batruch, Lundin Petroleum AB, Genf

Gareth Evans, Präsident der International Crisis Group, Brüssel

Dr. S. Mansoob Murshed, Institute for Social Studies, Den Haag

Prof. Herbert Wulf, Projektleiter und ehemaliger Direktor des BICC, Bonn

Moderation: Prof. Dr. Michael Bohnet, Ministerialdirektor a.D., Bonn

Diskussion.....

- **Teilnehmerliste**
- **Was ist das "Forum Globale Fragen"?**
- **Die Veranstalter stellen sich vor**

***Redaktion:** Dr. Thomas Fitschen / Ulrike Ungewiß, Arbeitsstab Globale Fragen*

Die Diskussionsbeiträge wurden weitgehend in ihrer ursprünglichen Form abgedruckt.

Der Arbeitsstab dankt Frau Ursula Bergermann und Rechtsreferendar Maik Martin für ihre wertvolle Hilfe bei der Erstellung des Manuskripts sowie Frau Christina Gille, Frau Ricarda Roos, Frau Vera Städig, und Herrn Willem Jaspers für ihre Mitarbeit bei der Durchführung des "Forums".

Begrüßung durch den Leiter des Arbeitsstabs Globale Fragen,

Dr. Otto Lampe

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde des Forums Globale Fragen, eigentlich hätte an dieser Stelle heute hier Staatsministerin Kerstin Müller stehen sollen und wollen. Aufgrund der aktuellen Ereignisse im Sudan, Darfur, ist sie allerdings kurzfristig verpflichtet mit einer Reihe von bilateralen Besuchen in der Region, Äthiopien und Kenia u. a. zu eruiieren, inwieweit die jeweiligen Regierungen zur Stabilisierung der Lage beitragen können. Und deswegen kann sie heute nicht hier bei uns sein, was sie ausgesprochen bedauert, und wir teilen dieses Bedauern mit ihr.

Wir freuen uns dafür umso mehr, dass der Doyen der deutschen Konflikt-, Sicherheits- und Friedensforschung, Professor Dr. Ernst Otto Czempel, heute bei uns sein kann und uns mit einem Impulsreferat in die Thematik einführt und hoffentlich auch einige kontroverse Meinungen mit auf den Weg gibt, die uns dann in den nächsten zwei Tagen beschäftigen.

Darfur ist ein Stichwort für das Thema, das wir miteinander besprechen werden, genauso wie man etwa Bagdad nennen könnte oder Kundus oder Kosovo. Das sind Stichworte zu der Frage: Was kommt erst, Entwicklung oder Sicherheit? Oder ist es nicht sinnvoll, beide Themenfelder miteinander zu verknüpfen, zu vernetzen? Ist es nicht so, dass wir, anstatt uns über das "ob" zu unterhalten, wir vielmehr die Frage miteinander

untersuchen sollten, wie man beide Politikbereiche miteinander nachhaltig verbinden kann, um Stabilität, Wachstum und Entwicklung und vor allen Dingen auch Sicherheit in den betroffenen Regionen zu schaffen?

Aber nicht ich, sondern 21 Panelistinnen, Panelisten und Moderatoren aus acht Ländern werden uns zu diesem Thema in den nächsten beiden Tagen zur Verfügung stehen. Wir als Auswärtiges Amt und unsere Partner bei dieser Veranstaltung erhoffen uns natürlich für unsere Arbeit konkrete Handlungsoptionen, Empfehlungen, die wir dann auch operativ in den Bereichen der Politik, in denen wir jeweils tätig sind, umsetzen können. Vor 15 Jahren hätte dieses Thema noch nicht in dieser Form diskutiert werden können. Damals galt noch ein anderes Koordinatenkreuz, nämlich Sicherheitspolitik war ein Thema für Ost-West-Beziehungen, und Entwicklungspolitik war ein Thema für den Nord-Süd-Dialog. Heute sind, wie ich meine, all diese Themenbereiche miteinander verbunden, und es gilt, strategische intelligente Optionen zu entfalten, sie auch wirklich zur Wirkung zu bringen.

Wir freuen uns, dass wir hier im Wasserwerk zusammentreffen können, denn das Wasserwerk ist, wie kaum ein anderer Ort in Deutschland, Symbol für diese politische Zeitenwende, die vor 15 Jahren eingetreten ist. Denn hier haben die Ab-

geordneten des Deutschen Bundestages von 1986 bis 1992, also drei Jahre vor und drei Jahre nach der Wendezeit getagt. Und ich glaube, das war mit die entscheidende Phase und Periode der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wir freuen uns auch, dass wir das erste Mal außerhalb von Berlin in Bonn tagen können, auch deswegen, weil sich Bonn in zunehmender Weise in den letzten Jahren zu einem Nord-Süd-Zentrum entwickelt hat. Ein sichtbares Beispiel ist dafür das Gerüst, das den Langen Eugen dort drüben, wenn man aus dem Fenster schaut, einfriedet, in dem dann der VN-Campus für die 600 oder 700 VN-Mitarbeiter entstehen soll, die hier in diversen Sekretariaten und Organisationen tätig sind. Aber die Wahl auf Bonn ist auch u. a. deswegen gefallen, weil hier zwei unserer Mitveranstalter oder ihren Hauptsitz haben. Das ist einmal das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und zum anderen das Bonn International Centre for Conversion. Ein dritter Partner, die GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit), befindet sich auch im weiteren Umfeld von Bonn, nämlich in Eschborn, so dass wir insge-

samt hier froh sind, hier auch ein bisschen vom *genius loci* profitieren zu dürfen.. In jedem Fall bedanken wir uns für die Gastfreundschaft.

Ich möchte jetzt bevor wir anfangen Ihnen ganz kurz unseren Gastredner, unseren Eingangs-, Eröffnungs-Impulsgeber Prof. Dr. Ernst Otto Czempiel vorstellen, auch wenn ich wohl davon ausgehen darf, dass er für die Allermeisten von Ihnen keiner Vorstellung bedarf. Er ist, behauptete ich mal, der Doyen der deutschen Friedens- und Konfliktforscher, Gründer und langjähriger Forschungsdirektor der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Sein beruflicher, wissenschaftlicher und auch politischer Werdegang hat ihn über Mainz, Darmstadt, New York, Marburg, Frankfurt und jetzt schließlich aktuell auch wieder an die Notre Dame University in Indiana zurückgebracht, wo er am "Institute for International Peace Studies" arbeitet. Ich übergebe Ihnen das Wort und freue mich auf eine ergiebige und uns alle beflügelnde Diskussion zu diesem wichtigen Thema. Vielen Dank.

Eröffnungsvortrag von Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Vielen Dank, Herr Dr. Lampe, für die freundliche Einführung und auch natürlich vor allem für die Einladung, vor diesem wichtigen Gremium über ein außerordentlich kompliziertes und wichtiges Thema zu reden, über Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung - wer schafft sie, und für wen? Wer wird sie denn schaffen und zu wessen Gunsten, das ist die Frage. Ich kann in der mir zur Verfügung stehenden Zeit, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, das werden Sie verstehen, Ihnen nur Stichworte zuwerfen, aber angesichts der in diesem Raum versammelten Kompetenz bin ich auch sicher, dass ich keine Missverständnisse erzeugen werde, wohl aber Kontroversen. Und das, wie Herr Dr. Lampe schon angedeutet hat, ist ja auch der Sinn meiner Übung.

Ich möchte Ihnen in den paar Minuten, die ich habe, meine These vorstellen, dass Sicherheit unter den Bedingungen der Gesellschaftswelt, die wir heute haben, möglich ist, herstellbar ist, aber ein ganz anderes Paradigma von auswärtiger Politik erfordert, und dass die große Schwierigkeit darin besteht, das alte, noch immer gebräuchliche Paradigma weiter zu entwickeln, es natürlich nicht ganz zu vernachlässigen, aber es doch aufzugeben zugunsten eines anderen, das auf die vorherrschenden Bedingungen zugeschnitten ist, die wir heute vor uns haben und die sich von denen, die die alte

Staatenwelt gekennzeichnet haben, substantiell -in meinen Augen fundamental – unterscheiden. Unter diesen Bedingungen ergibt sich, dass unter Sicherheit sehr viel mehr zu verstehen ist als nur die Verteidigungsfähigkeit. Sicherheit besteht dann, *nur* dann, wenn kein Staat von einem anderen mehr mit Gewalt bedroht wird, wenn also sichergestellt ist - und zwar verlässlich sichergestellt ist -, dass alle politischen Konflikte ohne die Anwendung organisierter militärischer Gewalt gelöst werden.

Das klingt utopisch, ist es aber nicht, wenn Sie den Blick auf Westeuropa seit 1945 werfen, auf die Europäische Union und auf deren Osterweiterung am 1. Mai dieses Jahres, also gerade mal vor ein paar Wochen. Es ist nicht utopisch, wenn Sie auf die Atlantische Gemeinschaft schauen, auf die zahllosen Friedenszonen, die es auf dieser Welt schon gibt. Es ist also sehr wohl möglich, diesen Grad von Sicherheit zu schaffen, der allein den Begriff verdient – freilich immer unter der Voraussetzung, dass man davon abgeht, diese Sicherheit mit Verteidigungsmaßnahmen, also mit militärischen Maßnahmen schaffen zu wollen. Dies kann nicht gehen. Verteidigungspolitik gehört der Staatenwelt an, die, wie ich vorhin erwähnt habe, so nicht mehr existiert. Verteidigungspolitik ist nicht überflüssig geworden. Sie ist ein Reservat des Notwendigen, weil man, bis die neuen

Bedingungen hergestellt sind, nie ausschließen kann, dass der Verteidigungsfall eintritt. Aber die dafür erforderlichen Militärpotentiale sollen eben die Reserve bilden, die Rückfallposition, nicht die Speerspitze, wirklich die letzte einsatzfähige Strategie, als die sie auch immer bezeichnet werden. Aber trotzdem sie sind eben in aller Regel die ersten, die eingesetzt werden. Sicherheit in diesem Sinne ist also nicht mit militärischen Mitteln, sondern durch politische herzustellen.

Sicherheit als verlässliche Eliminierung der Gewalt ist nur dann möglich, wenn die Gewaltursachen aus dieser Welt verschwinden. Und diese Gewaltursachen müssen beseitigt werden. Es gibt davon deren sechs, mit denen ich Sie jetzt hier gar nicht behelligen werde. Es gibt sechs, die sich in drei Zweiergruppen gliedern lassen, und ich möchte nur zwei von diesen drei Gruppen erwähnen. Die wichtigsten sind Herrschaftssysteme und der Einfluss der Interessengruppen. Wir, die Politikwissenschaft, vermuten in diesem Bereich die wichtigste Gewaltquelle. Darauf komme ich kurz zu sprechen, und mit einem Blick zum Schluss möchte ich Sie auf eine weitere Doppelgruppe der Gewaltursachen aufmerksam machen, die erfahrungsgemäß sehr schwer zu verstehen ist, weil man sie überhaupt nicht sehen kann, weil sie sich erst dann zeigt, wenn man das Prisma der Wissenschaft auf sie richtet; das ist die Struktur des internationalen Systems, die Anarchie des internationalen Systems und darin die Konfiguration der Macht.

Ich werde, seien Sie unbesorgt, mich im wesentlichen mit der schon genannten zweiten Gruppe beschäftigen und erst zum Schluss auf die dritte kommen, die *Herrschaftssysteme*. Die Herrschaftssysteme sind in den Augen der Politikwissenschaft - ich sage das immer mit Vorsicht, weil es natürlich auch innerhalb der Politikwissenschaft Kontroversen darüber gibt - insofern die wichtigste Gruppe, weil wir in den autoritären diktatorischen Herrschaftssystemen die wichtigste Gewaltursache orten. Diese Systeme sind auf Gewalt nach innen angewiesen und deswegen auch immer geneigt, Gewalt nach außen anzuwenden. Diese Gruppe der Herrschaftssysteme bringt uns deswegen auch die modernen Erscheinungsformen des Krieges in Sicht, die Bürgerkriege. Die meisten Kriege dieser Welt sind Bürgerkriege. Im Jahr 2002 waren es 32 von 33 Kriegen, die gezählt worden sind. Und die Herrschaftssysteme bringen auch in Erscheinung, was heute mit Recht zu den größten Gefahren zählt, nämlich den politischen Terrorismus. Und insofern muss die vorhin angebotene Definition von Sicherheit, "Sicherheit besteht dann, wenn kein Staat mehr von einem anderen mit Gewalt bedroht wird", ergänzt werden durch eine zweite: "*Sicherheit besteht dann, wenn die innere Struktur der Staaten und die Struktur des internationalen Systems so geordnet sind, dass keine Akteure, auch keine gesellschaftlichen Akteure mehr einen Anlass und die Möglichkeit dazu haben, zu Gewalt gegen Regierungen und Gesellschaften zu greifen*". Das ist ein sehr umfang-

reiches Programm, wie Sie unschwer er-
messen. Und Sie werden es mir nachse-
hen, wenn ich es wirklich nur ganz
abbreviatorisch, aber ich mit solchen Ak-
zenten hier skizziere, die Sie für Ihre
kommenden Diskussionen interessieren.

Die wichtigste Sicherheitsstrategie in
dem Sinne, dass sie die wichtigste Ge-
waltursache beseitigt, muss also darin be-
stehen, die Herrschaftssysteme zu demo-
kratisieren, wobei ich unter Demokrati-
sierung nicht den Transfer des westlich
liberalen Systems, sondern ganz allge-
mein die Partizipation der Beherrschten
an den Prozessen der Herrschaft verstehe,
wie immer diese Partizipation organisiert
wird. In dem Theorem vom demokrati-
schen Frieden, das in der Politikwissen-
schaft seit langem wie ich denke erfolg-
reich, wenn auch kontrovers - diskutiert
wird, ist evident, dass in dem Moment, in
dem alle Herrschaftssysteme demokra-
tisch organisiert sein werden, der zwi-
schenstaatliche Krieg ausstirbt. Und ich
würde Sie einfach bitten, das mal als
These so hinzunehmen. Sie wird bestrit-
ten, ist aber nicht widerlegt worden. Sie
ist auch axiomatisch richtig. Ich jeden-
falls habe sie seit langem vertreten, ver-
trete sie nach wie vor, und alle Friedens-
zonen, die wir haben, beweisen es, weil
alle Friedenszonen - von der Europäi-
schen Union angefangen bis zu den Zo-
nen außerhalb Europas - ein gemeinsa-
mes Kennzeichen haben, nämlich demo-
kratische Herrschaftssysteme.

Wenn das richtig ist, wie steht es dann
um die Demokratisierungspolitik des
Westens im Zeitalter der Globalisierung?
Wenn man Sicherheit in diesem Zeitalter
herstellen will, muss man also Demokra-
tisierungspolitik betreiben. Und wie sieht
sie aus? Wenn ich diese Globalisierungs-
politik einer ganz kurzen Revue unterzie-
he, dann hat sie zwei Dimensionen, ein-
mal die wirtschaftliche Überlegenheit des
Westens und zweitens, selten erwähnt
aber deutlich zu sehen, seine politische
Dominanz. Beides wäre eigentlich eine
sehr gute Voraussetzung für eine aktive
Demokratisierungspolitik, wenn sie denn
entsprechend genutzt werden würden.
Das müsste anhand der für die Demokra-
tisierung geeigneten Strategien geprüft
werden, und einige dieser Strategien
möchte ich Ihnen heute hier vortragen,
mit dem Vorschlag, dass Sie selbst mit
Ihrer Kompetenz und Ihren Erfahrungen
prüfen, ob sie denn vor Ort auch ange-
wendet werden. Zu diesen Strategien ge-
hört erstens, Demokratisierung kann nur
als endogener Prozess gestartet und vo-
rangetrieben werden. Ein Oktroy von au-
ßen und gar ein Entree mit militärischer
Gewalt sind prinzipiell ungeeignet, De-
mokratisierung hervorzurufen. Die Ver-
einigten Staaten haben das in den letzten
hundert Jahren sechzehn Mal versucht,
und sie sind sechzehn Mal gescheitert.
Dass sie zwei Mal Glück hatten, in
Deutschland und in Japan 1945, hat
nichts mit der Demokratisierungsstrategie
zu tun, sondern damit, dass die militäri-
sche Intervention durch Abwehr einer
nicht von den USA verursachten Aggres-

sion zustande gekommen ist. In allen anderen Fällen sind diese Versuche gescheitert, und wenn Sie den Vietnam-Krieg ansehen, die amerikanische Intervention in Somalia, wenn Sie die laufende in Afghanistan und die im Irak zur Kenntnis nehmen, werden Sie entweder mit mir übereinstimmen oder zu dieser Übereinstimmung in absehbarer Zeit gelangen. Gewalt ist das falsche Entree, und von außen durch eine fremde Macht kann Demokratisierung nicht introduziert werden.

Sie muss von innen wachsen, und das Ausland kann lediglich Hilfestellung dazu leisten. Das allerdings kann es, das Ausland kann die Bedingungen der Demokratisierung verbessern, zum Beispiel erstens durch Entspannung des internationalen Umfeldes. Nach Seeleys Gesetz – Seeley ist ein britischer Historiker des ausgehenden 19. Jahrhunderts - ist der Grad der Freiheit in einem Land umgekehrt proportional zum Außendruck auf seine Grenzen. Das heißt, in einer Region, in der militärische Konflikte laufen, wo der wechselseitige, militärische Druck auf die Grenzen entsprechend hoch ist, kann Demokratisierung nicht funktionieren. Deswegen ist die sogenannte "Greater Middle East Initiative", der Versuch der gegenwärtigen amerikanischen Regierung, im Mittleren Osten die Demokratie einzuführen, schon deswegen zum Scheitern verurteilt. Es kann gar nicht funktionieren. Die Voraussetzung, um es funktionieren zu lassen, wäre, dass die Konflikte im Mittleren Osten, um mal bei

dieser Region zu bleiben - das Gleiche gilt für Zentralafrika, wo eher die Europäische Union gefordert ist als die Vereinigten Staaten -, erst einmal gelöst werden. Ein Land zu selektieren oder zwei Länder zu selektieren in einer Zone mit sehr hohen Spannungsgraden, ist von Anfang an illusorisch und sollte auch gar nicht erst versucht werden. Ich sehe vom Irak völlig ab, den ich vorhin erwähnt habe. Das Entree war falsch und wird insofern die Demokratisierung dort auf absehbare Zeit nicht fördern, sondern behindern.

Drittens, Beiträge zu den jeweils länderspezifisch auszugestaltenden Demokratisierungsstrategien können sehr wohl angeboten werden. Und hier ist zu registrieren, dass die industrialisierte Welt die Länder, die sich entwickeln und industrialisieren wollen, völlig im Regen stehen lässt. Es gibt keine Theorie der ökonomischen und demokratischen Entwicklung, die beide synchronisiert und dies jeweils länderspezifisch zustande bringt. Was angeboten wird, sind Hilfsmaßnahmen, die keinerlei konzeptionellen Zusammenhang untereinander aufweisen, von keiner Theorie des "nation building", so berühmt der Ausdruck geworden ist, angeleitet worden sind. Hier sind Politikwissenschaft und Soziologie gefragt. Ich sollte aber der Politik sagen, es gibt auf dem Gebiet gerade bei der Soziologie, aber auch der Politikwissenschaft, sehr viel Fachverstand, der, wie ich denke, eingesetzt, jedenfalls mal stimuliert werden könnte, um dieses Problem zu lösen, das

für die Entwicklungsländer erfahrungsgemäß zu den schwierigsten gehört, die es gibt. Wie die europäischen Industriestaaten im Laufe von 200 Jahren mit großen ökonomischen und gesellschaftlichen Schäden den Weg des Versuchs sozusagen hinter sich gebracht haben, dies müsste in eine theoretisch konzeptuell zwingende Form gebracht und als Plan von Demokratisierung und Entwicklung den Ländern angeboten werden mit dem Vorschlag, dass sie sich diese Pläne ansehen und wenn sie geeignet sind, auch übernehmen. Stattdessen werden die Entwicklungsländer bei diesem schwierigen Geschäft sich selber überlassen, so dass wir uns nicht zu wundern brauchen, wenn dort nichts zustande kommt. Ich wollte Ihnen hier die Zahlen anbieten, ich lasse sie weg. Wir haben immer noch rund die Hälfte aller Weltstaaten, die kein demokratisches Herrschaftssystem haben.

Die Industriestaaten können ferner Beiträge, das ist der vierte Punkt, zur Synchronisierung der wirtschaftlichen und der demokratischen Entwicklung leisten. Es ist meines Erachtens unmöglich, Demokratisierung auf dem Stadium der Untereentwicklung einzuführen. Alle Versuche des Westens sind entsprechend daneben gegangen. Und umgekehrt erlaubt der Beginn wirtschaftlicher Entwicklung überhaupt gar keine demokratische Herrschaftsform. Dies ist eine Fehlannahme des Westens. Die wirtschaftliche Entwicklung mit der Notwendigkeit der Kapitalakkumulation ist auf ein autokratisches System angewiesen, und die zu

schaffende Voraussetzung besteht darin, ein solches System so auszugestalten, dass es seine autokratischen Bestandteile im Zuge der ökonomischen Entwicklung langsam zurücknimmt und schließlich umwandelt in ein System voller Partizipation. Beides wird gegenwärtig, das ist die Anschauung, die ich Ihnen biete, in China und in Russland unter verschiedenen Prämissen durchexerziert. Dabei ist es sehr interessant, gerade das chinesische Modell einmal zu studieren, obwohl ich große Bedenken habe, ob und dass das chinesische Modell die letzte Stufe, nämlich die völlige Rücknahme des autokratisch-diktatorischen Elementes zugunsten der vollen Partizipation, schaffen kann.

Die fünfte Strategie, meine Damen und Herren: wir können Anreize zur Demokratisierung geben. Der Marshall-Plan war ein riesiger Anreiz. Er traf natürlich auch auf besonders gute Bedingungen. Die Konditionalitätspolitik der Europäischen Union ist gerade gegenüber den osteuropäischen Ländern ein hervorragendes Instrument, wenn auch sicher unter besonderen Bedingungen. Aber was schließt eigentlich aus, dass der Westen bei Ländern, die sich nicht in einer solchen Ausnahmesituation befinden, trotzdem große, möglicherweise enormere wirtschaftliche Vorteile anbietet als Anreiz für die demokratische Entwicklung? Wenn wir bedenken, dass die Demokratisierung der Herrschaftssysteme der entscheidende Beitrag zur Sicherheit der Welt ist, der alles in den Schatten stellt,

was an Geld für Rüstung ausgegeben wird; wenn wir bedenken, dass das unter den Bedingungen der Globalisierung und der Gesellschaft die entscheidende Strategie ist, dann möchte ich Ihnen vorschlagen, dass Sie die Budgets Ihrer Staaten, die Bundesrepublik eingeschlossen, daraufhin einmal überprüfen, ob diese Priorität sich in dem Volumen ökonomischer Anreize für die Demokratisierung auch wirklich niederschlägt.

Es müsste in diesem Zusammenhang leider Gottes etwas sehr viel Aktuelleres getan werden, es müsste nämlich der Entwicklungsprozess oder die Förderung des Entwicklungsprozesses von der eigenen Exportförderung abgekoppelt werden. Wenn Sie die Auslandshilfe ansehen, die Entwicklungshilfe, dann sehen Sie, dass sie zu großen Teilen Exportförderung der Geberländer ist. Es müsste das Volumen dieser Hilfe erhöht und es dürfte nicht gesenkt werden, wie es gegenwärtig, wenn ich das richtig sehe, trotz aller Anstrengungen wieder der Fall ist. Das von UN Generalsekretär Kofi Annan vorgeschlagene Zusatzvolumen von 50 Millionen Dollar wird in keiner Weise erreicht werden. Aber ich finde es in diesem Zusammenhang auch interessant, dass das sogenannte Solana-Papier, also das Strategie-Papier der Europäischen Union, wenigstens einmal die Rechnung aufmacht zwischen den Rüstungsausgaben und den Ausgaben für die Entwicklungshilfe. Es müssten also die Entwicklungshilfeausgaben erheblich erhöht und als Anreiz ausgestaltet werden. Und im Zusammen-

hang mit der Rücknahme der Interessen an der eigenen Exportförderung müssten vor allen Dingen natürlich die Subventionen der Agrarprodukte in der Europäischen Union und in den Vereinigten Staaten entscheidend zurückgefahren werden. Wenn jede europäische Kuh, also jede Kuh in Europa sollte ich besser sagen, pro Tag mit zwei Euro alimentiert wird, jeder Schwarzafrikaner im Durchschnitt aber ein Tageseinkommen von einem Euro hat, dann sehen Sie die Diskrepanz, von der ich spreche. Das ist nicht Sicherheitspolitik, wie sie eigentlich verstanden werden müsste, sondern es ist die Fortsetzung der traditionellen Politik der Gewinnmaximierung, wie wir sie nun seit Jahrhunderten kennen. Wenn die Vereinigten Staaten die Exportsubventionierung ihrer Baumwollprodukte mal zurücknehmen würde, hätten die afrikanischen Baumwollproduzenten endlich und erstmals eine große Chance. Und schließlich müsste der europäische Markt für Halbfertigwaren und für Fertigprodukte endlich für die Produkte der Entwicklungsländer geöffnet werden. Das ist, wie Sie wissen, durch eine europäisch-amerikanische Arbeitsgemeinschaft in Cancun, jedenfalls vorläufig, zu Fall gebracht worden. Man kann nur hoffen, dass die Absicht, die Doha-Runde wieder aufleben zu lassen, auch wirklich realisiert wird. Und der Hinweis dazu noch einmal, sie zu revitalisieren würde sich vielleicht erleichtern, wenn es gelänge, den Gedanken in der politischen Diskussion einzuführen, dass die Hilfe zur Entwicklung, und damit gleichzeitig die Hil-

fe zur Demokratisierung, die Sicherheitsstrategie par excellence unter den modernen Bedingungen ist.

Sie würde einmal dazu führen, dass der Krieg ausstirbt, und sie würde gleichzeitig mit der Beendigung der Armut eine der drei großen Quellen des internationalen politischen Terrorismus verstopfen, der sich auch bezieht auf die Ungleichverteilung der in der Globalisierung erzielten Gewinne. Diese Forderungen sind natürlich im Paradigma der alten Staatenwelt schwer durchzusetzen. Da hat jeder in der Tat das Problem der Sicherheit dem Militär und der Rüstung anvertraut und damit völlig von der Außenwirtschaftspolitik abgekoppelt, so dass man auch hier wieder sehen kann, wie sehr dieses Paradigma geändert werden müsste, um klar zu machen, dass das Paradigma der Gesellschaftswelt eine ganz andere Bewertung von Sicherheit und der dazu eingesetzten Instrumente verlangt.

Deswegen müssen die wirtschaftlichen Interessen ja nicht vernachlässigt werden. Das ist erstens nicht durchsetzbar und zweitens ist es ja auch gar nicht sinnvoll. Es geht nur darum, in diesem neuen Paradigma die wirtschaftlichen Interessen einzuordnen und unterzuordnen in und unter die Interessen moderner Sicherheitspolitik, die den Abbau der Gewaltursachen bezweckt und damit eine Welt schafft, von der die Wirtschaft sehr viel mehr profitieren wird als von den Bedingungen der alten, weil die Wirtschaft, von der Rüstungswirtschaft einmal abge-

sehen, unter den zahlreichen Gewaltakten, die im Krieg und durch den Terrorismus verursacht werden, natürlich unendlich leidet. Auch der politische Terrorismus hat inzwischen einen Grad erreicht, der die westliche Wirtschaft nachweislich beschädigt.

Also es geht mir darum - um diesen Punkt abzuschließen und meinen letzten Punkt noch schnell anzuschließen -, die Globalisierung kritisch zu überprüfen und vor allem auch mal die Reaktionen der von der Globalisierung Betroffenen zu überprüfen. Wir haben eine jahrelange Diskussion über die Folgen der Globalisierung bei uns geführt. Was völlig fehlt, ist eine Diskussion über die Folgen der Globalisierung in den davon betroffenen anderen Staaten, ob sie dort die Demokratisierung und die Entwicklung gefördert oder verhindert hat. Und wenn Sie erlauben, also nur noch ein paar ganz geraffte Bemerkungen zu jenem zweiten Teil, in dem es darum geht, nicht nur die Gewaltanwendung zwischen den Staaten vulgo den zwischenstaatlichen Krieg, sondern auch die Gewaltanwendung *in* den Staaten, einmal zwischen den Regierungen und ihren Gesellschaften, aber dann eben neuerdings auch der Gesellschaften gegen die Regierungen und der Gesellschaften im internationalen System, kurz des modernen Terrorismus, kurz zu besichtigen. Das gehört in die erste Gruppe der Gewaltursachen, die ich anfangs erwähnt habe, die Anarchie des Systems und die Machtkonfiguration. Ich erwähne es nur noch einmal für die Ken-

nerinnen und Kenner unter Ihnen, gehe aber auf diese beiden Aspekte nicht weiter ein, sondern verdünne sie oder konzentriere sie auf den Aspekt der Globalisierung, den ich schon genannt habe: politisch ist die Globalisierung westliche Dominanz.

Das ist glaube ich nicht zu bestreiten: Es geht um die Ausbreitung der westlichen Wirtschaft auf die ganze Welt und damit natürlich auch um die Ausbreitung westlicher Interessen in der ganzen Welt. Sie wird erleichtert dadurch, dass den Betroffenen keine Mitsprachemöglichkeiten zur Verfügung stehen und dass auch die Zusammensetzung der Weltgremien, etwa der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, oder aber die G8, wie sie jetzt gerade in Sea Island getagt haben, die Dominanz der Industriestaaten in unübertreffbarer Weise ausdrückt, so dass die von ihr Betroffenen in diesen Gremien keine Mitsprache haben. Und weil die Interessen der Betroffenen dort nicht rezipiert werden, auch gar nicht präsentiert werden, sondern weil sie darüber hinaus dann, wenn sie sich mit Gewalt zur Wehr setzen, auch noch mit dem Terrorismusbegriff diskriminiert werden, ist zu fragen, ob nicht die Ordnung des internationalen Systems auch im Hinblick auf dessen Demokratisierung überprüft werden müsste. Wenn ich zu dieser Eliminierung der Betroffenen aus den Gremien der Weltregierung noch den verstärkten Unilateralismus der Vereinigten Staaten hinzufüge, zu dem sich auf dem Prager Gipfel vom Dezember 2002 nun auch noch

die NATO bekannt hat, wenn ich also die Dominanz der Vereinigten Staaten ergänze um die Dominanz der NATO und auch um die Dominanz der EU, dann haben Sie hier etwas vor sich, was nicht nur zur Entfremdung zahlreicher befreundeter Regierungen aus der außereuropäischen Welt führt. Wir sehen es daran, dass manche von ihnen der Einladung, nach Savannah zu kommen, gar nicht gefolgt sind, sondern dass sie auch Teile der zweiten großen Quelle jenes uns besonders bedrohenden Phänomens des politischen Terrorismus bilden.

Dieser politische Terrorismus wird nicht, wie es immer behauptet wird, von fundamentalistischen Extremisten des Islam betrieben. Er ist kein religiöses Phänomen. Er ist ein politisches Phänomen. Dieser Terrorismus kämpft nicht gegen die Werte des Westens, sondern gegen seine Politik. Und wenn Sie das einmal nachlesen wollen, was Sie in der deutschen Presse gar nicht können, dann gibt es jetzt dank des Instituts für Auslandsbeziehungen eine wunderbare Gelegenheit dazu: Ein Buch nämlich, in dem sechs Autorinnen und Autoren islamischen Bekenntnisses und aus sechs verschiedenen Ländern mal dem Westen diese Leviten gelesen haben. Da können Sie mal sehen, wie die Dominanz aussieht, wenn sie von außen gesehen wird. Von innen wird sie in der Regel glatt gebügelt und als wohlwollender und wohlthuender Einfluss des Westens dargestellt. Von außen sieht sie aus, und so können Sie es dort lesen, als Fortsetzung des Ko-

lonialismus mit anderen Mitteln. Und deswegen ist die Aufgabe dieser Dominanz durch die partizipatorische Beteiligung der von der Globalisierung Betroffenen an der Organisation von deren Prozessen der zweite wichtige strategische Aspekt, den ich Ihnen vortragen möchte. Der Krieg gegen den Irak hat in dieser Hinsicht nur noch bestärkend gewirkt und die von ihm erhoffte Wirkung, nämlich die Beruhigung und Bekämpfung des Terrorismus, ist genau in das Gegenteil umgeschlagen.

Es geht also darum, die von der Globalisierung betroffenen Staaten in Gestalt ihrer Regierungen an der Organisation der Weltregierung teilhaben zu lassen. Das heißt, die Öffnung der internationalen Organisationen der Vereinten Nationen vor allen Dingen, aber auch der regionalen Organisationen, die Vervielfältigung der regionalen Organisationen, von denen es ja im Grunde genommen nur eine einzige gibt, nämlich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die interessanterweise oder betrüblicherweise, wenn Sie mich fragen, auf den *backburner* auch der europäischen Politik geschoben worden ist. Diesen Typ der Organisation zu vermehren und zu verbreitern, ihn auszudehnen, so dass sie Partizipation für diejenigen ermöglicht, die andererseits von der Steuerung der Prozesse der Globalisierung ausgestoßen und ausgeschlossen bleiben, dies halte ich für die zweite wichtige Strategie. Die multilaterale globale und regionale Organisation kann die Mitsprache institutiona-

lisieren, bildet sozusagen das systemische Korrelat der Demokratisierung in den Staaten selbst und führt dazu, dass das Kriterium der Demokratisierung, eben die Mitsprache, sich verbreitert und damit eine weitere wichtige Gewaltursache ausschließt. Diese Multilateralisierung der Weltführung schließt ja die Führung durch den Westen nicht aus, sondern sie schließt sie ein, aber in Gestalt kooperativer Beteiligung und Mitsprache auch anderer an der Führung. Das heißt nicht, die Führung aufzugeben. Das heißt lediglich, sie so in den Stil der Kooperation einzubetten, dass sie nicht mehr als Dominanz aufgefasst werden kann. Das haben die Vereinigten Staaten in der Periode von 1945 bis 1948 in hervorragender Weise vorgemacht, wo sie Weltführung durch Führung einer internationalen Organisation als den modernsten Führungsstil etabliert haben.

Mein letzter Satz: Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung kann nur bewirkt werden durch die Verbreitung der demokratischen Zivilgesellschaft, die von ihrer Struktur her gewaltavers ist, und durch die Herbeiführung kooperativer Weltführung, die die Partizipation der Regierungen wie auch der Gesellschaften ermöglicht. Das, Sie hören es jetzt noch einmal, erfordert ein neues Paradigma der Außenpolitik. Ich finde, dass dieses neue Paradigma in der Praxis der rot-grünen Koalition, auch in der Praxis der Europäischen Union, zum Teil durchaus erkennbar ist. Aber erkennbar ist auch, dass die Schranken der staatenweltlichen Traditi-

on noch keinesfalls als überwunden gelten können. Vielen Dank.

Panel 1: Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung – Wer schafft sie, und für wen?

Moderation: Dr. Winrich Kühne, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze

Meine Damen und Herren, ich darf Sie im Namen des ersten Panels dieses Nachmittags sehr herzlich willkommen heißen. Ich darf gleichzeitig Prof. Czempiel für ein sehr umfassendes und sicherlich dem Panel reichlich Stoff bietendes Einführungsreferat danken. Ich glaube ich spreche auch im Namen meiner Mitpanelisten, wenn ich dem Auswärtigen Amt und den mitveranstaltenden Organisationen sehr herzlich danke, dass sie uns hier nach Bonn ins Wasserwerk gebracht haben, dessen Name ja einen gewissen Klang hat und Erinnerungen weckt, gerade für die, die jetzt aus Berlin kommen. Ich glaube, wir haben hier heute Nachmittag ein erstes Panel, das sehr interessant zusammengesetzt ist, vor allen Dingen in Fortführung des Vortrags von Herrn Czempiel mit einem interessanten Spannungsbogen von der Wissenschaft zu Leuten, die unsere Frage nun wirklich sehr aus der Praxis betrachten. Ich denke, dass wir tatsächlich dieses sehr grundsätzliche Referat dann hoffentlich etwas in der Realität der Kontinente und Probleme dieser Welt kleinbrechen und diskutieren werden. Das wäre jedenfalls mein Anliegen.

Wie Ihnen auch fällt mir natürlich zu dem Referat von Herrn Czempiel vieles ein.

Meine Aufgabe als Moderator ist es aber, mich da zurückzuhalten, zumal wir ja so interessante Panelisten haben, die ich deswegen auch, da sie eigentlich, vor allen den Deutschen sicherlich Ihnen ziemlich bekannt sind, nur kurz vorstellen will. Frau Dr. Elisabeth Rehn, zumindest allen Finnen bestens bekannt - und den Leuten auf dem Balkan, aber dazu komme ich gleich noch – , weil sie mehrmals Ministerin war, unter anderem - für das Thema relevant - Verteidigungsministerin, aber auch für die *Equality Affairs*. Es wäre vielleicht interessant zu wissen, was damit genau gemeint ist. Sie war auch finnische Präsidentschaftskandidatin und, und das führt uns nun ganz direkt zum Thema, sie war Leiterin des UNO-Friedenseinsatzes in Bosnien-Herzegowina, sowie - wie das im UNO-Jargon heißt - SRSG, also Special Representative of the Secretary General. Seien Sie herzlich willkommen. Ich bin sehr gespannt, wie das Spannungsfeld zwischen Ihnen und dem Referat von Herrn Czempiel ist.

Ich gehe weiter in eine ganz andere Region der Welt, für die das Thema aber wahrscheinlich ganz besonders relevant ist, nämlich das südliche Afrika. Aus Südafrika kommt zu uns Frau Bernedette Muthien. Sie ist aus Kapstadt und Mitbegründerin der *African Women's Anti-War Coalition*, des weiteren Gründungs-

mitglied des *Women's International Network on Gender and Human Security*. Sie hat an der zumindest für Afrikanisten sehr bekannten University of Cape Town studiert, aber auch an der Stanford University und der University of the Western Cape, ebenfalls ein klingender Name für alle, die mit Südafrika vertraut sind. Sie war auch, das führt nach Bonn, Mitarbeiterin am BICC, einem Mitveranstalter des heutigen Tages, und wird, denke ich, eine ganz besonders interessante Perspektive aus Afrika zu dem Thema einbringen.

Zu meiner Linken sitzt - ich brauche ihn hier kaum bekannt zu machen - Botschafter Michael Steiner, früherer Berater des Bundeskanzlers, und mit einem intensiven und auch sehr erfolgreichen Balkan-Hintergrund, wenn man so sagen darf. Sie waren *einmal Head of the Special Task Force for Peace Efforts in Bosnien-Herzegowina*. Sie waren dann der *Principal Deputy High Representative*, der OHR in Sarajewo und Sie waren da mit ganz ähnlichen Dingen wie Frau Rehn beschäftigt. Und Sie sind derzeit Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in Genf.

Und ich komme schließlich zu dem Panelisten, der dann auch gleich als Erster starten wird, nämlich Lothar Brock. Ihn brauche ich eigentlich wie Professor Czempel kaum bekannt zu machen, denn er ist einer der herausragenden Personen der deutschen Friedensforschung. Mich würde interessieren, ob es heute auch zwischen den Professoren der Friedens-

forschung hier Differenzen gibt oder nicht, oder ob es nur die Praktiker sind, die Differenzen haben. Aber Wissenschaft hat ja eigentlich viel mit Praxis zu tun. Professor Brock ist sehr bekannt, ähnlich wie Professor Czempel, als einer der führenden Leute der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Eigentlich verbindet sich seine Geschichte ja auch sehr mit der Geschichte dieser bekannten Forschungseinrichtung. Er war lange Zeit auch Berater des Evangelischen Kirchentages und des Rates der Evangelischen Kirche, ist also auch ein rundum erfahrener Mann. Ich würde Sie bitten anzufangen.

Es gab ja zwei Grundthesen von Prof. Czempel, nämlich dass wir gegenwärtig einen fundamentalen Unterschied zur alten Staatenwelt legen. Das ist ja sicher richtig: Mir ist dabei nicht ganz klar geworden, ob letztere denn nun wirklich vorbei ist, oder ist die These von der Gesellschaftswelt nicht doch eher eine normative Forderung? Und das Zweite ist die Demokratisierung als wichtigste Sicherheitsstrategie. Das ist natürlich, wenn man gerade aus Westafrika kommt, nicht so ganz einfach. Wenn man sieht, wie da im Rahmen der Demokratisierung die Staatenwelt zerfällt und dort eine unheimliche Sehnsucht nach heilen Staaten - also nach der alten Staatenwelt - ist, dann sieht das doch vielleicht etwas differenzierter aus. Vor allen Dingen: Ist diese Demokratisierung die Lösung auch für das, womit wir heute ja so kämpfen?. Dass zwischenstaatliche Kriege dann ab-

nehmen, kann man sicherlich sehr akzeptieren, Herr Brock, aber was ist mit der innerstaatlichen Gewalt, die uns ja sehr beschäftigt? Damit darf ich das Wort an unseren Panelisten geben.

Prof. Dr. Lothar Brock, Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt

Vielen Dank für die Einführung. Ich werde zunächst einmal das aufgreifen, was Herr Czempiel gesagt hat. Eine seiner zentralen Thesen war ja, dass der Terrorismus sich nicht gegen westliche Werte wendet, sondern gegen die westliche Politik. Und im Sinne dieser These möchte ich meine These formulieren, und die geht dahin, dass wir es im wesentlichen mit einer Glaubwürdigkeitskrise der westlichen Politik gegenüber dem Süden zu tun haben und dass Friedenspolitik oder Sicherheitspolitik heute daran arbeiten muss, diese Glaubwürdigkeitskrise zu überwinden, die nicht eine Krise erst der letzten fünf oder zehn Jahre ist.

Meine Vermutung wäre, dass der Begriff der *Erweiterten Sicherheit* darauf ausgerichtet ist, diese Glaubwürdigkeitskrise zu überwinden. Ich habe aber Zweifel, ob er geeignet ist, das tatsächlich zu tun. Sehen wir uns die Debatten der letzten 15 Jahre seit Ende des Ost-West-Konfliktes an. Angesichts der sogenannten "neuen Kriege" haben wir auf dem Hintergrund einer Diskussion über erweiterte Sicherheit darüber gesprochen, wen wir schützen müssen. Angesichts der Eskalation der Gewalt im Kosovo haben wir im

Kontext der Diskussion über erweiterte Sicherheit die Frage aufgeworfen: Wen dürfen wir bombardieren? Die Frage ist so von unserem englischen Kollegen Barry Buzan formuliert worden. Angesichts der Hartnäckigkeit einer diktatorischen Herrschaft, nämlich der im Irak, kam die Frage auf: Gegen wen dürfen wir einen Angriffskrieg führen? Und nach 15 Jahren Diskussion über humanitäre Sicherheit fragen wir uns heute: Wen dürfen wir foltern?

Die Frage, die nahe liegt, ist also die: Was bringt die Diskussion über erweiterte Sicherheit? Sie bringt meines Erachtens bisher weniger als wir gehofft hatten, als wir diese Diskussion in Gang gesetzt haben. Und das liegt an mehreren Gründen. Ich möchte einige wenige benennen. Das eine wäre, dass ich glaube, dass der erweiterte Sicherheitsbegriff, wie wir ihn verwenden, ein additiver Sicherheitsbegriff ist. Er beruht nicht auf einer Analyse tatsächlicher Zusammenhänge der Verhältnisse, die zu Gewalt führen, sondern er beruht weitgehend auf einer Addition von allen möglichen Aspekten von Sicherheit, die wir gerne hergestellt haben möchten: von der militärischen über die ökonomische, über die ökologische, über die kulturelle, über die Gender-Sicherheit bis hin zur allgemeinen menschlichen Sicherheit eben. Also ist der Begriff noch kein kritischer Begriff, sondern ist ein Wunschbegriff, der vieles Positive zusammenwürfelt, ohne wirklich in sich schon sagen zu können, wie denn dieses

viele Positive tatsächlich zusammenhängt.

Zweiter Gesichtspunkt: "erweiterte Sicherheit". Ich glaube, es ist eine problematische Mobilisierungsstrategie, mit dem Sicherheitsbegriff zu operieren in der Weise, wie wir das bisher getan haben. Gutes tun im Interesse der eigenen Sicherheit ist natürlich toll. Von diesem Vorteil hat übrigens auch der kirchliche Entwicklungsdienst von Anfang an zu profitieren versucht. Die erste Fastenaktion für "Brot für die Welt" 1958 wurde von Helmut Gollwitzer mit dem Motto ausgerufen: "Wenn wir nicht helfen, werden die Parias uns das heimzahlen." Also die Gewalt der Dritten Welt wird über uns kommen, das war seine These damals. Über den Brandt-Bericht bis zu unserer heutigen Entwicklungsministerin halten wir daran fest, dass wenn wir nicht helfen, die Gewalt zu uns kommt und auf uns zurückwirkt. Das klingt zunächst einmal plausibel, aber durch die ganze Geschichte hindurch hat sich das breite Publikum davon nicht überzeugen lassen. Man hat nicht geglaubt, dass es sich so verhält, und man fühlte sich in dem mangelnden Glauben dadurch bestätigt, dass die Entwicklungshilfe niemals dieser Analyse entsprochen hat. Sie war immer ein marginaler Posten in der Außensicherheits- und Außenwirtschaftspolitik. Denn wenn sie Sicherheitspolitik hätte sein sollen, dann hätte man ja sehr viel mehr für die Entwicklungshilfe aufwenden müssen. Von daher war das für das breite Publikum wenig glaubwürdig. Und

da, wo man es nun allmählich anfängt zu glauben, dass die nicht verarbeitete Gewalt in der Dritten Welt über uns kommen und rückwirken könnte, da fängt man an, sich eher abzuschotten, weil es sich ja um ein Sicherheitsproblem handelt. Und Sicherheit ist in erster Linie immer noch gewährleistet dadurch, dass man sich verteidigt gegen jemand anderen und damit gerade einen Fokus in die Sicherheitspolitik reinbringt, der dem Begriff der erweiterten Sicherheits gar nicht entspringt.

Dritter Punkt: Zielkonflikte werden zudeckt. Frau Staatsministerin Müller, die heute leider nicht hier sein kann, hat kürzlich die These vertreten, Zielkonflikte gebe es nicht zwischen Außenpolitik, Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik. Aber wir wissen alle aus der Praxis, dass es jede Menge Zielkonflikte gibt. Wir sind dauernd mit ihnen konfrontiert. Und wenn wir die nicht thematisieren, sondern mit diesem Begriff zudecken, dann wird die Glaubwürdigkeitslücke, von der ich vorhin gesprochen habe, noch erweitert statt geschlossen. Auch da würde ich wiederum sagen, es sind nicht nur staatliche Organisationen, es ist nicht nur staatliche Politik betroffen, sondern auch die Politik von Nichtregierungsorganisationen, die zum Beispiel um ihrer Präsenz in einem bestimmten Gebiet willen Menschenrechtsfragen nicht ansprechen, weil das Ansprechen von Menschenrechtsfragen ihre Präsenz in diesem Gebiet und damit ihren Marktwert auf dem Hilfemarkt gefährden könnte. Das ist eine

Problematik, die weit über die staatliche Politik hinausgeht.

Und viertens, als additiver Sicherheitsbegriff stellt der erweiterte Sicherheitsbegriff eine Überforderung der Politik dar. Wir sollen, wie schon angedeutet, militärisch, ökonomisch, ökologisch, sozial, kulturell, genderbezogen und auf vielen anderen Gebieten gleichzeitig Sicherheit gewähren. Das lässt sich aber so nicht machen. Folglich müssen wir uns darauf konzentrieren - und das hat Herr Czempiel ja auch getan, und letztlich läuft unsere ganze Diskussion darauf hinaus -, dass es eigentlich um die Verhinderung von Gewalt geht und wir uns die Frage stellen müssen: Was ist erforderlich, um Gewalt abzubauen, um einen möglichst gewaltfreien Konfliktaustrag zu ermöglichen? Also ist der erweiterte Sicherheitsbegriff eigentlich einer, der auf eine erweiterte Analyse der Möglichkeiten hinweist, mit Gewalt umzugehen. Und wenn man ihn so verwendet, als Hinweis auf die Notwendigkeit einer erweiterten Analyse dessen, worum es geht, dann macht er meines Erachtens auch Sinn.

Und damit ganz kurz zu der Frage, wie in diesem Zusammenhang Demokratisierung als eine Möglichkeit einzuschätzen ist - ich habe mir noch viele andere Punkte notiert, aber dann würde sicherlich die Klingel gleich ertönen -, um mit dieser Gewaltproblematik in Konflikten umzugehen? Im Grundsatz stimme ich Herrn Czempiel zu. Wir sind da Kantia-

ner. Aber was wir natürlich gerne verdrängen ist, dass Kant sozusagen auf der Grundlage der Französischen Revolution argumentiert, nachrevolutionär, ohne zu thematisieren, dass die Demokratie selbst ein Produkt von Gewalt ist, nämlich der Gewalt *in* der Französischen Revolution, oder der Gewalt in der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung von 1776, die war auch ein gewaltsamer Emanzipationsprozess. Und dieses Problem, dass Demokratie in unserer eigenen Geschichte das Produkt von Gewalt ist, das haben wir noch nicht richtig im Griff, wenn es darum geht, Schlussfolgerungen für eine konstruktive Demokratisierungspolitik in der - ich nenne das mal jetzt so - Dritten Welt zu fahren.

Die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung hat deswegen ein Forschungsprogramm aufgelegt, und eine der Fragen darin ist: Was kann man eigentlich tun, damit Demokratisierungsprozesse möglichst wenig Gewalt freisetzen? Was kann man tun, um die U-Kurve, die man bisher glaubt feststellen zu können, nämlich dass mit zunehmender Demokratisierung erst mal die Gewalt steigt, bis die Demokratisierung einen bestimmten Punkt erreicht hat, nach dem die Gewalt wieder abfallen würde, abzuflachen. Was kann man tun, um die Zunahme von Gewalt möglichst auf ein Minimum zu reduzieren, das sich einfach nicht aus der Welt schaffen lässt? Also da bin ich, wenn man Kant jetzt sozusagen historisch sieht als einen der auf der Französischen Revolution oder auf der amerikanischen

Unabhängigkeitsbewegung aufbaut, etwas skeptischer was die Demokratisierung als Friedensstrategie betrifft.

Dr. Winrich Kühne

Ich bin außerordentlich dankbar für diese wie ich finde sehr klare und überzeugende Problematisierung des Begriffs der erweiterten Sicherheit, der tatsächlich eine große Rolle in den Dokumenten und in der Wissenschaft spielt. Als problematische Anmerkung könnte ich noch die privaten Sicherheitsfirmen hinzufügen, die sich dieses Begriffs in einer dramatischen Weise, nicht zuletzt im Irak, bemächtigt haben, und dass es wirklich langsam beängstigend wird. Also da ist dann die alte Staatenwelt wirklich nicht mehr die alte. Ich fand auch sehr interessant, dass es in Wirklichkeit um eine erweiterte Analyse im Umgang mit der Gewalt geht. Ich nehme an, es geht auch um ein erweitertes Verständnis im Umgang mit den Instrumenten zur Bekämpfung der Gewalt. Und das führt uns ja eigentlich direkt zum Thema von heute, weil das ja eigentlich das Thema ist, der erweiterte Umgang und die weiteren Instrumente. Und ich hoffe sehr, dass wir im Laufe des Tages mehr zu dem Thema kommen, das mit Recht angeschnitten wurde, nämlich Zielkonflikte und Kohärenz. Ich habe viele Teilnehmer im Saal stillschweigend nicken gesehen bei der Kritik an der Äußerung von Staatsministerin Müller. Also scheint wohl doch hier eine gewisse Meinung zu sein, dass es diese Zielkonflikte und Inkohärenz gibt und dass die der Diskussion bedarf.

Damit darf ich übergehen zu Bernedette Muthien, die ja nun aus einem Land kommt, das sowohl einer These von Herrn Czempiel als auch von Lothar Brock eigentlich Rechnung trägt, nämlich der These, dass Demokratisierung ein Beitrag zur Befriedung ist in einer Unrechts- und Gewaltherrschaft, wie sie das *Apartheids*-Südafrika hatte. Südafrika steht für die praktische Erfahrung – für die beträchtlichen Schwierigkeiten wie auch für den Erfolg - damit, wie man Demokratisierung ohne Gewaltausbrüche macht.

Bernadette Muthien, International Peace Research Association

I would like to thank the individuals and institutions who made it possible for me to be here today to engage with you around these very critical issues especially raised by the two previous speakers. Let me start very briefly - because it is a short time - by asking some critical questions. To begin with: What do we mean by the notion of security? And whose security are we talking about when we engage in these discourses? Who defines the notion of security, and how is it defined? On whose terms is security defined and how is it implemented or actualized?

Since 1996 South African security policy has been defined in terms of human security, acknowledging the absence of military invasion as a real physical threat and instead defining poverty as the key

threat to South Africa's security. Simultaneously, South Africa enacted its new constitution around the same time, guaranteeing citizens all sorts of rights including health care and freedom from violence. But these are policies. They are paper rights. In reality, for ten years the new South African government sought to stabilize its macro-economics and to encourage direct foreign investments. Structural adjustment programmes have been shown by scholars the world over to worsen the socio-economic conditions of the poorest people, especially women and children. But our government stuck to its new liberal economics, focussing on black economic empowerment for a small elite only and indefinitely postponing, until recently, in principle the implementation of the parts of its constitution concerning widespread social development. During the late 1990ies the Constitutional Court ruled that citizens' rights can only be claimed if government has the resources to provide for these rights, but that our government should begin to set mechanisms in place to realize these theoretical rights, with a notion of progressive realization of rights. What is a reasonable time frame, we might ask.

Following the resounding two-thirds majority in our recent elections, the African National Congress, convinced of its sound macro-economics, has now endeavoured to vigorously pursue development of especially the poorest people. Ten years later, with the citizens'

full support, the government is trying to turn its paper policies into reality. Again one might ask, whose reality, whose security? How is violence and freedom from violence defined and enacted? South Africa is infamous for its entry into the Guinness book of records for its rape statistics. Last year the Carmichele ruling sought to hold the government accountable for not doing more to ensure its citizens' right to freedom from violence when Mrs Carmichele successfully sued several state departments and ministries, because the man who brutally raped her had previously been released from bail repeatedly while accused of other prior rape charges. These are all issues that pertain to notions of security in this aera of ours. Last week as well our medical research council released statistics on femicide intimate homicide, which is the rate of men killing their female partners, their wives and girl-friends. The new numbers drawn from thorough research across country say it all: a women is killed by her male partner every six hours, every six hours somebody dies. There we ask again: whose security do we speak of in policy and in practice?

South Africa may seem far away from Europe, and Germany in particular, but researches from the global north including Germany, Belgium, Sweden, the United States and Canada have all been talking about a minimum 30 % domestic violence rate in their own countries for at least 30 years, numbers

which have recently been echoed by Amnesty International's latest global report on violence against women. Spain's recent media spectacle about combatting femicide in their own country might be viewed by some in similar ways that Africa is viewed. But that the World Health Organization's very latest global survey on gender violence show some developed countries where up to 69 % of women are battered by their male partners, two out of every three women in many countries in the developed and developing regions in the world.

This relates directly to our definitions of violence, of security, defined by specific people with specific interests at specific times and excluding specific other people. It is very specific! In line with definitions of security as the government's need to protect itself from foreign invasion South Africa purchased some four billion Euros worth of armaments from largely European contractors with allegations that their populist deputy president Jacob Zuma solicited bribes from at least one Europe multinational arms corporation. Africa again, not different to Latin America or parts of Asia, one might think, could be regarded as the necessary grease to facilitate profits of multi-nationals. But government leaders, again, in France, Germany, Italy, the United States etc. have all been under similar scrutiny for corruption, and corporations of the North are now increasingly being investigated for corrupt business practices. So, sadly,

government and business corruption is one thing Africa does not have a monopoly on. Ten years later, with a much touted black economic empowerment of our democratic government, one is surprised that the Johannesburg Stock Exchange is only 1 % black ownership of stocks. 99 % still remains in the hands of white capital. The rainbow government of our rainbow nation still has 99 % white ownership of capital.

I argue that the world is not very different from my country. And we know the gender profile without even bothering to ask. So again: Whose security are we talking about? An extensive report released by the University of Witwatersrand's Institute for Social Economic Research, called WISER, suggests that security and private security in particular is in the eyes of the beholder. Rich white people and a tiny 1 % black elite who talk of the lack of domestic security and spend millions annually on private security companies, largely - and ironically - of my country staffed by former apartheid security personal, can be contrasted with poor black people in townships that police and ambulance services will not even enter and who merely ask for jobs and food. The discourses on security raise questions of selective criticism and of selective gazes. The world is obsessed with HIV/Aids for example, and in Africa in particular, with billions of Euros and Dollars invested to find ostensible cures

for Aids, while killers like poverty and Malaria, the leading cause of death in, for example, Senegal, are marginalized. The multi-national pharmaceutical companies dictate our development and funding priorities. We all know that security is inextricably tied to development. But let us get real about whose security we talk about, whose interest is served and who we exclude from a discourse on implementation. What about security for the poor and security for women and children? What choices do developing countries like South Africa have within global economic constraints?

Progressive governments in Brazil and South Africa face similar challenges of addressing development while implementing structural adjustment programmes that ensure short direct foreign investment. Let us sweep our own door steps first, look to the high rates of domestic violence and rape in your own countries, address the plight of the own poor people first, and then examine the oxymoronic notion of so-called fair trade within Europe and how to fix developing nations. And we should take notice of the fact that countries like the UK and Sweden sell billions of Euros worth of armaments to countries like South Africa that can barely feed its own people. North-South cooperation requires a new morality, I argue, a new honesty. But let us first scrutinize ourselves, our own governments and our own trading practices. South Africa can never be

secure until poverty is really addressed, and 9/11 and subsequent so-called terrorist attacks show that the global North will never be secure until developing regions have secure equitable democracies. Every development Euro in Africa is an investment in the security of Europe. The cold war era investments in despots should be replaced with combatting poverty, disease and violence especially against women and children. Our freedoms, our democracies, our security are all inextricably linked. So-called terrorism shows our mutual human vulnerabilities beyond our suits and other ethnic accoutrements, enlarges our interdependence and begs us to work together as equal partners, North, South, men, women, for the freedom and security for our entire planet and all its diverse inhabitants. Thank you.

Dr. Winrich Kühne

Thank you very much, Bernadette Muthien. Vielen Dank. Ich glaube, alle die Afrika kennen, verstehen den Satz: *Whose security are we talking about?* Das ist wirklich ein Fundamentalsatz für die Situation in Afrika.

Dr. Elisabeth Rehn, ehemalige finnische Verteidigungsministerin

Ich sage immer, dass ich gerne Deutsch sprechen möchte, aber es ist so komisch, and the issue is not comical at all. So, therefore, it is better that I speak in English. "Democracy" - that is, of course, a very important question, and a very important one for the peace and the

security of the world. But what kind of democracy are we then thinking of? Is it the old Greek definition that there is democracy when every free man has the right to decide? I think that they also need all the free women and that all women should be free to decide. Only then do we have real democracy. We have not taken use of that majority of the population of the world that women are forming in the sense that we should for security and creating peace. That is something we should do much more.

In my CV here was not mentioned one of the real tasks I had earlier, together with Ellen Johnson from Liberia, namely to make a report on women in war and peace for the Security Council of the United Nations. It was really a couple of years ago, and at the time I visited 14 different villages of war and conflict and talked to the women, to the victims themselves. Of course I had to talk to the ministers and presidents, too. But they are the same all over the world. But the people on the ground, the grass root level, the women, they could give a lot of knowledge to us. And what was quite obvious is that when we are talking about security we also have to talk about wars and conflicts because they, of course, are imbalancing the security of ours. And unfortunately the wars - we should not have any wars - have changed nature so clearly during the last decades. There are civil wars which are seldom between nations, independent states. And civil wars are so brutal - nothing is as brutal as

a civil war, where especially the women, of course, are used as tools, a very good tool. When you are raping a woman or a small girl, then you are raping the whole society of hers, and that hurts, that is something very bad done to the whole population. I don't think that we respect the women enough.

All over the world we found that women want to take their part, to participate in the solutions: in peace negotiations, in the assessment of a peace operation, and in the peace operation itself. And that goes both for international and national women; they are badly needed in creating a real peace. But also the internationals are giving a very bad example. When I was this SESG in Bosnien-Herzegowina, I was only the second woman to do that in the history of the United Nations; Dame Margaret Anstee had been in Angola before me. That means that you, we are still not trusting in women. I heard always at the United Nations that it was because of my background as former defense minister that I was so suitable for this to help. That's rubbish. You don't have to be a former defense minister to be an SESG. You, Ambassador Steiner, were not a former defense minister, and you could make it. And so I think that the talents of women and the example for the local people is very important, that also women can make it.

I was so encouraged when I learned about Rwanda. Of course, 70 % of the population are women. But in the last

parliamentary elections 49 % something of the new parliament are women. They hold the world record, beating Sweden which has been mentioned several times. So Rwanda women really did it. I believe strongly in them. The international community has other weaknesses, too. When we are coming to a spot, we are very much like some kind of colonialists. We are sure we know best. The internationals know always best. Do it like me, do it in Europe, in Finland or Germany or wherever and, of course, it is not like that. We can give support, we can give advice, we can push them in the so-called right democratic direction. But we should listen much more to what is happening and what the feelings really are on the ground.

We also are destroying a lot. International community is composed very strongly about men. Unfortunately, phenomena like trafficking in human beings, especially women and girls, is always much stronger where we have a big international presence. Because they have money and they are far away from home. I heard so many times out in the world, "but Madam, really you must remember that men have their needs. And boys will be boys." That is also rubbish. Women have their needs, too. But when you are sent there to help people in trouble then you have to forget about this and really create a democracy in a democratic state. We and I, too, are criticizing United States for how they have been handling Iraq. And with full reason - there *is* a lot

of room for criticism. But on the other hand, what are we doing in Europe to make a stronger Europe with more or less one opinion? Because we are so handicapped we are always fighting; who is the strong one? Germany, France, Italy, Great Britain ? Never Finland, that is too small. But though I think that what we should now try to achieve is more of a strong Europe in the sense that we are credible, we have a lot that we could be doing for saving democracy and security in the world. I don't think there will be any front lines within Europe. Our front lines will be in Palestine and Israel; they are in Africa, they are all over the world. And we should be able to give our contribution without fighting against each other. *Verteidigungspolitik* is absolutely not unmodern. We still need also defense, but it must be a defense that also is not living its own life being too strong. But it must be a defense that can be used for crisis management when also some kind of force is needed. I believe that we in Europe still have a lot to create. We are the largest economic region today after the enlargement, but we are weak politically. Nobody takes us very seriously. And I think that we should be taken much more seriously. It is something that is a challenge to all of us.

We also have to look for justice. And I will stop here. I have learned that justice has an enormous role in all the conflict areas and altogether for security. People want to know the truth. Truth commissions are very important, too. But

also justice. I really hope now that the news that we have got from New York that the United States will not try to get their own agenda with the International Criminal Court. That is important because we need a format of justice that really is universal, that can be used. Because for especially the weakest elements in a society - women, old people, children - it is important that there is this justice. And when I said the weakest elements, nobody can get me in court saying that women are the weakest elements really, because we have to rely upon the capacity that is out there and could be used for security and peace in the world. Thank you.

Dr. Winrich Kühne

Herzlichen Dank Frau Rehn. Sie haben das Referat von Herrn Czempiel jetzt um den Begriff der Gerechtigkeit ergänzt und andererseits auch durchaus eine gewisse Lanze für eine veränderte Verteidigungspolitik gebrochen. Das ist für mich auch ein interessanter Beitrag. Damit darf ich gleich zu Herrn Steiner übergehen. Da Frau Rehn jetzt ihre Erfahrung auf dem Balkan gar nicht eingebracht hatte, wäre es natürlich interessant, wenn Sie das alles, was jetzt gesagt wurde, auch mal brechen würden im Lichte Ihrer Erfahrungen auf dem Balkan. Sind das die richtigen Leitlinien? Ist das verwertbar? Oder würden Sie sagen, liebe Leute, schaut euch das erst noch mal genauer an.

Botschafter Michael Steiner, Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen in Genf

Vielen Dank Herr Kühne. Sie wissen alle, dass die europäische Politik der Prävention der Konflikte auf dem Balkan in den 90er Jahren jedenfalls zunächst gescheitert ist. Dafür gibt es viele Gründe. Wenn wir jetzt von der Rückschau her die Energie summieren, die wir in den 90er Jahren in den Balkan gesteckt haben - unterschätzen Sie nicht die politische Energie, die wir abziehen mussten von der Gestaltung Europas und die wir in den Balkan gesteckt haben, die wirtschaftliche Energie, das hat ein Schweinegeld gekostet, die militärische Energie, den Glaubwürdigkeitsverlust, den Politik erlitten hat und den Verlust an Zukunftsfähigkeit, den die Menschen auf dem Balkan erlitten haben! -, wenn wir das alles zusammen nehmen und diese ganze Energie von vornherein in Konfliktprävention hätten stecken können, also weitsichtige Politik gemacht hätten: Das Ganze wäre nicht passiert, da bin ich ziemlich sicher. Jetzt ist die Frage: Sind wir heute besser? Haben wir daraus gelernt? Wenn Sie sich anschauen, was im Sudan passiert, dann kann man wirklich seine Zweifel haben.

Frau Rehn, Sie haben Ruanda erwähnt: Wir hatten eine sehr würdevolle Gedenkveranstaltung in Genf vor einigen Wochen; Kofi Annan hat gesprochen, alle Regionen haben gesprochen. Wir haben uns alle geschworen: nie wieder. Und zwar nie wieder eine Situation, wo wir

wissen, was passiert - und wir wussten, was in Ruanda passiert, dass dort ein Genozid stattfand, und haben es trotzdem geschehen lassen. Wir wissen es im Sudan auch und lassen es auch geschehen. Also die Frage nach der Lernfähigkeit, die kann man sicherlich noch nicht positiv beantworten. Die Frage der Prävention stellt sich aber nicht nur, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern sie stellt sich auch postoperativ nach der Intervention, also nach dem Scheitern oder Nichtvorhandensein einer Präventionspolitik. Da könnten wir Irak nehmen. Ich nehme aus naheliegenden Gründen den Balkan. Ich habe drei Überschriften mitgebracht, eine ganz aktuelle nach den Ereignissen gestern Abend. Das ist, was ich das Sepp-Herberger-Syndrom nenne: Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Ich will das gleich ausführen. Die zweite Überschrift, die ich habe, ist, dass Legitimation unteilbar ist. Und die dritte handelt von der Kunst des Loslassens.

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg, aber man kann nicht überall intervenieren. Aber wenn man interveniert in einem Konfliktfall, dann gilt: wer A sagt, muss auch B sagen. *You have to finish the job.* Nur punktuelles, nur militärisches kurzfristiges Eingreifen verändert nur situativ etwas, aber nicht strukturell. Deswegen gibt es ja die *peacekeeping missions*. Und da ist das entscheidende das Stichwort "Nachhaltigkeit". Das heißt, Sie müssen ein Mandat erfüllen. Sie müssen, auch wenn die Bilder aus CNN wegfallen, die Weitsicht haben, das Mandat zu Ende zu

führen und dürfen kein *crisis hopping* vornehmen. Kosovo, das ist erst fünf Jahre her, das war 1999. Inzwischen haben wir Afghanistan, wir haben Irak und wir haben in Afrika eine Reihe von Krisen. Das ist schon eine alte *peacekeeping mission*; kein Mensch denkt mehr daran, aber es ist noch nicht zu Ende geführt. Und wenn man einen Job nicht zu Ende führt bei einer Intervention, bei einer *peacekeeping mission*, dann passiert eben das, was in Afghanistan passiert ist. Dort hat man sich ja zunächst darauf konzentriert, die Sowjetunion aus dem Land fortzubekommen, und zehn Jahre später hatte man es mit den Gespenstern dieses Kampfes gegen die sowjetische Okkupation zu tun, nämlich den Taliban. Das heißt, wenn man das Mandat nicht erfüllt, dann ist die nächste Krise vorprogrammiert, aber dann ohne die Selbstheilungsaussichten, die sie haben, wenn sie nicht interveniert hätten. Denn es ist so: In dem Moment, wo Sie intervenieren, werden Sie auch zu einem regionalen Faktor und verändern das regionale Gleichgewicht oder Ungleichgewicht, jedenfalls vermindern Sie die Möglichkeit, dass sich eine Region auch selbst wieder stabilisiert. Sie schaffen Interventionsruinen. Und das ist das Schlimmste, was Sie tun können. Um also dieses von mir so genannte Herberger-Syndrom zu vermeiden, dass nach dem Krieg vor dem Krieg ist, müssen Sie einen Eingriff in eine regionale Situation dann auch zu Ende führen.

Zweiter Punkt, Legitimation ist unteilbar. Es ist klar, dass nach der Globalisierung,

nach dem 11. September, Sicherheit immer mehr unteilbar wird. Das gilt geographisch, das gilt auch sektoriell. Denken Sie nur an den Unsicherheitsexport, der mit schwierigen wirtschaftlichen Lagen zu tun hat. Übrigens gilt das auch positiv; es gibt einen *spillover*-Effekt von stabilen Regionen, das ist ja schon angesprochen worden. Aber was heute überhaupt noch nicht erwähnt wurde und was ein ganz entscheidender Aspekt ist: was für die Unteilbarkeit der Sicherheit gilt, das gilt auch für die Legitimation des internationalen Handelns - diese ist auch unteilbar. Ich will Ihnen das ganz praktisch erläutern. Als ich Sondergesandter war im Kosovo im Frühjahr letzten Jahres, da hat bekanntlich die Intervention im Irak stattgefunden, und das war für unsere Arbeit für UNMIC im Kosovo verheerend. Warum? Die Perzeption der Kosovaren - der Kosovo-Albaner, also von 90 % der Bevölkerung – war, dass der beste Freund der Kosovaren, die Amerikaner, jeden Abend sichtbar im Fernsehen, außerhalb des internationalen Konsenses agiert haben, außerhalb des Instruments des internationalen Konsenses des Sicherheitsrats. Das heißt, es gab, wie Sie sich erinnern, eine massive Kritik an den Vereinten Nationen. Für die Kosovaren stellte sich das natürlich so dar, dass wenn die besten Freunde, die sie vier Jahre vorher befreit hatten, nun außerhalb des internationalen Konsenses agieren und sich gegen das Organ positionieren, das im Kosovo vertreten durch UNMIC agiert, dann ist es natürlich klar - die Feinde meiner Freunde sind auch

meine Feinde -, dass sie an Legitimation verlieren. Und das ist genau so gewesen. Wir wurden in unserer Tätigkeit massiv herausgefordert. Sie müssen sich vorstellen, dass so ein SISG im Grunde genommen nur ein einziges wirkliches Machtmittel oder eine einzige Legitimation hat, nämlich den Verweis auf die im Sicherheitsrat manifestierte internationale Geschlossenheit, also den beschlossenen Konsens. Das ist seine Legitimation, und wenn die in Frage gestellt wird, wenn der Sicherheitsrat nicht mehr funktioniert oder der internationale Konsens nicht funktioniert, haben Sie plötzlich leere Hände, und dann tanzen die Mäuse.

Übrigens war das ein Phänomen überall auf der Welt, nicht nur im Kosovo. Auch in anderen *Peacekeeping*-Missionen haben die UN-Instanzen massiv an Legitimation und damit an Einwirkungsmöglichkeiten verloren. Ich will darauf noch mal zurückkommen, aber diese internationale Legitimation eines internationalen Konsenses ist ein ganz hohes Gut, wenn Sie sich in einer Region engagieren wollen. Ich will darauf noch mal zurückkommen im Zusammenhang mit dem, was Herr Czempiel gesagt hat. Ohne Legitimation gibt es die Probleme – auch wenn das ist nicht die einzige Erklärung ist -, wie es sie ja auch im Irak gegeben hat.

Mein letzter Punkt handelt von der Kunst des Loslassens. Sie können militärisch intervenieren. Das ist, wenn Sie die militärischen Mittel haben, relativ einfach.

Schon sehr viel schwieriger ist es, wenn Sie dann nachfolgend in die Aufbauphase kommen. Aber noch schwieriger ist es, wenn Sie zu der Phase der schrittweisen Übergabe kommen, also des Transfers der Kompetenzen an die lokalen Strukturen. Das Ziel ist ja, dass Sie wieder zu selbsttragenden Strukturen kommen, zu *self-sustainability*. Und das ist sehr schwierig für das Personal, das in *Peace-keeping*-Missionen engagiert ist. Sie müssen sich vorstellen, dass jemand, der etwa in den Kosovo kommt und unmittelbare Dienste leistet – der dafür sorgt, dass Häuser aufgebaut werden, dass es Wasser gibt, dass es Schulen gibt -, sich zurückziehen muss und sein Erfolgserlebnis plötzlich daraus ziehen muss, dass andere Erfolg haben und dass er selbst überflüssig wird. Das ist sehr schwierig. Hinzu kommt, dass die Mittel abnehmen, die internationalen finanziellen Mittel, und dass Sie weniger gute Leute kriegen mit der Zeit, weil so eine Mission, je älter sie wird, desto weniger *fashionable* ist. Und es gibt da ja dann neue Missionen. Sie brauchen dann auch andere Strukturen. Und das sind dann die Strukturen der Entwicklungshilfe, der Zusammenarbeit auch der entsprechenden Organisationen. Da brauchen Sie dann in dieser Phase auch ein stärkeres Engagement von UNDP. Und das ist ein Prozess, der deswegen fragil ist, weil er gleitend stattfindet. Und das Problem, was wir hier haben, das ist, dass es eine Schere gibt zwischen einerseits dem auf der Zeitachse abnehmenden internationalen Engage-

ment und der Nachhaltigkeit der Erholung, die damit nicht Schritt hält.

Ich komme also zum Fazit. Wenn man sich entschließt, militärisch zu intervenieren, dann muss man wissen, das ist erst die halbe Miete. Wenn man "A" sagt, muss man auch "B" sagen, sonst schafft man die von mir genannten Interventionsruinen. Das heißt, *you have to finish the job*. Und das ist etwas, was für Demokratien das Schwierigste ist. Denn das bedeutet, ohne öffentliche Aufmerksamkeit, ohne Bilder im Fernsehen engagiert zu bleiben bei einer Aufgabe, die man vor Jahren begonnen hat, denn das geht nicht im Handumdrehen. Und Sie sind mit der Crux konfrontiert, je weniger öffentliche Aufmerksamkeit Sie haben - das heißt, je erfolgreicher Sie sind -, desto weniger Unterstützung kriegen Sie, weil Politik nun mal so funktioniert. Das heißt, das Wichtigste ist das Durchhalten dieser postoperativen Prävention. Und das ist für Demokratien so schwierig.

Mein letzter Punkt, den ich erwähnen will - Herr Czempiel hat es bereits gesagt -, Demokratie kann nur endogen entstehen. Das ist nicht etwas, was man von außen oktroyieren kann. Ich glaube, das ist sicherlich richtig, aber ich glaube gleichzeitig, dass das nicht der Punkt ist. Sie können Demokratie erst schaffen, wenn sie Rechtssicherheit haben, wenn die Leute nicht mehr Angst haben. Und das Thema Angst ist hier noch kein einziges Mal erwähnt worden. Es ist aber einer der wichtigsten Faktoren in dieser Situation.

Wenn Leute Angst haben, dann können sie ihr Recht zu wählen gar nicht ausüben. Sie werden nämlich dann immer die Sicherheit wählen, wie auch immer sie sich geriert. Das heißt, Sie brauchen, um diesen Prozess der Stabilisierung in einem gewissen Gebiet einzuleiten, die militärische Präsenz. Sie brauchen die Sicherheit, auch exogen, von außen kommend, in bestimmten Situationen. Aber die Frage ist die der Legitimation dieser Sicherheit. Sie brauchen die Sicherheit, Sie brauchen unter Umständen auch militärische Sicherheit. Aber die muss legitimiert sein. Wenn Sie keine legitime Präsenz haben, militärische Präsenz oder Intervention, dann wird das scheitern. Wenn Sie eine internationale Legitimation haben, so breit wie möglich, dann haben Sie Aussichten auf Erfolg. Vielen Dank.

Dr. Winrich Kühne

Vielen Dank Herr Steiner für die drei sehr interessanten und auch sehr nachdenklich stimmenden Thesen. Eigentlich bräuchten wir für die und die anderen Thesen nun mehr als 15 Minuten. Ich möchte daher nur eine Nachfrage stellen, gerade auch an Frau Rehn und Herrn Steiner. Sie haben sie mir eigentlich mit Ihrem letzten Satz zum Teil fast schon aus dem Mund genommen, nämlich die Querverbindung zur These von Herrn Czempiel. Herr Czempiel hat ja zwei Thesen aufgestellt, die schwer bestreitbar sind, die allerdings auch natürlich nicht so neu sind: Demokratisierung trägt wahrscheinlich zu Frieden und Gerech-

tigkeit bei, und sie darf nicht von außen oktroyiert werden, schon gar nicht militärisch, aber Unterstützung ist hilfreich, wenn ich das mal sehr einfach so sagen darf. Nun frage ich mich jetzt mit Blick auf die Praxis, wie sieht es denn im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina aus? Dass wir es militärisch oktroyieren, kann man zumindest im Fall Kosovo schlecht sagen, wohl auch nicht im Fall Bosnien-Herzegowina. Aber im übrigen ist das doch mehr als Unterstützung, wenn man mal ehrlich ist. Sie, Herr Steiner, haben ja den berühmten Satz geprägt: "Standards before status", "Standard vor Status". Wenn die Kosovaren abstimmen würden, würden sie anders abstimmen. Dann würden sie sagen, Status vor Standard. Und in Bosnien-Herzegowina würden die drei Teileinheiten wahrscheinlich nicht zusammen bleiben. Auch wenn ich jetzt mal kurz nach Afrika gehe und Kongo oder die Elfenbeinküste betrachte, was wir dort für Versuche an Demokratisierung haben, da haben manche ausgesprochen etwas dagegen. Ob das so ganz endogen ist, daran habe ich doch so meine Zweifel. Sie haben sicher Recht, die Bewältigung der Angst und Sicherheit ist sicherlich das große Thema. Also sind wir wirklich ganz ehrlich in unserer Diskussion, dass wir die Demokratisierung nicht von außen machen? Oder müssen wir nicht ehrlicherwise sagen, wir machen etwas anderes? Das wäre meine Nachfrage speziell an Sie beide.

Botschafter Michael Steiner

Ich darf Sie erinnern an ein heute geradezu skurril anmutendes Faktum. Bosnien hatte begonnen nach Dayton 1995, Ende 1995. Die Implementierung hat begonnen am 1. Januar 1996. Der Auftrag war, innerhalb von fünf Monaten Demokratie zu schaffen. Im Mai sollten dort allgemeine und freie Wahlen stattfinden. Was war der Grund dafür? Weil im November desselben Jahres 1996 Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten stattgefunden haben. Und die Idee war, wir haben damals hier in Bonn daran geglaubt, aber auch in den anderen Hauptstädten der Kontaktgruppe und in Washington, dass bis zum November der ganze Spuk vorbei sein würde. Wir dachten, um Frieden zu machen reicht es, in Dayton einen Vertrag zu unterschreiben. Und dann muss man das schnell implementieren und dann kann man gehen. Das war die Idee. Das amerikanische Credo war, mit Wahlen die Situation zu bereinigen. Auf großen Druck haben diese Wahlen stattgefunden, einen Monat später, aber immerhin in Rekordzeit, technisch durchaus einwandfrei, überprüft von der OSZE, organisiert von der OSZE. Und was war das Ergebnis der Wahlen? Die Menschen haben für Sicherheit gewählt, einmal weil sie dachten, die Internationalen sind eh bald draußen, man hat der Rhetorik geglaubt, und weil sie sich noch nicht befreit haben, weil sie sich noch nicht sicher genug gefühlt haben, wirklich Demokratie zu exerzieren. Deswegen haben sie die alten Parteien gewählt. Die Serben haben damals für den Karadzic

gewählt, für die SDS, die Karadzic-Partei. Und die Bosniaken für den Izetbegovic und die Kroaten für den Subak, wie der damals hieß, für die nationalistischen Parteien damals.

Das war einfach zu früh. Was ich sagen will ist, ich glaube die Antwort ist kein Ja oder Nein, kein entweder – oder, sondern die Antwort ist eine prozessuale Antwort. Wenn Sie eine Katastrophe haben wie in Bosnien mit mehreren Hunderttausenden Toten, mit den vergewaltigten Frauen, und zwar in Tausenden, wenn Sie eine solche psychologische Katastrophe haben, wo die Leute, wenn Sie - ich war ja in Sarajewo - mit den Leuten geredet haben, konnte man zum Essen gehen, alles schien ganz normal. Aber Sie sagen ein falsches Wort, und dann konnte man sehen, einen halben Zentimeter unter der Oberfläche war die Hysterie da, da war der psychische Zusammenbruch da. Es ist doch klar, dass das Folgen hat, wenn Sie drei Jahre in so einem Kessel eingeschlossen sind. Sie müssen es prozessual machen und die Reihenfolge muss sein: erst Rechtssicherheit, erst Sicherheit - dann können Sie Demokratie schaffen. Und die muss dann natürlich endogen entstehen. Die können Sie nicht oktroyieren, von vorn künstlich schaffen. Aber Sie müssen die Voraussetzungen dafür schaffen. Und das ist die eigentliche Idee von *Peacekeeping missions*. Aber eine *Peacekeeping mission* muss auch eine Zielrichtung haben. Und ich glaube, die Zielrichtung - das ist natürlich nicht sehr populär hier in Deutschland -, die wirkli-

che Zielrichtung, der wirkliche Ausweg für diese Staaten auf dem Balkan ist natürlich die europäische Perspektive. Und erst wenn Sie diese operationalisiert bekommen, werden wir dort wirklich eine Befriedung erreichen.

Dr. Winrich Kühne

Nur in Verstärkung Ihres Arguments, erst Sicherheit und Rechtssicherheit, sei daran erinnert, dass nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in Liberia 1997 die Bevölkerung bewusst einen Verbrecher zum Präsidenten gewählt hat, damit es nicht wieder Krieg gibt.

Dr. Elisabeth Rehn

Yes, it is quite true what Michael said. What I have been always criticising is that the distance, the gap between Washington and New York and Vienna and Brussels and the grass root level - that distance is much too wide. It is very easy to make decisions when you are very far away. But when you are just sitting there with the internally displaced persons, with all the others, those who really are touched by all the decisions, then you know that they don't care about what is decided in those places, because it is *their life*, or almost lack of life, that is the question of. So it is very easy to decide that they should have elections. But really to get people motivated is difficult. What I have found, and that is disturbing me very much, is that the young people of the Balkans - for the last 16 months I have been working with the stability pact for the South Eastern

Europa - don't believe in their future in the region. And that is very much worrying me. They think that Australia, the United States or Germany or some other place could be heaven for them, but not their own country. And if the youngsters are not believing in the future, how can we then do anything about this? For Bosnia-Herzegovina it has been a little bit easier in the sense that they knew that they are an independent state even if in two entities, Republica Srpska and the Federation. But in Kosovo where they don't know what they will be when they are growing big, it is much more difficult. If you see the standards that have been set - I am not criticizing anything and not the Security Council and nobody - I wonder where in the world is that dream state where all these conditions are fulfilled; probably somewhere in paradise or heaven. Because it is not real what is demanded. Of course, it is some kind of wish, that all this should be fulfilled. But there are no countries that have been fulfilling all these conditions. One of the mistakes is that we are taking too much of the responsibility away where we have the internationals. We should put much more of the responsibility on the people themselves, their countries, their decision makers. They can now just bail out of all responsibilities that are bad and difficult to take. They always get away with saying that the international community should decide and so on. But they must remember their own responsibility. Especially in the case of Bosnia-Herzegovina it was absolutely upside-

down with the development. In the beginning there were quite a few rights for the Office of High Representative, and then step by step there have been more and more of them. It should be just the other way round: In the beginning a lot of supervision, and then easing it up. But now it has gone totally wrong. I hope that the international supervision politically sooner or later would end in Bosnia-Herzegovina so they are obliged to take responsibility themselves. But we still have quite a road to walk on. Thank you.

Botschafter Michael Steiner

Ich möchte nur gerne, weil ich glaube das war ganz wichtig, den letzten Punkt voll unterstreichen. Das ist überhaupt keine Frage, das hätte umgekehrt laufen müssen. Nur zu den zwei Punkten "standards before status" und was die Jugend will. Standards before status war nie, dass der Kosovo zur Schweiz werden soll und dann machen wir den Status, sondern es war nur eine Anstrengung auf ein Ziel hin. Nur darum ging es.

Zweitens, ich würde heute nicht mehr sagen "standards *before* status". Ich würde jetzt sagen "standards *and* status". Ich glaube, wir sind in einer weiteren Phase. Zur Jugend des Balkans, ich glaube das ist ein ganz wichtiger Punkt. Dass die jungen Leute nicht mehr glauben, dass sie keine Zukunft haben auf dem Balkan, das ist keine Frage des Glaubens. Die *haben* keine Zukunft auf dem Balkan. Nehmen Sie den Kosovo, die jüngste Bevölkerung

in Europa. Unter den jungen Leuten ein kluges 18jähriges Mädchen, ein kluger 18jähriger Junge, aufgeweckt, intelligent, was sind deren Chancen? 80 % Arbeitslosigkeit. Wenn sie das Glück haben, eine Arbeitsstelle zu finden - 20 % sind ihre Chancen- dann verdienen sie 200 Euro, sehen aber gleichzeitig natürlich im Fernsehen, wie der Lebensstandard in der Europäischen Union ist, in Griechenland, im Süden, und wie es in Deutschland aussieht. Was macht so ein junger Mensch? Der kann in die Prostitution gehen, er kann in die Arbeitslosigkeit gehen oder er geht nach Europa. Selbstverständlich geht er nach Deutschland, geht er in die Schweiz. Die einzige Chance, diese Perspektive vor Ort zu geben, ist die europäische Perspektive, und alles andere ist eine Illusion.

Dr. Winrich Kühne

Danke schön. Ich hoffe, Sie sind mir nicht böse, dass wir diese Diskussion haben einen Moment laufen lassen, aber ich glaube, sie steht stellvertretend. Da ich ja nun mal mehr mit Afrika befasst bin, kann ich fast immer zustimmen, und so bin ich auch dankbar, dass das Thema Jugend aufgekommen ist, weil ich glaube, dass das für die Frage der Sicherheit zentral ist. Auch in Afrika sind es nicht ethnische Konflikte, sondern es sind Generationskonflikte. In Elfenbeinküste spricht man davon, dass die Legitimität der Kugel die Legitimität des Wahlzettels ersetzt. 90 % Jugendarbeitslosigkeit, 10.000 unkontrollierbare, auch durch den Friedenseinsatz nicht kontrollierbare Mi-

lizen. Also das Dreieck *war lords*, Jugendliche und Waffen ist ein Hauptsicherheitsproblem. Und insofern bitte ich zu verstehen, dass wir diese Diskussion etwas exemplarisch genommen haben für das, was unter dem Stichwort "Globalisierung" läuft.

Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel

Ich wollte nur drei kurze Bemerkungen machen. Die erste zu meinem Kollegen und Freund Lothar Brock. Ich habe nie von dem erweiterten Sicherheitsbegriff gesprochen, weil ich den für völlig falsch halte. Das ist eine Schutzformel, hinter der sich im Endeffekt die alte Prärogative des Militärischen verbirgt. Zweitens, ich bin mit Herrn Steiner der Meinung, dass wenn man eine Mission anfängt, man sie zu Ende bringen muss, aber eben vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Befriedung. Und das heißt, sie müssen doch sehr viel mehr Geld aufwenden, um nach der militärischen Befriedung, die sicherlich erst mal stattfinden und andauern muss, die politische zustände zu bringen. Das sind Milliardenbeträge auf Dauer, und die europäische Perspektive allein, denke ich mir, reicht gar nicht aus. Man muss deren Industrialisierung betreiben. Man muss den Aufbau machen. Das kostet Geld. Es kostet vor allen Dingen auch politische und wirtschaftliche Expertise, die diesen Ländern sagen kann, was sie mit dem Geld tun müssen, damit wirtschaftliche Entwicklung entsteht, wodurch dann auch die jungen Leute eine Perspektive haben, die sie dazu verleitet, zu Hause zu bleiben und zu Hause dafür

zu sorgen, dass dieses Haus wieder in Ordnung kommt. Und das passiert nicht. Das gibt es auch im Ansatz nicht. Und das ist mein Plädoyer, wenn man von Sicherheit spricht im Sinne von Stabilisierung, Demokratisierung, dass wir unsere Ressourcen auf den politisch-ökonomisch-gesellschaftlichen Aspekt der Herstellung von Sicherheit legen und nicht auf den militärischen. Und wenn wir den wirtschaftlich-sozialen Aspekt nicht haben, sollten wir die Finger von der Intervention lassen.

Dr. Winrich Kühne

Okay, ich glaube, das ist verstanden. Vielen Dank Herr Czempiel. Wir gehen jetzt in das Auditorium.

Zoran Brajovic, freier Journalist

Danke schön. Mein Name ist Brajovic, ich komme aus Bonn. Mein Fachgebiet ist Südosteuropa und die Themen sind fundamentale Werte, Religion, Nationen, kulturelle Modelle auf dem Balkan. Die Hauptherausforderung, mit der wir im Moment zumindest auf dem Balkan konfrontiert sind, ist die eigentliche Beteiligung der Bevölkerungsgruppen auf dem Balkan, weil die Bevölkerungsgruppen und die Nationen sich mit Religionen identifizieren, nicht mit den Zielen unserer Politik; oder man kann sagen, sie identifizieren sich nicht mit unserer Politik auf dem Balkan. Und ich sehe zwei Gründe, warum das so ist. Erstens, ich habe nicht eine Vertikale zwischen der Realität und fundamentalen Werten, die unseren Einsatz betont. Was bedeutet das? Sehr oft ignorieren wir die eigentli-

chen Fakten. Und zweitens, wir sind nicht fähig, Werte zu vermitteln, sondern bleiben immer irgendwo in der Mitte, wenn wir unsere politischen Ziele vermitteln, eigentlich das alte System des ehemaligen Jugoslawiens, wo alte Wertesysteme kaputt gegangen ist. Und ohne Fähigkeit, ein neues Wertesystem anzubieten, gibt es keine Möglichkeit für den Fortschritt. Weil ich sage, wir ignorieren die Fakten dann, vielleicht etwas was Herr Steiner beweisen kann oder nicht. Es gibt einen offensichtlichen anthropologischen Grund, warum also das albanische Volk auf dem Balkan auf einen anderen Weg gebracht sein soll, als die Bevölkerungsgruppe in Bosnien. Es gibt ein sehr interessantes Modell für die Bosnier, das sogenannte belgische Modell, das schon ziemlich weit entwickelt ist, und es gibt die Voraussetzungen für eine Lösung. In der albanischen Frage ist die einzige Lösung, den fundamentalen Willen der Bevölkerung zu erkennen, einen eigenen Staat zu haben. Und meine Frage ist eigentlich, wie weit sind wir schon in diesem Moment, diese fundamentalen Werte zu vermitteln, also von der Realität bis zu den fundamentalen Werten eine politische Linie zu schaffen. Also nicht nur auf der Ebene unserer politischen Ziele zu bleiben, sondern einen Schritt weiter zu gehen und zu sagen, wir vermitteln Werte, also transatlantische Werte auf dem Balkan.

Brigitta Herrmann, Germanwatch

Ich bin bei Germanwatch zuständig für Welthandel und Welternährung. Meine Frage an Herrn Steiner und Frau Rehn: Herr Czempiel hat als eines der wesentlichen Elemente einer den heutigen Verhältnissen angemessenen Sicherheitspolitik erwähnt, dass die Agrarsubventionen in den USA, in der EU, insbesondere auch die Exportsubventionen abgebaut werden müssten, damit die Entwicklungsländer eine Chance auf Entwicklung haben, weil sich damit auch die Sicherheitslage verbessern würde. Das deckt sich auch mit unseren Analysen. Meine Frage: Inwiefern wird das von der Politik aufgenommen? Inwiefern wirkt auch das Auswärtige Amt darauf hin, dass das Wirtschaftsministerium und die Europäische Kommission in der Hinsicht bei Welt Handelsvereinbarungen verhandeln?

Ghulam Totakhyl, Annemarie-Schimmel-Forum e.V.

Ich habe eine Frage. Wer beauftragt oder von wem ist die westliche Welt, an der Spitze die Vereinigten Staaten, beauftragt, den anderen die wahre Demokratie oder das wahre System zu bringen? Wir haben hunderte oder tausende Jahre uns gegenseitig wahre Religionen beigebracht, und damit haben wir Millionen Menschen umgebracht. Jetzt sind wir dabei, wahre Demokratien uns beizubringen. Von wem sind die Wörter? Woher nehmen Sie denn das Recht, andere Systeme mit Füßen zu treten und ihnen ihre Systeme - hier im Gespräch war die ganze Zeit der rote Faden Demokratie, De-

mokratie, Demokratie - den anderen zu bringen? Wenn auch Demokratie beigebracht wird, setzt Demokratie meiner Meinung nach voraus, dass ein mindestens ökonomischer und ein mindestens bildungsorientierter Standard da sein muss. In einem Land - ich komme aus Afghanistan, wo 90 % Analphabeten sind - wie wollen Sie dort die Demokratie übertragen und wie wollen Sie das verwirklichen?

Noch ein Kommentar über den amerikanischen Strafgerichtshof, dem wir zugestimmt haben. Wir haben gleichzeitig gesagt, dass die Amerikaner mit den jeweiligen betroffenen Staaten bilaterale Verträge abschließen, das heißt, dass sie sich weiterhin das Recht nehmen - zum Beispiel in Afghanistan - mit den von Ihnen eingesetzten Regierungen Verträge abzuschließen, und das haben sie auch bereits gemacht, auch im Irak und anderswo, dass ihre Soldaten weiterhin straffrei bleiben. Und drittens, was ich Herrn Steiner sagen wollte, dass das Phänomen der Taliban in Afghanistan nicht ein afghanisches Phänomen allein war, sondern sie sind gerade von denjenigen Mächten vorher unterstützt und an die Macht gebracht worden, die sie danach beseitigen wollten. Man muss die gesamte Entwicklung sehen. Und daher kann ich das insoweit nicht verstehen. Und diejenigen, die vorher bei den Russen als Helden galten, und auch Osama bin Laden war ein Held der Vereinigten Staaten, weil er die Russen mit vertrieben hat, waren nachher Terroristen; diese Kräfte, wie auch Herr Czempiel zu Recht mit dem politischen

Terrorismus gemeint hat, wollten die Russen und Sowjets nicht in der Regierung haben, und genauso wenig wollen es die Amerikaner. Wir haben den Wunsch, dass wir auf gleicher Augenhöhe miteinander kommunizieren und dass wir wahrgenommen werden und dass wir unsere Interessen gegenseitig so verstehen, dass jeder seine eigenen Interessen und Rechte hat und nicht, dass wir überrollt werden und unter der Demokratisierung allein die Übernahme der westlichen ökonomischen, politischen und sonstigen Interessen verstehen.

Dr. Klaus-Heinrich Standke, Komitee zur Förderung der Deutsch-Französischen-Polnischen Zusammenarbeit e.V.

Ich war 1974 der erste deutsche Direktor beim UN-Sekretariat in New York und dann bei der UNESCO. Ich fand den Bogen der Diskussion zwischen Herrn Czempiel und Herrn Steiner ganz faszinierend. Da ist glaube ich alles abgedeckt worden. Herr Czempiel, mich hat ein Satz von Ihnen fasziniert. Sie sagten, es gehe nicht um einen Kampf gegen westliche Werte, sondern gegen westliche Politik. Aber was ist westliche Politik? Was sind westliche Werte? Sind nicht die westlichen Werte, die US-Präsident Bush darstellt, etwas anderes, als die westlichen Werte, die Europa darstellt? Geht es hier nicht auch um eine dritte Position, nämlich einen Verteilungskampf?

Herr Steiner, Sie haben als einziger und erster die veränderte Rolle in den Welt-

konflikten nach dem 11. September eingeführt. Ist das nicht wirklich eine Veränderung des ganzen Weltgleichgewichts, die wahrscheinlich bleiben wird? Wenn die Amerikaner, ohne die die Vereinten Nationen - wie wir hören - ohnmächtig sind, aber mit ihnen in eine andere Orientierung reingezwungen werden, ist das nicht eine Wasserscheide, die wir nicht genügend analysiert haben, weil es dann zunehmend irrational wird? Das heißt, erster Punkt, ist neue Weltordnung nach dem 11. September US-inspiriert, auch wenn wir es nicht wollen und wünschen würden? Und das Zweite, sind nicht die Konflikte Bürgerkriege, Afrika oder Kosovo regionale Bürgerkriege, die eine andere Qualität haben?

John Akude, Universität Köln

Ich komme ursprünglich aus Nigeria. Recht herzlichen Dank an Herrn Czempiel. Er hat mir fast das Wort aus dem Mund genommen. Alles was er gesagt hat, kann ich nur unterschreiben. Jetzt zu der Annahme von Herrn Kühne, dass man in Westafrika, oder auch sogar das Beispiel vom Balkan, nach dem Krieg entweder *warlords* nochmal gewählt hat oder rechtsextremistische Parteien gebildet hat. Ich möchte was dazu sagen, wie weit jetzt die Leute eine andere Art von Demokratie haben, wenn ich das richtig verstanden habe. Im Hinblick auf Westafrika ist es so, dass man in Westafrika irgendwie enttäuscht vom Westen ist. Die Art und Weise des Krisenmanagements war das, was in Westafrika die Situation verschlimmerte. Es wird mir sehr schwer

fallen zu glauben, dass der ganze Westen, die ganze Welt, die kleine Armee, die sehr schlecht bewaffnete und schlecht trainierte Armee von Charles Taylor nicht besiegen konnte. Aber dieser Krieg dauerte sieben Jahre. Und nach sieben Jahren waren sowohl die Leute als auch die *warlords* kriegsmüde. Und die Leute haben gesehen, dass der Westen nicht wirklich für ihre Interessen da ist. Und dann haben sie gedacht, dann wählen wir doch Taylor, wenigstens sterben wir nicht mehr. Aus dem Grund haben sie ihn gewählt. Und diese Information habe ich auch von Bosnien-Herzegowina gehört. Ich habe es mehrmals bei CNN gesehen, als kleine Leute von Journalisten nach ihren Meinungen gefragt worden sind; da haben sie öfter gesagt, der Westen hat uns gefehlt, der Westen hat uns enttäuscht. Und das ist, was man in der Dritten Welt oder in armen Ländern sieht: dass wenn man mal anfängt, für Demokratie zu kämpfen - und der Westen ist für uns ein Vorbild an Demokratie - und man immer denkt, dass der Westen dahin kommen und die demokratischen Kräfte unterstützen würde - das passiert nie. Und das ist eine große Enttäuschung. Das nutzen jetzt die *warlords* aus, um ihre Politik weiter zu tragen. Und dann sieht man, was in Westafrika los war. Alle *warlords* wurden auch in die Politik reingezogen, Rebellengruppen wurden politische Parteien. Und das heißt, sie haben doch das gekriegt, was sie wollten. Das ist für mich kein seriöses Krisenmanagement. Ich möchte es dabei belassen und noch eine kleine letzte Bemerkung an Herrn Brock richten dazu,

dass Demokratie in Europa über Gewalt erreicht wurde. Das fand ich toll. In Afrika Anfang der 90er Jahre oder kurz nach der Wende hat der Westen auch Demokratisierung in Afrika verlangt. Und natürlich führte diese Demokratisierung auch zu Gewalt. Es kann doch nicht anders sein, wenn man die Natur der Politik in Afrika versteht, dass die Leute, die an der Macht sitzen, das als Quelle zur Bereicherung benutzen. Dann weiß man, dass es nur darauf hinaus laufen kann. Das ist das, was man in der europäischen Geschichte vielleicht Klassenkampf genannt hat. Ich bedanke mich.

Dr. Elisabeth Rehn

Communicating fundamental values was what you brought up here. I think that at least the international community and the United Nations have learned some lessons now, especially after the 17th of March in Kosovo. The UN is currently trying to look at a new system for UNMIC and for the international presence. It is very good that they can learn what has been planned originally five years ago, that it is not fitting in any more. And I hope that there can be then something positive coming out from this. There will never be justice with intervening in different parts of the world, unfortunately. Sometimes the world is very quick, sometimes very very slow when it is needed. And, of course, we have to remember one point, that we have a respect for the sovereignty of states. So there is, of course, hesitation for so-called humanitarian interventions.

It took much, too much time for Western Africa, especially in Rwanda, where too much time was lost. I think that we will never find the real justice in this. But at least, I think that the world is improving and trying to do a better work. What is not acceptable is that any state is taking justice in its hands alone. It must be internationally decided, by the United Nations perhaps or OECD, in some of the regional organizations in Africa, in Latin America, Asia. But I don't think that we can allow that any state alone is taking justice in its hands. Thank you.

Kurt Gerhardt, WDR

Ich habe zwei Fragen, die das betreffen, was wir tun können, um auf Verhältnisse in anderen Teilen der Welt einzuwirken. Herr Steiner, Sie haben von den vielen Energien gesprochen, die auf dem Balkan geflossen seien sozusagen aus unserer Gegend, also wirtschaftliche Energien, finanzielle Energien, politische Energien usw. Und dann haben Sie gesagt, wenn man diese Energien anders, nämlich präventiv eingesetzt hätte, dann hätte man dieses Unheil da möglicherweise verhindern können. Mein Frage ist, woher nehmen Sie die Sicherheit, dass das möglich gewesen sein könnte? Und Herr Prof. Czempiel - an den geht die zweite Frage - hat mir den Eindruck vermittelt, dass man mit angemessenen finanziellen Mitteln in Krisenregionen der Welt wirtschaftlichen Aufbau leisten und stabilisieren könnte und auf diese Weise Gesellschaften dort in Richtung Stabilität und Frieden orien-

tieren könnte. Woher nehmen Sie die Zuversicht, dass das möglich sei?

Bernadette Muthien

I will be very brief in my response. One of the first things that emerged to me is critical. It is the idea of legitimate military intervention and how people talk about military security, which at first sight is oxymoronic. We need to ask whose definition of legitimacy are we talking about when we look at Afghanistan and Iraq and interventions there, or for example at interventions in Rwanda and Sudan where genocide is continuing now; or we can go strictly to World War II and the holocaust in this very same country in terms of how, when, where etc. interventions are made and which notions of legitimacy are applied. The other idea would have been – I hope it is not too offensive is to ask the question – what we mean when we mention Western values. We have this idea about like all kinds of good things, lovely stuff etc. But when I am backing those values, is it backing George Bush's fundamentalist Christian values? Is it the values of consumerism? The idea of Western values in these particular ways which are engendered around profit and greed and consumerism; one can even argue that Christian fundamentalism is so wacky and that Islamic ideas would be a lot saner to us. It is very different to what we have in Africa, where we are bound to our notions of community spirits, roundedness and centeredness, and where these same so-called Western values and

the guys of colonialism destroyed these same communities and community spirits with violence; especially violence against women has increased on account of these same Western values which we don't account for when we again talk about violence, security and peace. I think we are speaking about it with blinkers of very dark glasses to be clearer. We ignore the fact that 50 % of our population are women, people like me, with rights and with dignity. Across the world we will never be secure until the issue of gender violence is addressed. It is a critical issue. In Belgium, the seat of the European Parliament women, one out of three woman is being battered this very minute that we speak. It is not funny. When we talk about terrorism, and I was a little baby terrorist under apartheid when I was in school, terrorism is spreading from injustice and lack of political means to seek redress for your issues. This is my last point. And unless these mechanisms are implemented and instituted for people to seek redress as we have in South Africa now, where little baby terrorists and big terrorists like some of our cabinet are now working in government to transform society, terrorism will never be eradicated. Thanks.

Dr. Winrich Kühne

Ich bin dankbar, dass Sie diese auch für mich fragwürdigen Unterscheidungen, sogenannte westliche und nicht-westliche Werte, in Frage gestellt haben. Meist geht es doch eher um allgemein menschliche Zustände und Wünsche, die schwierig

unter diese Begriffspaare einzuordnen sind.

Prof. Dr. Lothar Brock

Also wenn man das alles Revue passieren lässt, haben wir mit der Intervention negative Erfahrungen gemacht. Sie haben davon gesprochen, Herr Steiner, in sehr anschaulicher Form. Wir wissen nicht, wie erfolgreich wir bisher mit der Prävention gewesen sind. Sie haben gemeint, Prävention wäre besser als Intervention. Das glauben wir alle gerne, aber man kann es so schwer nachweisen, dass Prävention irgendwo etwas gebracht hat, aufgrund der Tatsache, dass eben Konflikte verhütet worden sind. Also deswegen besteht glaube ich kein besonderer Anlass, in der Hinsicht optimistisch zu sein. Mit der Demokratisierung haben wir gemischte Erfahrungen gemacht. Mehr und mehr stellen wir fest, dass es defekte Demokratien gibt, also dass sich mehr und mehr Staaten zwar zur Demokratie bekennen, aber dass mehr und mehr Staaten sich nicht wirklich demokratisieren, sondern als defekte Demokratien enden, wie sie in der Wissenschaft genannt werden. Man kann auch von Hybrid-Systemen reden, wo genau das passiert, was Sie angesprochen haben, nämlich dass Demokratisierung gleichbedeutend ist mit Fortsetzung des alten Klientelismus mit neuen Mitteln.

Und das führt mich zu dem Punkt, was kann man jetzt eigentlich machen? Worauf kommt es jetzt eigentlich in der Gegenwart an? Es kommt möglicherweise

nicht darauf an, die Erfahrungen, die wir im Kosovo gemacht haben, noch mal zu wiederholen irgendwo. Das könnten wir auch gar nicht, denn wenn so viele Leute wie im Kosovo im Kongo hätten eingesetzt werden sollen, um dort für Frieden zu sorgen, hätte man 700.000 Leute mobilisieren müssen. Und wir wissen alle, das ist ein Unding, das geht nicht. Es ist schon eine reine Kostenfrage. Meine Vermutung ist tatsächlich, da fühle ich mich bestätigt dadurch, dass Frau Muthien von *new honesty* gesprochen hat, Frau Rehn von *credibility*, Herr Steiner von dem Legitimationsproblem, dass wir uns im Augenblick in einer gravierenden Glaubwürdigkeitsproblematik befinden, was die westliche Politik gegenüber dem Süden anbelangt. Ihre Fragen haben das sehr stark unterstrichen. Diese Glaubwürdigkeitsproblematik besteht seit Sir Francis Drake, der als Freibeuter seiner Majestät, der britischen Königin, gesagt hat: "Beyond the line there is no sin." Man hat auf der einen Seite versucht, globale Rechtsansprüche zu formulieren, hat aber gleichzeitig mit einem Augenzwinkern zu verstehen gegeben, dass jenseits des Äquators der Verstoß gegen dies Recht, das man selbst propagiert, keine Sünde darstellt und keine darstellen kann. So ein bisschen verhalten wir uns immer noch in dieser Richtung. Besonders auf dem Gebiet der Handelspolitik, wo wir Freihandel predigen und eine darauf ausgerichtete Politik in der Dritten Welt forcieren und gleichzeitig weit davon entfernt sind, konsequente Freihandelspolitik zu betreiben. Es wird

also weiterhin wie zu Zeiten oder seit Sir Francis Drake mit *double standards* gearbeitet.

Schlussfolgerung für mich wäre, diese Fragen, die Sie formuliert haben, muss man an sich heranlassen, so sehr wir sie auch erst mal abwehren wollen. Man muss sie an sich heranlassen. Man muss mit einer wirklich überzeugenden Ernsthaftigkeit versuchen, darüber zu reden. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass eine zunehmende Anzahl von jungen Menschen mit Migrationshintergrund hier bei uns die Vorbilder suchen, die die Funktion von Che Guevara in den 70er Jahren übernehmen. Das ergeben Befragungen, und da lässt sich kein Zweifel mehr anmelden. Es ist so. Das heißt also, wir müssen uns wirklich ernsthaft fragen, was ist schief gegangen? Und da wir das tun müssen, glaube ich, müssen wir unser ganzes Tun darauf ausrichten, den Raum in der Dritten Welt zu schaffen, um dort Eigeninitiative zu ermöglichen. Und das betrifft besonders die Handelspolitik. Frau Herrmann hat das angesprochen, und das würde ich sehr unterstreichen, dass man da wenigstens jetzt die Schlitzohrigkeit aufgibt, die bis heute die Handelspolitik kennzeichnet. Das betrifft auch die Sicherheitspolitik, wir können nicht bisherige Interventionen fortsetzen wie bisher. Wir müssen Alternativen dazu finden. Herr Steiner hat die Dilemmata, die uns da begegnen, aufgezeigt. Das betrifft genauso die Entwicklungspolitik. Das Nord-Mali-Programm der GTZ etwa könnte so ein Orientierungspunkt sein,

wo man sagen kann, da ist Entwicklungspolitik als Friedenspolitik betrieben worden, die darauf ausgerichtet war, einen Raum für Selbsttätigkeit zu schaffen. Und der ist auch von der Zentrale respektiert worden. Das Dilemma, das dabei gleich wieder entsteht, ist dass wir auf der anderen Seite von dem notwendigen Aufbau von Staatlichkeit reden, so dass sich die Frage stellt, ob denn so ein Programm wie das in Nord-Mali tatsächlich zum Aufbau von Staatlichkeit beiträgt oder nicht möglicherweise sogar konterkarierend wirkt. Also auch da stoßen wir wieder auf ein Dilemma. Aber mein Fokus wäre, im Interesse einer neuen Glaubwürdigkeit westlicher Politik müsste die Ausrichtung darauf sein, diesen Raum zu schaffen auf allen möglichen Fronten, auch der wirtschaftlichen, der sicherheitspolitischen, der entwicklungspolitischen, für mehr Mobilisierung von Selbstheilungskräften in der Dritten Welt. Danke.

Botschafter Michael Steiner

Erste Frage: Wie weit ist es gelungen, Werte zu vermitteln? Ich war eineinhalb Jahre in Bosnien und dann eineinhalb Jahre im Kosovo. Ich muss Ihnen sagen, ich weiß es nicht. Es ist aber auch sehr problematisch, das einfach zum Auftrag zu machen, weil Sie dann sehr schnell in diese Werteimperialismus-Problematik kommen. Aber ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass Sie das im Handumdrehen in einer nachkommunistischen und in diesem Fall

sogar noch Nachkriegs-Situation über Nacht schaffen werden. Ich habe den Verdacht, wir haben da nicht viel erreicht. Aber die Frage stellt sich natürlich auch, was haben wir eigentlich bei uns erreicht? Wertevermittlung, amerikanische Gesellschaft nach dem 11. September, wie tief sind die Werte da? Man kann sich auch die Frage stellen, wie war das denn bei uns nach dem Krieg? Wie lange hat es gedauert, bis Werte bei uns angekommen sind, und wie tief sind sie dann gesunken bei uns. Das ist eine sehr tückische Frage. Ich weiß aber nicht die Antwort.

Zweite Frage: Agrarsubventionen abbauen, was macht das Auswärtige Amt. Ich glaube, da haben Sie den falschen Ansprechpartner, weder des Wirtschaftsministerium noch das Auswärtige Amt sind hier das Problem. Selbst Deutschland ist hier nicht das Hauptproblem. Sie wissen, wir haben eine einheitliche europäische Politik, und das ist auch gut so in der Handelspolitik. Da gibt es andere Staaten, die sehr viel zögerlicher sind als wir. Und ich glaube, man kann viel kritisieren in der Handelspolitik, bei der Abschottung. Im Agrarbereich sind wir wahrscheinlich nicht an vorderster Front diejenigen, die hier die Dinge erschweren. Und die Kommission hat ja nun, ich habe das in Genf miterlebt, Vorschläge gemacht und sich zu einem vollständigen Abbau der Agrarsubventionen verpflichtet. Die Frage ist, wie schnell das geht und wie nachhaltig das geht. Da kann man viel kritisie-

ren. Aber ich glaube, da ist nicht in erster Linie das Auswärtige Amt Adressat.

Die dritte Frage, wer gibt eigentlich das Recht, den anderen Demokratien beizubringen? Das ist haargenau mein Punkt. Ich glaube, wenn Sie sich wo engagieren wollen, weil wir nicht mehr in der Kolonialzeit leben, brauchen wir heute die Legitimation des internationalen Konsenses, genau aus dem Grund, den Sie genannt haben. Es geht eben nicht darum, dass *ein* Staat *seine* Werte vermittelt, seine demokratischen Vorstellungen vermittelt, sondern es geht darum, dass Sie eine möglichst geschlossene internationale Legitimation haben, die natürlich dann auch Staaten aus dem Süden einschließt. Je demokratischer, je umfassender die Legitimation einer Aktion ist, desto erfolgreicher werden Sie letztlich auch bei der Vermittlung in Werten sein. Das ist ja auch der Sinn, und deswegen war es ja auch so kritisch, dass es nicht gelungen ist, im Sicherheitsrat zu einer einheitlichen Irak-Position zu kommen. Also es geht nicht darum, seine demokratischen Vorstellungen einem anderen Staat zu oktroyieren. Dazu hat ein einzelner Staat nicht das Recht. Aber ich glaube schon, wenn wir es mit der Globalisierung ernst nehmen, dass der Globus insgesamt, die ganze Welt insgesamt, wenn sie geschlossen handelt, eine Legitimation hat, in einem einzelnen Staat sich zu engagieren. Und was die Taliban angeht, ich habe genau versucht, das auszudrücken, dass sie eben die Gespenster der Ruinen sind, die wir da zurückgelassen haben

zehn Jahre vorher. Und ich habe nicht sagen wollen, dass das ausschließlich eine endogene Erscheinung ist. Vielleicht gibt es auch Faktoren, aber ich glaube, dass es auch 1990 Frucht des interessierten Engagements war, als es um die Sowjetunion ging.

Und die letzte Frage, die Sie gestellt haben: Was gibt mir die Gewissheit, dass wir es anders machen können, wenn wir die Energien verwandt hätten? Erstens mal, von was für Energien sprechen wir hier? Wir sprechen hier von Milliarden und Abermilliarden. Sie wissen, was die Flüchtlinge in Deutschland allein gekostet haben? Allein der deutsche Anteil für die militärische Präsenz in Bosnien und im Kosovo sind auch Milliarden, allein der deutsche Anteil, und das ist nicht der größte. Das sind Milliarden. Hinzu kommen die wirtschaftlichen Aufbaumaßnahmen, hinzu kommt das Faktum, dass sich über Jahre hinweg die Hauptstädte engagiert hatten. *Das* ist das Potential, was wir hätten einsetzen können, wenn wir vorausschauende Politik hätten betreiben können. Was ist passiert? Die Ungeheuerlichkeiten sind ja sehr zögerlich passiert. Es gab immer ein Testen. Das war nicht so, dass das gleich mit Macht zugeschlagen hat, sondern es wurde immer ausgetestet, wie weit kann man gehen? Das war immer die Erfahrung. Ich bin überzeugt davon, wenn wir das, was wir schließlich ja doch in Sarajewo gemacht haben nach drei Jahren, nach vielen hundertausend Toten in Vukovar, gemacht hätten als Vukovar angegriffen

wurde oder in Dubrovnik, als Dubrovnik bombardiert worden ist, wenn wir damals eine rote Linie gezeigt hätten, wäre es nicht so weit gekommen, wenn wir es nicht nur mit dem Knüppel, sondern auch mit einer positiven Perspektive verbunden hätten.

Und es ist doch vollkommen klar, wenn Sie sich die Landschaft der zukünftigen Europäischen Union anschauen mit den Beitrittsstaaten, wie sie jetzt festgelegt sind, dann sehen Sie, dass der Balkan zu einer Enklave wird in der Europäischen Union. Das ist vollkommen klar, das wird dauern. Selbstverständlich sind wir noch lange nicht so weit, dass der Balkan hierhin kommen wird, dass er ein Teil Europas ist, aber er ist nun mal Teil Europas. Wenn man das jetzt mit diesen Mitteln und der Energie, die man verwandt hätte, präventiv operationalisiert hätte - plus, das ist auch erforderlich, die Bereitschaft auch militärische Grenzen aufzuzeigen - wäre es natürlich viel leichter gewesen in Vukovar als in Sarajewo. Dann glaube ich hätte man das in der Tat aufhalten können, weil es eben dieses zögerliche Austesten gab. Ich darf Sie daran erinnern, wir hatten eine absurde Situation in Bosnien, drei Jahre lang. Wir hatten *peacekeeping* inmitten eines grauenhaften Krieges. *Peacekeeping* hießen diese Soldaten, die letztlich angekettet wurden. Und das war eben keine präventive Politik, sondern das war so eine Ersatzpolitik, eine Verlegenheitspolitik, die dann dazu führte, dass man letztlich doch handeln musste. Und ich glaube, das war genug

Potential, diese von doch einer kleinen Gruppe letztlich betriebene Politik zu verhindern. Danke.

Dr. Winrich Kühne

Vielen Dank, Herr Steiner, für diese sehr ehrliche und sehr engagierte Antwort.

Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel

Ja vielen Dank. Ich habe drei Antworten zu geben. Ich will es auch sehr kurz machen. Die erste zu dem Herrn aus Afghanistan. Wer hat eigentlich das Recht, sozusagen Demokratie beizubringen? Natürlich niemand. Aber es haben wohl alle Industriestaaten die Pflicht, Demokratie anzubieten, denn die Selbstbestimmung der einzelnen und die Mitbestimmung an der politischen Entscheidung über ihr Schicksal ist ein Welttrend, den es überall gibt. Den gibt es auch bei Ihnen. Den gibt es auch im Irak. Die Frage ist, wie man das macht. Ich denke, wir sind uns einig, wenn man sagt, die Taliban waren eine Erscheinung, die sehr wohl ein westliches Angebot zur Demokratisierung gerechtfertigt hätten, und so war es auch bei Saddam Hussein, der sein Land nun wirklich als Diktator und mit weiß Gott wie viel brutaler Gewalt regiert hat. Wir hatten ja auch gegenüber Saddam Hussein zehn Jahre Zeit, Demokratisierungsstrategien anzuwenden, die absolut gewaltfrei sind, völlig als Offerte kommen und sehr erfolgreich sind. Sie sind nur in der westlichen Politik nicht sonderlich bekannt, in der westlichen Wissenschaft sehr wohl, obwohl sich auch gerade bei den Amerikanern in deren Praxis und Er-

fahrungsschatz sehr viel Wissen darüber befindet. Kurz und schlicht, meine Antwort zu Ihnen ist, anbieten sollte man das demokratische System der Mitbestimmung, dass dann nach dem jeweiligen Land zu orientieren wäre immer. Man sollte es anreizen, ohne jegliche Gewalt als Offerte.

Zu den westlichen Werten: Ich glaube nicht, dass es einen Unterschied zwischen amerikanischen und europäischen Werten gibt, sondern dass Europa in der Lage ist, die westlichen Werte hochzuhalten, weil sie im Moment in Amerika nicht so hoch gehalten werden.

Und das Dritte zu Herrn Gerhardt, die Frage der Prävention und des Wohlstands. Es ist ebenso unbestritten, dass es neben der Mitbestimmung, neben der Freiheit, einen Welttrend zu Wohlstand gibt. Und wenn Sie Wohlstand anbieten, haben Sie eine Möglichkeit, die Menschen davon abzuhalten, sich von politischen Führern in Konflikte jagen zu lassen, die sie gar nicht interessieren. Wohlstand ist die Perspektive, ich denke darauf weist auch Herr Steiner hin, wenn er immer die Europäische Union nach vorne schiebt als Möglichkeit der Lösung. Wohlstand zu erzeugen ist die Perspektive, mit der Sie die Menschen veranlassen können, ihre Konflikte zu vergessen. Das haben die Amerikaner mit dem Marshall-Plan wunderbar gemacht. Der Marshall-Plan war das Zaubermittel, das alle Europäer, die 200 Jahre sich bekriegt haben, verstanden haben, dass sie

gemeinsam einen Wohlstand schaffen, der viel wichtiger ist, als sich durch ihre Chefs und Staatschefs politisieren und gegenseitig zum Krieg führen zu lassen. Deswegen ist die Erzeugung von Wohlstand deren realistische Perspektive, ein wunderbares Mittel a) zur Prävention und b) zur Konfliktlösung wie z. B. im Kosovo.

Dr. Winrich Kühne

Ich glaube, dieser Schluss these wird jeder zustimmen. Meine Damen und Herren, dieses Panel, die Panelisten, haben einen Extra-Dank verdient für eine wirklich sehr weit gespannte, sehr ehrliche und die Probleme letztlich doch auch sehr auf den Tisch legende Diskussion. Herzlichen Dank.

Panel 2: Schwerter und Pflugscharen? Zur (Neu-) Bestimmung des Verhältnisses von Entwicklungspolitik und Militäreinsatz

Moderation: Peter Croll, Direktor des BICC

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur Nachmittagssitzung, zum zweiten Panel, und das erste Panel hat uns einige *challenges* hinterlassen. Zunächst erstmal einen ganz herzlichen Dank für die Diskussion im ersten Panel, in dem Sie bereits einige Themen aufgegriffen haben, die wir sicherlich vertiefen können.

Mein Name ist Peter Croll, und ich bin seit fast drei Jahren der Leiter des Internationalen Konversionszentrums hier in Bonn, das sich zur Aufgabe gemacht hat die Transformation von militärischen Prozessen zu ziviler Nutzung zu fördern, wissenschaftlich zu untersuchen, an Fallbeispielen zu analysieren, oder kurz : "Schwerter *zu* Pflugscharen" lautet unsere Aufgabenstellung. Und Sie können sich vorstellen, dass ich ganz gerne die Moderation dieser Sitzung übernommen habe mit dem Thema: "Schwerter *und* Pflugscharen? Zur (Neu-)Bestimmung des Verhältnisses von Entwicklungspolitik und Militäreinsatz". Vielleicht noch mal zur Begrifflichkeit: Diejenigen unter Ihnen die von an unserer Geburtstagsfeier am 1. April diesen Jahres hier im Haus der Geschichte teilgenommen haben, erinnern sich vielleicht an das, was Herr Bundespräsident Rau zu dem Zeitpunkt sagte, der in seiner Ansprache auch auf den Begriff: "Schwerter zu Pflugscharen" verwies. Dieser Begriff stammt von dem

Propheten Mischawelcher sagte: "Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen." Daher also die Begrifflichkeit. Das Thema des heutigen Panels ist halt nicht, die "Schwerter *zu* Pflugscharen", sondern unter dem Motto Schwerter *und* Pflugscharen? Die Frage nach der Bestimmung des Verhältnisses Entwicklungspolitik und Militäreinsatz.

Die Frage, die sich mir natürlich stellt und sicherlich einigen von Ihnen, und sicher auch dem Panel: Ist diese Fragestellung wirklich unvereinbar mit dem, was ich vorhin gesagt habe, nämlich "Schwerter *zu* Pflugscharen"? Ich denke, ich brauche nicht noch mal darauf einzugehen, dass Anfang der 90er Jahre die Grenzen zwischen Militär, humanitären Organisationen und der Entwicklungszusammenarbeit anscheinend verwischt wurden. Im traditionellen Verständnis, wie Sie wissen, sorgte das Militär für militärische Konfliktentscheidung und war anschließend für die Sicherheit zuständig. Humanitäre Organisationen hatten ihre Aufgaben, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit hatten ihre Aufgaben. Und es scheint so, als würden diese Grenzen zunehmend verwischen.

Wir wollen hier im Panel heute - das habe ich mit den Panelisten, die ich Ihnen

gleich vorstellen werde, vereinbart - ausschließlich den Aspekt des Verhältnisses von Entwicklungspolitik und Militäreinsatz diskutieren und nicht auch die vielen anderen Bereiche. Es gibt sicherlich viele Bereiche, die angrenzend sind, die zum Teil schon im ersten Panel besprochen worden sind, die aber auch zu einem späteren Zeitpunkt sicherlich noch angesprochen werden. Und hier erscheinen mir zwei Facetten von ganz besonderer Bedeutung. Die eine Facette ist die Frage, was bedeutet das Näherrücken von Entwicklungspolitik und Militär konzeptionell für das Selbstverständnis, aber auch das Fremdverständnis der Streitkräfte und der Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit? Ich denke, das klingt für manchen von Ihnen eher nach einer theoretischen Frage, aber wir wollen heute versuchen, dies konkret und auch praktisch zu beantworten, u. a. auch die Frage nach den Ressourcen.

Der zweite Punkt, der mir wichtig erscheint, ist die Gestaltung der Zusammenarbeit vor Ort. Ich hoffe, dass wir hier beim Panel und auch mit der Diskussion mit Ihnen ausloten können, welche Erfolge, welche Konflikte es gibt. Wir hörten von Herrn Botschafter Steiner bereits einiges dazu. Wie können die Instrumente verbessert werden und welche möglicherweise Idealvorstellungen gibt es dazu?

Ich bin sehr gespannt auf unsere Diskussion und froh, dass ich mit einem Panel hier zusammen sitze, die sich mit diesen

Themen nun seit vielen Jahren befassen. Zunächst möchte ich Ihnen Herrn Dr. Messner vorstellen, der Entwicklungsökonom und Politikwissenschaftler ist. Er war in verschiedenen Positionen im wissenschaftlichen Bereich tätig, hat zu sehr vielen Veröffentlichungen beigetragen und war vor seiner jetzigen Position stellvertretender Leiter des Instituts für Entwicklung und Frieden und ist jetzt Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik. Der Zweite in der Runde ist Herr Dr. Hermle, der Leiter der entwicklungspolitischen Abteilung von MISEREOR und zudem auch Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen, VENRO.

Herr Kloke-Lesch ist Ihnen allen glaube ich bekannt. Herr Kloke-Lesch, der in verschiedenen Funktionen im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit tätig ist April 2003, und das ist der ganz konkrete Bezug auch hierzu, als Unterabteilungsleiter für die Unterabteilung Frieden und Demokratie, Menschenrechte, Vereinte Nationen zuständig.

Zu meiner Rechten sitzt Herr General Dora, der in verschiedenen Führungspositionen tätig war, u. a. auch als Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, Chef des Stabes Luftwaffenführungskommando, Kommandeur der Offiziersschule der Luftwaffe; seit Oktober 2003 ist er Stellvertretender Befehlshaber des Einsatzführungskommandos in Potsdam. Herr General Dora, ich möchte

auch gerne mit Ihnen beginnen. Ich habe gelesen, dass Sie mittlerweile ca. 7.000 Personen, 7.000 Männer und Frauen, im Einsatz haben. Werden diese 7.000 Männer und Frauen als Entwicklungshelfer zurückkommen?

General Johann-Georg Dora, Einsatzführungskommando der Bundeswehr

Ich will das nicht ausschließen, dass einige oder sogar sehr viele als Entwicklungshelfer, aber zumindest als Multiplikatoren in die Heimat zurück kommen. Es sind immerhin nicht nur die zur Zeit 7.300 Soldaten, die in vielen Kontingenten in dieser Welt im Einsatz sind, sondern wenn Sie die letzten 10 Jahre zurück gehen, dann haben weit über 100.000 deutsche Soldaten, in verschiedenen Einsatzkontingenten in verschiedenen Ländern dieser Welt ihren Dienst verrichtet. Und ich weiß aus eigener Erfahrung, dass viele Soldaten zurückkommen und durch die Ereignisse, die sie entweder im Kosovo, in Bosnien, in Afghanistan - um nur drei jetzt laufenden zu nennen - erfahren haben, geprägt sind und durch die Erfahrungen dann etwas anstoßen oder fortführen, was sich dann auch über das hinaus erstreckt, was sie im Dienst zu tun haben. Auch Leute, die in Ruhestand treten und danneiner anderen Tätigkeit nachgehen, greifen das auf. Wir haben viele Leute, die genau in diese Länder wieder zurückkehren und in diesen Ländern tätig werden.. Oder aber sie gehen in Organisationen, die in dieser Richtung tätig sind - dann eben nicht mehr als Soldaten, sondern durchaus als

Entwicklungshelfer. Das will ich nicht ausschließen.

Peter Croll

Vielen Dank Herr General Dora. Darf ich Sie bitten, jetzt aus Ihrer Sicht zu diesem Thema der Zusammenarbeit der Entwicklungshilfe und dem Militär Ihre Kurzfassung in ca. 10 Minuten darzustellen?

General Johann-Georg Dora

Ihre Eingangsbemerkung zu "Schwertern zu Pflugscharen" oder "Schwerter *und* Pflugscharen", will ich nicht so absolut beantworten. Das kann man, glaube ich, nur in der Diskussion und im Vergleich. Allerdings tendiere ich zu dem "und" und nicht zu dem "zu", weil das "zu" sehr wohl in einer engen Begrenzung seine Berechtigung hat, das "und" aber *immer* eine Berechtigung hat. Wenn Sie von der Wortbedeutung ausgehen, Entwicklungspolitik und Militäreinsatz, wenn Sie das beides miteinander vergleichen, klingen sie von der Wortbedeutung wenig miteinander vereinbar oder verträglich. Aber wir wissen alle, sie stehen und geschehen in der Realität auch immer öfter nebeneinander und parallel. Die Lage, und da sage ich diesem Personenkreis hier absolut nichts Neues, der Masse der Entwicklungsländer dieser Welt ist eben nicht nur gekennzeichnet durch Armut, Hunger, schlechte hygienische Bedingungen, ethnische Konflikte, sondern auch durch sehr schwierige sicherheitspolitische Bedingungen. Und deshalb sieht sich die UN neuerdings auch gezwungen, in der ganzen Bandbreite militärische Mittel an-

zuwenden, um sowohl den Frieden zu bewahren bzw. ihn in gewissen Bereichen auch zu erzwingen. Deshalb treffen auch Militär und Entwicklungshilfe vor Ort immer häufiger aufeinander. Es gibt eben in der Welt nicht nur arme Länder, die gut strukturiert sind und damit sicherheitspolitisch kaum ein Problem darstellen, sondern es gibt in der Vielzahl Länder, die eben neben den genannten Problemen auch hohe sicherheitspolitische Risiken beinhalten, die aber dennoch ein Eingreifen und damit Hilfe erfordern.

Die Verträglichkeit von Militär und Entwicklungshilfe wurde für lange Zeit in Frage gestellt oder zumindest für nicht miteinander vereinbar erklärt. Aber betrachten Sie die militärischen und nichtmilitärischen Risiken, mit dem gewaltigen Eskalations- und Gewaltpotential: die UNO litt eigentlich unter dem Paradigma des Stabilitätstransfers von Mitteln der Außen-, Entwicklungs-, Sicherheitspolitik bis hin zu mehr Frieden und Sicherheit in der Welt. Und im Vordergrund liegt, und das kam gerade in der Diskussion, auch gut zum Tragen, Krisenprävention auf der einen Seite und Deeskalation von Konflikten und Friedenskonsolidierung auf der anderen. Sicher ist die Prävention, nun darf ich anschließen an das, was Herr Steiner gesagt hat, das günstigste Mittel überhaupt. Nur überzeugen Sie mal Politiker, Regierungen, Völker auf dieser Welt, Geld zur Prävention auszugeben, wenn sie nicht deutlich vor Augen sehen, dass etwas Schlimmes passiert. Das Geld fließt häu-

fig erst dann, wenn etwas unmittelbar bevorsteht, also augenfällig ist, oder aber es schon so weit ist, dass man wirklich einschreiten muss, etwas tun muss, weil Fakten geschaffen wurden. Dann werden natürlich Milliarden fällig. Und es ist nicht leicht, weil es sehr menschlich ist, so oder so zu entscheiden, ich meine eben zu entscheiden, erst wenn etwas passiert ist. Deshalb ist es sehr schwer, hier ein Urteil zu fällen.

Ich wollte mit gewissen Grundlagen wie der Agenda for Peace der United Nations und den Ergänzungen durch den Brahimi-Report von August 2000 eigentlich nur etwas dazu sagen, auf welcher Grundlage wir uns als Militär bewegen. Hier wird klipp und klar gesagt, dass man sehr viel schneller als bisher mit militärischen und zivilen Kräften in Krisengebieten präsent zu sein hat. Ich will das mal ganz vereinfacht an den Schluss stellen. Wenn Sie die verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 nehmen, denen wir als Militärs in der Masse unterworfen sind, da wird genau das, was die Agenda for Peace aufzeigt, umgesetzt. Und wenn ich da vielleicht noch mal ganz kurz zitieren darf: „Internationale UN-Friedensmissionen haben sich erheblich gewandelt. Sie reichen von den klassischen Blauhelm-Missionen über die Konfliktverhütung durch politische Aktivitäten und vorbeugende Truppenstationierung bis hin zum Einsatz bewaffneter Kräfte zur Eindämmung von Konflikten und zur Stabilisierung der politischen Lage. Immer häufiger geht es auch um die

Beendigung innerstaatlicher Konflikte, um die Wiederherstellung friedlicher Lebensbedingungen für die Bevölkerung. Für die dazu benötigten Friedensmissionen sind ausgewogene militärische und zivile und polizeiliche Fähigkeiten erforderlich.“ Das weitere wäre das Petersberger Abkommen von 2001. Da geht es natürlich hauptsächlich um Afghanistan, wo genau niedergelegt ist, und ich zitiere wieder: „Diese Truppe, die hier eingesetzt wird, die internationale Sicherheitstruppe, wird dazu beitragen, die Sicherheit in Kabul und den umliegenden Gebieten zu gewährleisten. Gegebenenfalls wird ihre Aktivität auch auf weitere Gebiete erweitert, und es wäre wünschenswert“ - und das ist der entscheidende Punkt - „wenn Unterstützung beim Wiederaufbau der Infrastruktur Afghanistans geleistet wird.“ Hier wird die Truppe angesprochen. Nicht nur die Truppe kann so etwas leisten.

Und wenn ich als letztes Dokument die Strategie zur zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung der Bundesregierung anspreche, dann wird dort auch von individuellen Lösungsansätzen gesprochen und einer sorgfältigen Koordination zwischen militärischen und zivilen Mitteln. Und nichtstaatliche Akteure sollten soweit wie möglich einbezogen werden. Ich habe das jetzt nicht ohne Grund einfach dargestellt. Ich wollte damit eigentlich deutlich machen, dass wir als Militärs auf diesem Gebiet Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe in dieser Welt nicht jemanden

verdrängen wollen. Wir wollen nicht irgend etwas Neues oder irgendeine Sparte besetzen, die schon besetzt ist. Das Gegenteil ist der Fall. Die politische Vorgabe lautet, koordiniert Hand in Hand vorzugehen. Dies setzen wir um. Allerdings erwarten wir als Soldaten das auch von unseren übrigen Mitspielern.

Der zweite Punkt, Krisenprävention, darauf möchte ich hier nicht weiter eingehen, da wir das am Anfang bereits dargestellt haben. Die Krisenprävention, vielleicht nur so viel, damit wir eine Trennung auch von der Definition her zum Militär erhalten, sollte primär rein ziviler Natur sein. Und sie sollte lange, und da zitiere ich im Prinzip das, was Herr Steiner schon gesagt hat, lange vor Ausbruch von Gewalt einsetzen. Allerdings zeigen uns die Erfahrungen sowohl auf dem Balkan oder in Ost-Timor oder Afghanistan, dass auf militärische Mittel als Instrument der Krisenvorbeugung, bzw. -bewältigung nicht verzichtet werden kann. Streitkräfte sind ein wichtiger Baustein zur Implementierung eines erfolgreichen *Nation Building*, und sie schaffen und stabilisieren ein sicheres Umfeld. Damit sind sie oft erst die Voraussetzung für den Einsatz ziviler Maßnahmen und auch die Voraussetzung für Wege zur Konfliktlösung. Und gerade, wenn ich das Beispiel Afghanistan nehmen darf, gerade durch die unaufdringliche, aber sichtbare Präsenz von Bundeswehr-Soldaten wird, wie uns nahezu von allen Gesprächspartnern gerade in Afghanistan auch versichert wird, das subjektive Si-

cherheitsbewusstsein der Bevölkerung deutlich erhöht und damit auch eine stabilisierende Wirkung erreicht. Daran ändern auch die jüngsten Zwischenfälle in Kundus oder aber in Aliabad mit den Chinesen nicht sehr viel.

Vielfach wird die Tätigkeit auf diesem Gebiet der Streitkräfte meistens so abgetan, wie wenn sie sich im CIMIC-Bereich, also im *civil military cooperation*-Bereich ansiedeln lässt. Das ist allerdings nur sehr bedingt der Fall. Das ist, nennen wir es mal durchaus so, die Grauzone zwischen dem Militär und dem, was zivile *non-governmental agencies*, aber auch die staatliche Entwicklungshilfe leisten. Und da kann es durchaus dazu kommen, dass da mal unterschiedliche Auffassungen herrschen. Allerdings sind die CIMIC-Leistungen, gerade wenn militärische Kräfte zur Sicherheit eingesetzt werden, ausschließlich dafür da, um sogenannte *quick impact projects* zu erreichen, das heißt kurzfristige Ziele zu erreichen, die nicht langfristig geplant werden können, sondern die direkt für die Sicherheit der Bevölkerung, für die Vertrauensbildung zwingend erforderlich sind. Und das sind wirklich keine großen Projekte, sondern das geht von der kleinen Brücke zu einem Brunnen, der etwas tiefer gegraben wird, bis hin - wenn es unsere Möglichkeiten zulassen - zu einem späteren Tätigwerden bei Ambulanzen, Schulen, Kindergärten, landwirtschaftlichen Strukturen; aber bitte nicht langfristig, nicht ein großes Programm, zum Beispiel wie strukturiere ich die Landwirt-

schaft in Afghanistan? Das hat damit überhaupt nichts zu tun, sondern es geht darum, direkt etwas zu tun, um nicht das Gefühl zu erwecken, wir sind ohnmächtig, wir warten jetzt mal ein Jahr, bis dann die richtigen Leute kommen und die tun dann schon etwas. Das versteht die Bevölkerung vor Ort überhaupt nicht.

Und ich darf auf das noch mal zurückgreifen, was von unserem afghanischen Freund gesagt wurde zum Thema "gleiche Augenhöhe": Das ist immens wichtig. Soldaten dürfen in keinem Fall als Besatzer auftreten oder als jemand, der jemandem etwas Böses will. Sie müssen die Struktur vor Ort, wenn man sie vor Ort für richtig und gut befunden hat, auch stützen und müssen es dieser Struktur ermöglichen, vordergründig tätig zu werden. Sie können nicht als Ersatz tätig werden, sondern was Afghanistan, wenn wir bei diesem Beispiel schon sind, braucht, ist eine Sicherheitsstruktur. Es braucht Organisation in jedem Bereich, ob es die Schule ist oder etwas anderes. Nur, das dürfen nicht wir erfinden, wir müssen nur helfend eingreifen. Das Erfinden muss von Seiten der lokalen Menschen kommen. Die Menschen müssen wissen, was sie wollen. Und das, was sie wollen, muss von uns entsprechend gestützt und unterstützt werden. Das sind im Prinzip die Abhängigkeiten.

Ich kann vielleicht noch ein unverfängliches Zitat bringen, wenn ich die wechselseitigen Abhängigkeiten von militärischem und zivilem Engagement noch

streifen darf. Wenn Sie das Zitat hören: "Sicherheit und Wiederaufbau bedingen sich gegenseitig. Kein Aufbau ohne einigermaßen Sicherheit, keine Sicherheit ohne sichtbare Aufbauleistungen", würden Sie normalerweise, glaube ich, nicht annehmen, dass das Zitat von Herrn Nachtwei vom Bündnis 90/ Die Grünen kommt, der in seinem Dienstreisebericht vom August letzten Jahres so etwas vermerkt hat. Das ist aber so, und wir stehen dem nicht entgegen. Wir sehen das durchaus genauso. Und Sie sehen, das ist schon eine gewisse Einheitlichkeit, die sich hier in dieser Regierung, in der Politik, in der deutschen Politik niedergelegt hat. Die Soldaten sind nicht diejenigen, die zivile Initiativen ablehnen oder zivilen Initiativen abwartend oder gar mit dem nötigen Abstand gegenüber stehen würden. Es muss alles miteinander und koordiniert ablaufen.

Ich will jetzt nicht mehr das PRTC, also *Provincial Reconstruction Team Concept* für Kundus im Detail erläutern, aber ich glaube, dass genau dieses Konzept, wie wir es seit nunmehr einem knappen Dreivierteljahr verfolgen, durchaus etwas Exemplarisches ist, das in der Zukunft weiter verfolgt werden kann. Es ist kein militärisches Konzept, und es ist auch kein reines Entwicklungshilfe-Konzept, sondern es ist ein gemeinsames Unternehmen zwischen im Prinzip vier Ministerien, wenn ich die deutsche Seite nehme, nämlich dem Verteidigungsministerium, dem Auswärtige Amt, dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

dem Innenressort, das Polizeiunterstützungsaufgaben wahrnimmt. Jeder nimmt seinen Anteil daran, und jeder hängt vom anderen ab.

Das macht eben Kundus relativ gut deutlich: Es kann eigentlich keiner alleine. Es gab tatsächlich Fragen am Anfang, es gab auch Schwierigkeiten, und es gab unterschiedliche Auffassungen. Aber mittlerweile hat die Erfahrung in diesem Dreivierteljahr gezeigt, dass egal, wer dort tätig ist und in wessen Bereich er tätig ist, er sieht ein, und das wurde bewiesen, dass es ohne den anderen nicht oder nur sehr bedingt geht. Und deshalb ist es ein relativ unauffälliges Konzept. Es stellt niemanden in den Vordergrund. Das Ergebnis zählt. Inwieweit das Ergebnis relativ schnell erzielbar ist, das wird sich erweisen. Wir werden sehen, wie die entsprechenden Wahlen in Afghanistan ausgehen. Und ich glaube, dass wir da auf einem guten Wege sind. Für die Zukunft lässt sich da schon noch einiges tun. Was für mich wichtig ist, dass künftig die Koordination zwischen diesen genannten vier Ministerien intensiviert wird, dass man intensiv spricht und dass man einen echten Plan hat, den man verfolgt, den durchaus vier verschiedene Parteien verfolgen. Aber es muss das gleiche Ziel sein, zu dem wir kommen. Und das fiel ja auch in der letzten Diskussion zum Kosovo, es muss ein *end state* vorgezeichnet sein. Es muss klar sein, was will ich erreichen? Und wenn ich das heute festlegen kann und alle ziehen am gleichen Strang, glaube ich, dass ich damit die

Frage mit den "Schwertern zu/und Pflug-scharen" schon mit dem "und" aus meiner Sicht positiv beantworten kann.

Peter Croll

Vielen Dank, Herr General Dora, für diese sehr klaren Worte. Sie erwähnten, dass Sie für eine Kooperationsstrategie plädieren. Die Punkte, die Sie erwähnt haben, z.B. die Agenda for Peace, aber auch den Aktionsplan der Bundesregierung für zivile Krisenprävention, auf den wir ja nachher noch mal kommen, möchte ich im Augenblick nur erwähnen, nicht vertiefen, einfach daran erinnern, dass wir nachher in der Diskussion sicherlich noch mal darauf zurückkommen und auch auf das Verständnis des Konzeptes der zivilen militärischen Kooperation, die Sie nur kurz gestreift haben. Es klang fast ein wenig so, als ob es dazu in diesem Bereich relativ wenig Konflikte gibt. Ich komme nun zu Herrn Hermle. Sie haben sich zu der Zusammenarbeit mit Soldaten doch hier und da kritisch geäußert und Fragen gestellt, und insbesondere die Werke der beiden großen Kirchen haben im Frühjahr ihre Bedenken auch gegen eine enge Zusammenarbeit im entwicklungspolitischen Bereich geäußert. Was sind Ihre Perspektiven?

Dr. Reinhard Hermle, VENRO e.V.

Zunächst wollte ich mal sagen, dass ein veritabler General auf dem Podium mit einem Vertreter der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen sitzt, ist ja nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit. Der Zufall will es, dass

wir nebeneinander sitzen. Das heißt noch nicht, dass wir so weit wären, den Schulterchluss hier vorzuführen. Aber zumindest reden wir miteinander. Das ist ja schon mal was. Bevor ich auf Bedenken komme, möchte ich doch erst einmal unseren Ausgangspunkt markieren, der mir wichtig ist und der, glaube ich, noch mal zentral ist, um das zu verstehen, was uns dann auch zu vielleicht einer eher kritischen Abwägung der Fragen führt. Das heißt, ich will am Anfang noch mal kurz sagen, was unser Verständnis von Entwicklungspolitik ist. Denn das ist ja unser Metier, unser Ausgangspunkt. Und in diesem Zusammenhang noch mal die Erinnerung, dass aus unserer Sicht Entwicklungspolitik Beiträge leisten will zu Prozessen der Befreiung von Armut, von Krankheit, von politischer Unmündigkeit, von Unwissenheit, dass sie aber auch Impulse geben will für wirtschaftliches Wachstum, wohlverstanden im Kontext von Nachhaltigkeit, und dass sie natürlich auch zu Bedingungen beitragen will, die es Menschen erlaubt, in Sicherheit zu leben. Sicherheit verstanden als wirtschaftliche, soziale, kulturelle, ökologische Sicherheit. Das versucht Entwicklungspolitik mit einem differenzierten Mix von Instrumenten und Maßnahmen, und zwar zivilen Maßnahmen. Darin kommen eben militärische Mittel und Maßnahmen nicht vor. Entwicklungspolitik findet ihre Begründung darin, dass sie einmal ethisch ist, also Gerechtigkeit schaffen möchte, Chancengleichheit herbeiführen möchte, dass sie aber auch politisch vernünftig erscheint, eben eher Interessenausgleich

statt Dominanz, eher Kooperation statt Bevormundung. In dem bereits von Herrn Croll zitierten Papier der kirchlichen Werke MISEREOR, Brot für die Welt und DEED vom März letzten Jahres, überschrieben "Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Intervention?" heißt es, Zitat: "Der Mangel an weltweiter Gerechtigkeit fordert uns grundsätzlich heraus, weil er schon seit langem dem Leben von Milliarden von Menschen Gewalt antut und nicht, weil er seit einiger Zeit auch in einen Zusammenhang mit verwerflicher terroristischer Gewaltausübung gebracht wird." Also der entwicklungspolitische Ansatz ist zunächst einmal ein vom militärischen klar zu unterscheidender und anders begründeter. Das ist, glaube ich, die wichtige Ausgangsfeststellung.

Zweitens, in Spannung zu diesem zivilen Konzept von Entwicklung steht natürlich die wachsende Zahl militärischer Intervention zur Stabilisierung oder auch zur Veränderung, Transformation von Staaten. Dafür gibt es natürlich Gründe. Ich kann die sicherlich nicht vollzählig nennen, aber drei möchte ich nennen. Ich sehe einmal in gewisser Weise ein schwindendes Vertrauen in die Gestaltungs- und Veränderungsmacht der Entwicklungspolitik. Man traut ihr sicher nicht unbesehen zu, dass all das, was ich ja etwas idealtypisch als Ziele benannt habe, auch wirklich zu erreichen vermag. Ein weiterer Grund ist bestimmt die zunehmende Zahl von Fällen von Staatsversagen und Staatsverfall, insbesondere nach dem En-

de des Ost-West-Konflikts. Und der dritte, zweifellos ganz wichtige Grund ist natürlich der 11. September 2001 und das, was sich in der Folge als Antiterrorkampf entwickelt hat.

Diese Entwicklung, das ist mein dritter Punkt, sehen wir als Nichtregierungsorganisation aus einer Reihe von Gründen durchaus mit Sorge und mit Skepsis. Und auch dazu mehrere Gründe. Einmal, wir befürchten, dass das Instrument der militärischen Intervention als Mittel des Konfliktaustrags überschätzt wird. Es wurde vorhin von Herrn Steiner bereits auf die Problematik verwiesen, dass man natürlich erstens nicht überall intervenieren kann und dass oft genug die Interventionen auch nicht zu Ende gebracht werden. Er hat den Begriff der Interventionsruinen gebraucht. Also sie sind nicht nachhaltig. Sie können aber auch nicht wirklich Frieden schaffen, wie ja nicht zuletzt das aktuelle Beispiel des Irak zeigt. Weiterer Grund, mit der Zunahme von Gründen für unsere Skepsis, mit der Zunahme von Interventionen wächst ihre Akzeptanz als normales Instrument oder normales Mittel der Politik. Und das wäre keine gute Entwicklung. Dritter Einwand, wir sehen die Gefahr der Degeneration von Gewalt. Einmal angewendet erweist es sich als schwierig, sie einzuhegen. Und was hier im Zusammenhang mit dem Irak in den letzten Wochen bekannt geworden ist, scheint mir ein wirklich extrem dramatischer Beleg dafür zu sein. Und als weiteren Grund möchte ich nennen, dass Interventionen als Instrument der Terro-

risimusbekämpfung deshalb fragwürdig erscheinen, da sie ja offensichtlich eher kontraproduktiv wirken, weil dadurch neuer Terror ermutigt wird und auch sie gleichsam als Rekrutierungsagenten für neues terroristisches Personal wirken könnten.

Ich komme zum vierten Punkt, der unsere kritische Perspektive noch weiter führt. Im Schatten der militärischen Intervention drohen sich die Prioritäten der internationalen Gemeinschaft zu verschieben. Mit dem 11. September kam es zu einer Fixierung auf eher militärisch definierte Sicherheit als zentrale Bezugsgröße in der internationalen Politik, und nicht, wie wir zumindest gehofft haben, zu einer Entwicklungsdividende. Wir sehen die Gefahr, dass Entwicklungspolitik stärker und zunehmend in sicherheitspolitische Überlegungen eingebettet zu werden droht. Aber eine solche Entwicklung und eine Begründung dann von Entwicklungspolitik, die sich vor allem auf unsere eigenen Sicherheitsinteressen stützte oder auf die Perspektive der Abwehr von Gefahren, wie das relativ exemplarisch in der europäischen Sicherheitspolitikstrategie vom Dezember 2003 zu sehen ist - da war explizit die Rede von Terrorismus als externer Gefahr, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, von organisierter Kriminalität, alles zugegebenermaßen wichtige Problemfälle - verengt die entwicklungspolitische Logik. Ich verweise auf meine Eingangsbemerkung, und sie weist aus unserer Sicht in die falsche Richtung. Wir sehen mit einer gewissen

Sorge, dass sowohl Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zunehmend zu einem inzwischen fast festen Bestandteil politisch-militärischer Interventionsstrategien werden und diese unterstützend flankieren, vielleicht auch legitimieren sollen, wie das zumindest in Ansätzen in Afghanistan und im Irak geschieht. Also wir befürchten in der Summe sozusagen eine Umdrehung, eine Umkehr des Kohärenzgebotes jetzt aber unter sicherheitspolitischen Vorzeichen.

Ich will etwas abkürzen und dazu erste Schlussfolgerungen ziehen. Ich meine also, um solchen Entwicklungen doch etwas entgegen zu wirken, dass es weiterhin darum gehen muss, die Breite der entwicklungspolitischen und diplomatischen Instrumente einzusetzen, der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung als prima ratio Vorrang einzuräumen, ehe militärische Gewalt, und dann nur auf der Grundlage klar vereinbarter Kriterien, als ultima ratio eingesetzt wird. Das bedeutet aus unserer Sicht klar eine Stärkung der Entwicklungspolitik sowohl im Sinne der direkten Hilfe an schwache Staaten als auch als globale Strukturpolitik, die allerdings dann von uns als Industrieländern durchaus erhebliche Zugeständnisse und Veränderungen verlangt. Ich nenne Stichworte wie Handelspolitik oder auch die Frage der Beteiligung an Kriegsökonomien. Es wurden ja in dem letzten Panel dazu bereits verschiedene Dinge gesagt, die ich sehr nachdrücklich unterstreichen würde.

Also, und damit komme ich dann zu meinem letzten Punkt, "Schwerter zu Pflugscharen"? Nun, zu einer realistischen Analyse gehört natürlich auch, sich der Tatsache zu stellen, dass militärische Einsätze eine Funktion haben, dass sie offensichtlich zunehmende Bedeutung erlangen, auch wenn es dadurch durchaus nicht zuletzt in einigen kirchlichen Kreisen generelle Vorbehalte gibt, dass sich daraus auch ein verändertes Verhältnis von Entwicklungspolitik und Militäreinsatz ergibt und diesem Rechnung zu tragen ist, ohne, das muss man natürlich hinzufügen, dass dabei der grundsätzlich zivile Charakter der Entwicklungspolitik verfälscht wird. Und deshalb denke ich, sind dafür folgende Grundsätze wichtig: Es muss eine Kohärenz der Gesamtpolitik geben. Ich bin mir durchaus bewusst, dass sich das natürlich sehr viel leichter sagen lässt, als es sich dann in der Praxis herstellen lässt. Aber die Forderung muss bestehen. Nur wer natürlich von Kohärenz spricht, der plädiert auch dafür, dass die betroffenen Politikbereiche involviert werden, involviert sind und sich involvieren. Dabei müssen sich diese Politikbereiche komplementär zueinander verhalten. Es darf keine Verwischung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten geben. Die Eigenständigkeit der Bereiche muss gewahrt bleiben. Es darf, ich sage das als Entwicklungspolitiker, keine Unterordnung der Entwicklungspolitik und schon gar nicht der humanitären Hilfe unter die militärische Logik geben. Ich denke, es ist auch richtig, dass das Militär keine entwicklungspolitischen Maßnah-

men oder schon gar nicht solche der humanitären Hilfe durchführt. Jeder Bereich muss seine Maßnahmen selbst finanzieren. Für neue Aufgaben müssen zusätzliche Mittel verfügbar gemacht werden. Und es sollte nicht dieser Sündenfall wiederholt werden, dass die African Peace Facility mit 250 Mio. Euro aus dem europäischen Entwicklungsfonds bezahlt wurde. Und last but not least, Ausgaben für militärische Maßnahmen dürfen nicht zu Lasten der Entwicklungspolitik gehen.

Meine Damen und Herren, zu diesem Filz von Über- und Unterordnung und wer schluckt am Ende wen, da fällt mir diese wunderschöne Parabel vom Huhn und vom Schwein ein, die zusammen beschließen, einen Imbiss-Stand für ham and eggs aufzumachen. Beide beschließen das und sind begeistert über diese tolle Idee, bis das Schwein eines Tages kommt und sagt: "Hör mal, Huhn, wie hast du dir eigentlich bei dem Geschäft unsere Arbeitsteilung gedacht?"

Peter Croll

Vielen Dank, Herr Hermle, erstens für Ihre Darstellung, dann aber auch für die schöne Geschichte zum Schluss. Zu Beginn sagten Sie, sie sitzen zwar zusammen und sprechen miteinander, und haben das auch als ein gutes Zeichen gewertet, und zuletzt haben Sie darauf hingewiesen, wer schluckt wen? Ich möchte das im Augenblick nicht vertiefen. Sie erwähnten aber auch einen Punkt, den es sich sicherlich lohnt, nachher noch mal in der Diskussion aufzugreifen, nämlich

"schlucken" bedeutet ja auch Finanzen. Und Sie haben gefragt, wer finanziert wen? Sie sagten sehr deutlich, jeder muss seine eigenen Mittel haben. Da denke ich aber unmittelbar auch an ein englisches Modell, das gerade im Bereich der Krisenprävention einen Pool vorsieht. Ich will meine Position als Moderator hier nicht missbrauchen und darauf eingehen, dies aber schon mal erwähnen für die spätere Diskussion.

Ich komme nun zu Ihnen, Herr Kloke, und zu "Ohne Sicherheit keine Entwicklung, ohne Entwicklung keine Sicherheit". Das sind ja fast geflügelte Worte. Man findet sie überall in Ihren, aber auch in unseren Papieren. Mich interessiert - und sicherlich auch die Zuhörer hier -, wie Sie Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Militär im nationalen Kontext aus Ihrer Sicht, aus der Sicht des Ministeriums angehen können.

Ministerialdirigent Adolf Kloke-Lesch, BMZ

Ich will beginnen mit einem Zitat aus dem Bulletin der Bundesregierung vom 6. Januar. Dort steht: "So betrachtet ist die Entwicklungspolitik ein wesentlicher Teil unserer Sicherheitspolitik." Und davor wird ausgeführt, dass der Bestand der westlichen Demokratien und die Wirksamkeit unseres Handelns in den nächsten Jahren in Frage stehen, wenn es uns nicht gelingt, durch Unterstützung die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Entwicklungsländer zu lösen. Was ich Ihnen noch nicht gesagt ha-

be, ist das Jahr, in dem dieses Bulletin veröffentlicht wurde: Es war 1962, am 6. Januar 1962. Was auch nicht allgemein bekannt ist ist der Umstand, dass der Name des Ministeriums in einer Bundesregierung auch schon vor 1961 einmal vertreten war, nämlich im Jahr 1949. Dort gab es auch ein BMZ, das war das Ministerium zur Abwicklung des Marshall-Plans, der im ersten Panel schon erwähnt worden war. Das heißt, die Politiker und die Gründungsväter in der Adenauer-Zeit des Ministeriums hatten ganz bewusst angeknüpft an eine ganz große sicherheitspolitische Initiative der Amerikaner, die im Zusammenhang mit einer militärischen Intervention stand.

Natürlich wissen wir alle, dass der Kalte Krieg damals die Dinge wesentlich mit geprägt hat. Es war eine strategische Option, auf den Süden zuzugehen, vielleicht auch eine deutsche Option, sich ein bisschen freizuschwimmen. Dieser Kalte Krieg endete am 9. November 1989, und dann kam, wenn ich das mal so sagen darf, die Zeit des Idealismus. Es kam die Zeit der Weltkonferenzen, des zivilen Krisenpräventionsparadigmas und so weiter. . Und dann kam der 11.09. und heute stellt sich die Frage: Ist alles das, was sich an Entwicklungspolitik, an Idealismen, an neuen Konzepten in dieser Zwischenkriegszeit entwickelt hat, heute eigentlich noch mal völlig neu zu überdenken? Und das sind, glaube ich, die Herausforderungen und Ängste, die letztlich auch in der Stellungnahme von Herrn

Hermle von VENRO zum Ausdruck gekommen sind.

Ich möchte jetzt deshalb auch ganz bewusst, weil vor allem das erste Panel heute Nachmittag ja sehr viel zum Stellenwert der Entwicklung gesagt hat, das nicht weiter ausführen, sondern will noch mal unterstreichen, dass die Förderung politischer Stabilität, also nicht nur Armutsbekämpfung, explizites Ziel der Entwicklungspolitik dieser Bundesregierung seit einigen Jahren ist, und dass wir deutlich mehr in diesen Bereich investieren.

Ich will kurz auch noch etwas zum Sicherheitsbegriff sagen. Ich glaube, die große Sorge ist in der Tat, dass es einseitig *unsere* Sicherheit ist oder die Sicherheit gewisser intervenierender Kräfte. Insofern muss an der Front noch weiter gearbeitet werden. Erweiterter Sicherheitsbegriff heißt aus meinem Verständnis, dass er auch die Sicherheit der Menschen in unseren Partnerländern mit einbezieht, dass er vom Konzept gemeinsamer Sicherheit ausgeht, einem Konzept, das im Ost-West-Verhältnis erfolgreich war und das allem zugrunde liegen muss, was wir auch in Richtung Süden im weitesten Sinne heute tun. Wenn man sich dann die Militäroperationen anschaut, so sind das ja ganz unterschiedliche. Wir haben die VN-Truppen in Afrika vor al-

lem, in zehntausender Truppenstärke. Wir haben die VN-mandatierten Truppen, die KFORs, SFORs, ISAFs usw. Sie sind auch völkerrechtlich ganz klar legitimiert. Wir haben dann völkerrechtlich legitime Einsätze ohne explizites Mandat, Enduring Freedom zum Beispiel. Die Frage, ob im Kosovo sozusagen die Bombardierung legitim war, will ich jetzt nicht diskutieren. Es gibt Kampfeinsätze, die keinen Stabilisierungsauftrag haben, sondern die einen Verteidigungsauftrag irgendeiner Art haben. Es gibt die völkerrechtswidrigen, zumindest nach überwiegender Auffassung, völkerrechtswidrigen Einsätze. Das ist die Irak-Problematik gewesen. Zumindest war das Militär lange Zeit aus Sicht der Weltgemeinschaft dort völkerrechtswidrig präsent. Es robbt sich jetzt an ein Mandat ran. Und wir haben bewaffnete Akteure in den Entwicklungsländern selber.

Und mit all diesem kommt Entwicklungspolitik zusammen. Ich plädiere also ganz bewusst dafür, das breite Spektrum von militärischer Präsenz zu sehen, und wenn wir uns in dem Verhältnis zum Militär definieren müssen - was wir ganz konstruktiv tun, ich habe ganz bewusst dieses Zitat an den Anfang gestellt -, dann stehen wir uns hier nicht aus einer Verantwortung der Bundesregierung als solcher, zu

der der militärische Arm ganz selbstverständlich auch gehört. Aber wenn wir uns hier richtig verhalten wollen, müssen wir Regeln entwickeln, die einigermaßen einheitlich vermittelbar sind, die auch legitim sind, die verstanden werden. Ich nehme damit den Gedanken von Herrn Steiner auf.

Und dann habe ich auf der anderen Seite natürlich auch unterschiedliche Instrumente von Entwicklungszusammenarbeit. Ich habe die Vereinten Nationen, UNDP wurde erwähnt mit seiner Arbeit; ich habe die internationalen Finanzierungsinstitutionen, Weltbank, IWF können Sie von mir aus dazu zählen. Wir haben die europäische Entwicklungspolitik. Wir haben dann die bilaterale, wir haben auch die nichtstaatliche Entwicklungspolitik. Manches von dem, was Herr Hermle gesagt hat, schien mir relativ stark auf die Frage nichtstaatlicher oder bilateraler Entwicklungspolitik fokussiert zu sein. Wir müssen, wenn wir uns damit befassen, uns mit dem gesamten Spektrum befassen. Das heißt, Sie haben hier eine Matrix von ungefähr 20 bis 25 Feldern.

Ich will an einigen Beispielen mal deutlich machen, was das bedeutet. Als der Weltbank-Direktor für Irak, nachdem die Amerikaner in Bagdad waren, ins BMZ kam, um mit

uns zu konsultieren, wie es nun weiter geht, hat er für mich - es war ein Amerikaner im übrigen - in ganz eindrucksvoller Weise zwei Dinge gesagt. Er hat gesagt, die Art und Weise, wie und unter welchen Bedingungen wir in den ersten Tagen auf die Menschen im Irak, in Bagdad, in den anderen Städten zugehen, wird unser Bild, also das Bild von der Weltbank, im Irak auf Jahre prägen. Das heißt, wenn wir hier als Exekutionsorgan einer Besatzungsmacht kommen, kommen wir aus diesem Bild nicht wieder heraus. Zweiter Punkt: Die Art wie wir hier auftreten, ist von äußerster Relevanz für unser Bild in allen anderen Plätzen der Welt. Das war das, was Herr Steiner beschrieben hat sozusagen mit dem Image der Amerikaner "nach Bagdad" im Kosovo. Das heißt, hier ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit involviert. Alles, was wir tun an einem Platz, müssen wir gegenüber Partnern an anderen Plätzen auch glaubwürdig vertreten können.

Ein anderes Beispiel in dieser Matrix sind, das wurde angesprochen vor dem Hintergrund Brahimi, die immer komplexeren Mandate des Sicherheitsrats. Es ist eine positive Entwicklung, dass das, was multilateral mandatiert wird, jetzt von Anfang an die Aufbaukomponenten, die zivilen Komponenten mit einbezieht und schon in das Mandat

mit integriert. Sie können auch noch ganz andere Fallgestaltungen sehen. Sie können über Palästina nachdenken, europäische oder deutsche Entwicklungspolitik in Palästina unter Bedingungen einer Okkupation. Auch da müssen wir uns verhalten. Und das ist dann für uns nicht unbedingt ein Kooperationspartner in dem Sinne, wie das im Kundus mit der Bundeswehr ist. Ich bitte also deshalb dringend darum, diese Debatten nicht verengt zu führen, und nicht am Ende immer sozusagen nur im Kosovo oder nur in Kundus zu landen, sondern daran zu denken, dass es hier um Prinzipien geht, die wir in einer gewissen Globalität anwenden müssen. Und in diesen Kontext gehört dann auch, dass natürlich die Dinge besonders schwierig werden, wenn die legitimierten intervenierenden Kräfte nicht von europäischen und nordamerikanischen Truppenstellern kommen, sondern wir da etwa afrikanische Kräfte haben. Wie soll eigentlich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit einem PRT von ECOWAS kooperieren? Auch das muss natürlich irgendwo definiert werden, denn es ist ja auch denkbar.

Ich habe das Bild bewusst breit angelegt, um zu zeigen, welche Vieltätigkeit da ist. Wenn man das strategisch betrachtet, müssen wir natürlich sehen, wie wir die In-

strumente gewichten, die uns in den auswärtigen Beziehungen zur Verfügung stehen. Und da ist – das ist im Grunde schon mehrfach genannt worden - partnerschaftliche Zusammenarbeit zu dem Zweck, eigene Anstrengungen zu unterstützen, klassische Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit. Wir haben zweitens das Instrumentarium von *Monitoring*, von Überwachung, von Sanktionen, von präventiver Diplomatie. Und wir haben dann schließlich die hoheitliche Übernahme. Der Militäreinsatz ist die Extremform der hoheitlichen Übernahme. Die Frage ist also, in welche Bereiche investieren wir im Sinne einer langfristig erfolgreichen Politik?

Ich fand es sehr interessant, dass im Panel davor gesagt worden ist, man muss sich überlegen, ob man überhaupt reingeht. Wenn man nicht reingeht, gibt es ja auch immer noch eine Politik "danach", und vielleicht komme ich ja auch anders aus dem Problem raus. Das ist natürlich eigentlich ein ganz gefährlicher Satz, den ich da sage, aber nach Ruanda ist man eben *nicht* reingegangen. Das Land ist heute aufgrund von Kräften, die in dem Land waren und die Situation bereinigt haben, in einem anderen Zustand von Stabilität als die Mehrzahl der Länder, in denen irgendwie UN- oder internationale Trup-

pen waren. Ich weiß, dass das ein im Grunde nicht diskutierbarer Aspekt ist, man muss ihn aber zur Kenntnis nehmen. Man sollte im übrigen auch zur Kenntnis nehmen, dass es eine ganze Reihe von anderen Ländern gibt, die durchaus friedliche Transformation hingebracht haben. Die Transformation Chiles von der Diktatur zu einer Demokratie, von Südafrika usw. - es gibt durchaus Beispiele in der Geschichte, wo es auch ohne Militärintervention gegangen ist.

Ich möchte vielleicht auf einige Dilemmata noch hinweisen und wollte auch noch ein paar praktische Probleme ansprechen. Erstes Dilemma nochmals: Impfen oder Intensivstation? Das Problem ist, dass wir oft unter dem Zwang begrenzter Ressourcen dazu übergehen, einige Entwicklungsländer sozusagen in die Intensivstation im Militärhospital zu stellen, und dass man uns dann fragt, dass wir das Geld aus den Impfkampagnen in der Fläche rausnehmen. Das kann eigentlich nicht sein, das heißt, die Gesellschaft, wenn sie diese Sicherheit will und diesen Sicherheitsexport, muss dafür auch Geld bereitstellen.

Zweites Dilemma: Wo Entwicklungspolitik die Begleitung von Außen- und Sicherheitspolitik braucht, fehlt diese oft. Das was wir im Moment im Sudan beobach-

ten, mit dem eben erwähnten Engagement von Kerstin Müller, ist eine ganz bemerkenswerte Ausnahmeerscheinung. Es ist relativ selten, dass deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sich mit hohem Profil in Transformationsprozessen jenseits der europäischen Peripherie engagiert. Das heißt, wir stecken in dem Dilemma, dass sie da, wo wir sie bräuchten, oft nicht sind; das gilt auch für die Bundeswehr. Und da, wo wir gebraucht werden, werden wir untergeordnet. Dann haben wir das Problem der *hidden agendas*. Es ist doch durchaus so, dass die Entscheidung, irgendwo hinzugehen, nicht nur mit irgendwelchen humanitären Motivationen verbunden ist, und das führt dann zu den Reibungspunkten..

Ich darf nun vielleicht noch mal in den praktischen Bereich kommen, ganz kurz in Thesenform. Erstens hat Entwicklungspolitik sicherlich an einer Stelle zu langsam reagiert. Wir sind im Grunde nicht aufgestellt für die Lösung des Problems, das hier beschrieben worden ist, von der hoheitlichen Übernahme eines Landes möglichst schnell wieder an den Aufbau eigener staatlicher Strukturen zu gehen; also die Rolle von Entwicklungshelfern im Zusammenhang mit einer Mandatsverwaltung, die UNMIC-Situation. Dafür ist im Grunde nichts da. Das hat ein bisschen was mit der CIMIC-Situation zu tun. Der Aktionsplan Krisenprävention sagt ganz klar, CIMIC soll

zivile Krisenpräventionsarbeit leisten, soweit und solange keine zivilen Kapazitäten zur Verfügung stehen. Das Problem ist, die Bundeswehr ist ein stehendes Heer. Der zivilen Seite wird aber nicht erlaubt, eine stehende Interventionskapazität aufzubauen, auf die wir in solchen Situationen zurückgreifen können. Das würde man möglicherweise aufgreifen müssen.

Dann sehe ich ein Problem in der Interoperabilität. Die Art und Weise, wie die verschiedenen Stränge organisiert sind, sind so fundamental unterschiedlich, dass wir nur durch Pragmatismus im Moment auf den verschiedenen Ebenen zusammen kommen können. Entwicklungspolitik ist eingebunden in eine multilaterale Koordination. Es gibt für Afghanistan eine UNAMA, es gibt eine Weltbank, es gibt *needs assessment* und vieles mehr;. In denen bewegen wir uns, und da sind wir verpflichtet, uns international abzustimmen. Die Bundeswehr ist in NATO-Strukturen integriert. Die NATO macht dann auch *ein needs assessment* in Nord-Afghanistan und man fragt sich, was gilt dann eigentlich? Also hier gibt es durchaus Probleme, dass die Rollen wahrgenommen werden müssen.

Und noch eine letzte Bemerkung: Entwicklungspolitik ist gewohnt, sehr konsequent und sehr transparent nach öffentlichen Kriterien zu evaluieren. Eine solche Evaluationsarbeit müsste auch im Bereich solcher Kooperationen auch stattfinden. Und leider haben wir, mit

Ausnahme des Brahimi-Berichts, glaube ich, eine sehr unausgeprägte Evaluationskultur im Bereich von Militäreinsätzen.

Peter Croll

Ich danke Ihnen, Herr Kloke, dass Sie insbesondere auch auf die Regularien hingewiesen haben, die wir nachher auch noch mal diskutieren sollten. aber auch die praktischen, die operativen Fragestellungen, die sich ergeben. Ichhoffe, dass auch die nachher in der Diskussion noch mal aufgreifen können..

Ich möchte jetzt Sie, Herr Dr. Messner, als Wissenschaftler fragen: Sie haben die verschiedenen Stellungnahmen gehört und haben dazu auch in ihrem eigenen Haus einiges veröffentlicht – wie stellen Sie sich dieses Zusammenspiel zwischen Entwicklungspolitik und Militär vor?

Prof. Dr. Dirk Messner, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Ich möchte auf Ihre Frage in drei Schritten eingehen. Ich möchte zunächst mal fragen, weshalb diese beiden Pole, also Schwerter und Pflugscharen, eigentlich zusammen gerückt sind. Das ist ja etwas relativ Neues. Herr Hermle hat ja auch darauf hingewiesen, dass er nicht sehr oft mit Herrn Dora und anderen Kollegen aus dem Verteidigungsbereich zusammensitzt. Bei uns im Institut haben wir vor einem halben Jahr die allererste Studie zu einem Feld gemacht, in dem es um Schnittstellen zwischen militärischen und entwicklungspolitischen Formen der Zusammenarbeit ging. Sie selbst leiten ein

Institut, wo es im Kern um Konversion von Rüstungsprozessen geht, und dahinter stand ja die Hoffnung, wir hätten es damals 1989 mit einer Friedensdividende zu tun, also dass Rüstung zurückgebaut werden würde. Und jetzt kommt die Epoche - Herr Kloke sagte eben, das sei die Phase des Idealismus - der zivilen Zusammenarbeit zur Stärkung von internationaler Sicherheit. Also warum kommen eigentlich diese Pole zusammen? Dazu möchte ich Ihnen einige Überlegungen vorstellen. Ich möchte dann aus entwicklungspolitischer Sicht die Solana-Strategie, die man ja im Grunde auch so überschreiben könnte, "Schwerter *und* Pflugscharen", bewerten und in einem dritten Schritt dann fragen: Was kann man eigentlich im Zusammenspiel dieser beiden Politikfelder und Ressorts tun? Zum Stand der Dinge vier Beobachtungen.

Zum ersten Punkt: Weshalb kommen diese beiden Pole eigentlich zusammen? Ich habe kürzlich mit der Mary Kaldor von der *London School of Economics* zusammengessen, und die hatte ein schönes Bild, um diesen Prozess des Zusammenwachsens der Schwerter und der Pflugscharen zu präsentieren. Sie sagte nämlich, zu Beginn des letzten Jahrhunderts hießen die Ressorts, die sich um den militärischen Bereich kümmerten, Kriegsministerien. Und seit Mitte des letzten Jahrhunderts haben wir unsere Kriegsministerien in Verteidigungsministerien umbenannt. Und bei denen und bei der Verteidigungspolitik ging es um die Verteidi-

gung von Landesgrenzen, um die Sicherung von territorialer Integrität. Und wir lernen jetzt seit Ende der 90er Jahre - einige weitsichtige Kollegen auch schon seit längerer Zeit davor -, dass wir es mit Risiken zu tun haben, die mit den Mechanismen der Landesverteidigung und der Verteidigung von Territorien nicht mehr in den Griff zu bekommen sind. Transnationaler Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, Staatenzerfall mit den Bumerangeffekten, die wir kennengelernt haben, all diese Dinge lassen sich nicht mehr einhegen durch Landesverteidigung im Sinne der Herstellung von territorialer Integrität. Und deswegen sagt die Mary Kaldor, und das finde ich gut, wir haben es mit einem Übergang von der klassischen Verteidigungspolitik zu einer Sicherheitspolitik zu tun.

Und bei Sicherheitspolitik neuen Typus geht es im Kern um die Frage: Wie stabilisieren wir Länder und wie können wir zur Krisenbewältigung in Ländern beitragen? Und vielleicht noch einen Schritt weiter getrieben: globale Sicherheitspolitik muss unser Zielsystem sein, weil wir ja nicht nur Länder einhegen und stabilisieren müssen, von denen Risiken ausgehen, sondern wir müssen uns mit globalen Phänomenen wie globaler Geldwäsche auseinandersetzen oder auch dem Phänomen des transnationalen Terrorismus und den transnationalen Netzwerken, die da entstanden sind. In diesem Übergang von der Verteidigungspolitik zu globaler Sicherheitspolitik beginnen sich die

beiden Elemente, Schwerter und Pflugscharen, zu berühren, denn wenn es darum geht, Länder zu stabilisieren und Sicherheit herzustellen, dann müssen entwicklungspolitische Elemente stärker mitgedacht werden. Ich glaube, diese Interpretation von Mary Kaldor ist überzeugend, von der Verteidigungspolitik hin zur Sicherheits- vielleicht gar zur globalen Sicherheitspolitik.

Mein zweiter Punkt, die Solana-Strategie: Wir müssen Schwerter und Pflugscharen *zugleich* in Stellung bringen, um diese neuen Krisen, die ich eben schon angesprochen habe, in den Griff zu bekommen. Auch da steht ja im Kern die Überlegung, das wir Instrumente militärischer Art mit Instrumenten der zivilen Kooperation bündeln müssen, von der Diplomatie über Entwicklungszusammenarbeit bis hin zur Kulturpolitik. Und ich glaube, dass diese Sichtweise richtig ist. Ich möchte eine Lanze für das Konzept der erweiterten Sicherheit brechen, das ja auch auf dem ersten Panel schon kritisch betrachtet worden ist. Wenn wir beobachten, dass Krisen in Ländern und Regionen sehr, sehr unterschiedliche Ursachen haben können, angefangen von Degradation von ökologischen Ressourcen über Staatenzerfall, *warlord*-Strukturen, Armutsmigration, dann müssen wir auch mit unterschiedlichen Instrumenten auf diese ganz unterschiedlichen Typen und Ursachen von Krisen eingehen.

Deswegen scheint mir diese Sichtweise richtig zu sein, unterschiedliche Elemente

militärischer und ziviler Kooperation und Zusammenarbeit in Stellung zu bringen und miteinander zu bündeln. Ich halte das für ein sinnvolles Analysenraster, weil diese Überschrift, die in dem ganzen Panel mitgegeben wurde oder der ganzen Veranstaltung - „Ohne Sicherheit keine Entwicklung und ohne Entwicklung keine Sicherheit“ - stimmt, die ist richtig. Und sie bedeutet, dass wir diese Allianz brauchen, die schwierig zu organisieren ist, da würde ich Herrn Kloke und Herr Hermle zustimmen. Ohne Sicherheit keine Entwicklung: In Ruanda, in Afghanistan, im Sudan, im Kongo, in Palästina, in Ländern dieses Typus mit einem hohen Gewaltpotential und hohen Gewalteskalationsstufen über Entwicklungsprozesse, Demokratisierung, die Schaffung von demokratischen Strukturen nachzudenken, ohne zugleich Sicherheit herzustellen, für die man auch Polizei und Militär braucht, scheint mir eine naive Vorstellung zu sein. Deswegen brauchen wir dieses Zusammenspiel.

Und umgekehrt ohne Entwicklung keine Sicherheit: Ohne die langfristige Verhinderung des Staatenzerfalls in Gesellschaften - Herr Brock und Herr Steiner hatten das angesprochen - können wir uns ja eine dauerhafte Stabilisierung der internationalen Ordnung kaum vorstellen. Je nachdem welche Organisation wir zählen lassen, die Weltbank, die Bundesregierung, die Europäische Union, haben wir es weltweit mit etwa 20 bis 30 fragilen Staaten, zerfallenden Staaten, *bad performer*-Staaten, wie immer man das La-

bel wählt, zu tun. Und wenn es nicht gelingt in diesen Ländern, in diesen Regionen, Stabilität und Entwicklung miteinander zu verbinden, dann wird dauerhafte Sicherheitspolitik nicht möglich sein. Also das Logo dieser Veranstaltung - kein Frieden ohne Entwicklung, keine Entwicklung ohne Frieden - das scheint mir sehr zutreffend zu sein.

Deswegen ist das Zusammenspiel dieser beiden Akteure wesentlich, aber es gibt natürlich Zielkonflikte. Auf vier möchte ich ganz kurz hinweisen, auf einige hat Herr Hermle bereits hingewiesen. Erster Zielkonflikt: welche Mittel setzen wir für welche Zwecke ein? Es besteht natürlich die Gefahr, dass aus den ODA-Mitteln, also den Investitionen in die Entwicklungszusammenarbeit, immer stärker Mittel für reine Sicherheitspolitik abgezweigt werden. Das hieße ganz praktisch, investieren wir in die Entwicklungsdynamik eines Landes wie Peru, um Armut zu reduzieren, oder nehmen wir die Mittel und gehen damit nach Afghanistan oder in den Sudan, um Stabilität zu schaffen, die dann wiederum mit unserer eigenen Sicherheit zu tun hat? Hier haben wir es mit einem Verteilungskonflikt zu tun. Diese Verteilungskonflikte müssen thematisiert werden.

Zweiter Zielkonflikt: Entwicklungspolitik kann und darf nicht auf einen reinen Beitrag zur Sicherheitspolitik verkürzt werden. Das kann man aus der Solana-Strategie herauslesen, wenn man das möchte. Sie kann Beiträge zur Sicher-

heitspolitik leisten, aber sie hat darüber hinaus auch weiter gehende Aufgaben der Armutsbekämpfung, des Schutzes öffentlicher Güter im Bereich der Umwelt und vieles andere mehr. Also die Verkürzung und Verengung von Zielsystemen, dieser Dynamik muss vorgebeugt werden. Dritter Zielkonflikt, auf den hatte Herr Kloke hingewiesen: die Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik durch eine Engführung von Außen- und Sicherheitspolitik. Auch das ist nicht von der Hand zu weisen. Wir haben ja in der Phase des Kalten Krieges gesehen, dass Entwicklungspolitik ein Subelement einer Außen- und Sicherheitspolitik gewesen ist, die im Kern an der Systemkonfrontation orientiert war. In diese Dynamik darf Entwicklungspolitik nicht erneut geraten, weil wir ansonsten in anderen Fragen, die uns neben den reinen Sicherheitsthemen interessieren müssen, Umweltfragen, Armutssreduktionsfragen, erneut an Handlungsspielraum verlieren. Auf das letzte Spannungsfeld, das mir wichtig zu sein scheint, hatte Herr Brock heute auf dem ersten Panel bereits hingewiesen. Ich finde die Solana-Strategie im Kern mit ihrer Perspektive richtig, aber sie ist eurozentristisch in Bezug auf ihren Sicherheitsbegriff. Und damit kriegen wir ein Glaubwürdigkeitsproblem, weil sie Sicherheitsprobleme in Entwicklungsländern nur insoweit thematisiert, als diese Sicherheitsprobleme für uns selbst zu Risiken werden. Sie fragt nicht nach der Sicherheit in Entwicklungsländern, die sich auch aus ganz anderen Dynamiken speist als Staatenzerfall und Terrorismus. Wir

alle wissen ja, was die Armutszahlen angeht und die Entwicklung von Krankheitsdynamiken usw., dass hier in Entwicklungsländern *human security*-Probleme vorliegen, die in der Solana-Strategie nicht thematisiert werden.

Der letzte Punkt, auf den ich zu sprechen kommen möchte: Was kann man tun? Zum Stand der Dinge die erste Bemerkung: Prävention und die Einhegung dieser komplizierten 20 bis 30 Staaten, von denen die Solana-Strategie zu Recht spricht, die ist sehr teuer. Da hat Herr Steiner eben bereits drauf hingewiesen, und wir müssen das einfach wissen und laut sagen und deswegen darauf hinweisen, dass es nach der Diskussion über die Friedensdividenden eine Diskussion um Investitionen in globale Sicherheit geben muss. Und da kommen wir ganz sicher mit unseren 50 Milliarden ODA-Mitteln, wenn die jetzt in diese Richtung stärker kanalisiert werden, nicht hin, um das, was uns ja vorschwebt - eine kooperative Weltordnung oder so etwas wie eine faire Globalisierung - auf den Weg zu bringen. "Gestaltung der Globalisierung" - davon ist die Sicherheitsproblematik ein Element. Die ist teuer, und darauf muss man hinweisen. Außerdem muss man schauen, dass da nicht die Mittel einfach umgelenkt werden aus anderen wichtigen Feldern ausschließlich in den Sicherheitsbereich.

Zweiter Punkt: Wir haben auf dem ersten Panel viel über Prävention gehört. Ich möchte aus meiner Erfahrung aus dem

entwicklungspolitischen Geschäft darauf hinweisen, Prävention ist eine sehr schwierige Angelegenheit, weil es keine Blaupausen für Prävention gibt. Herr Steiner und Herr Brock haben da, glaube ich, die Enden des Kontinuums skizziert. Herr Steiner hat formuliert, dass wenn wir nur genug Geld gehabt hätten im Balkan das Problem hätten vorher lösen können. Herr Brock hat darauf hingewiesen, dass länderspezifische Fragen eine Rolle spielen, auf die wir manchmal keine Antwort haben. Die Prognosen, ob eine Region umkippt oder nicht, ob wir mit viel Geld intervenieren sollten oder nicht, die sind nicht zu treffen. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, sind wir anschließend alle schlauer. Aber in welchen Situationen müssen wir mit viel Geld und teuren Instrumenten einsteigen und in welchen Situationen können wir das eher laufen lassen? Also *monitoring*, Bewertung von Prozessen und Prognosen, länderspezifische Strategien - aber all das ist sehr schwierig. Ich würde hier einfach vor Volontarismus warnen. Herr Steiner, Sie hatten zu Recht auf die Illusion der Schaffung von Demokratie in einhundert Tagen nach Dayton hingewiesen. Wir hatten ja eine ähnliche Geschichte auch nach 1989, da hatten wir Pläne dreihundert Tage zur Marktwirtschaft in Russland. Diese Prozesse sind sehr kompliziert. Und wir dürfen nicht einer Allmachtsphantasie erliegen. Wir müssen hier auch die Begrenzung unserer Möglichkeiten ganz klar diskutieren.

Dritter Punkt: Die Solana-Strategie ist bisher eine Papiervariante, die noch keine instrumentelle Umsetzung erfahren hat. Ich habe in den letzten Tagen die Dokumente, die nach und um die Solana-Strategie zu den zivilen Elementen der Solana-Strategie entwickelt worden sind, noch mal angeschaut und dabei festgestellt, dass die entwicklungspolitischen Instrumente und Ansätze, die man zur Solana-Strategie bräuchte, bisher noch nicht entfaltet sind. Das, was man zur zivilen Zusammenarbeit im Rahmen der Solana-Strategie findet, sind Polizeikräfte, das Ziel 5.000 Personen soll angesteuert werden. Es geht um Richter, Staatsanwälte und um Katastrophenschutz. All das, was man darüber hinaus entwicklungspolitisch bräuchte, *government*-Strukturen schaffen, Institutionen festlegen, sozio-ökonomische Entwicklung anschieben, all diese Dinge sind bisher nicht durchbuchstabiert. Die Strategie muss also noch mit Leben gefüllt werden.

Vierter und letzter Punkt: Ich glaube, die Entwicklungspolitik hat hier eine Bringschuld. Ich fasse mich jetzt sozusagen selbst am Kragen. Die Entwicklungspolitik muss eine proaktive Rolle übernehmen, denn wenn wir die ganze Zeit predigen, dass aus einer europäischen Perspektive eine Vielzahl dieser Probleme im Sicherheitsbereich mit rein militärischen Instrumenten nicht zu lösen sind, dann müssen wir als Entwicklungsforscher und Politiker auch unsere Instrumente entwickeln und aufzeigen, mit denen wir dann in diese Prozesse eingreifen

können. Ansonsten bleibt das reines Papiertigertum.

Und letzte Bemerkung: Das alles ist nicht ganz leicht, weil wir in den 90er Jahren gerade aus diesem Typus von Ländern als entwicklungspolitische internationale *community* herausgegangen sind. Wir sind aus diesen Ländern herausgegangen, weil wir festgestellt haben, dass Entwicklungspolitik in Ländern, in denen es nicht ein Minimum an institutionellen Strukturen und entwicklungsorientierten Eliten gibt, ziemlich wenig ausrichten kann. Wir haben uns auf *best performer* konzentriert. Wir müssen jetzt aus sicherheitspolitischen Gesichtspunkten in diese schwierigen Länder wieder hineingehen. Und das Instrumentarium, das wir dafür brauchen, das liegt noch nicht auf dem Tisch. Da müssen wir uns alle sozusagen noch ein bisschen anstrengen. Und deswegen mein Plädoyer: Die Entwicklungspolitik muss die Solana-Strategie zum Anlass nehmen, um hier das entsprechende Instrumentarium voranzutreiben.

Peter Croll

Ganz herzlichen Dank, Herr Messner, für diese hervorragende Analyse und die spannend vorgetragenen Lösungsansätze, die Sie hier aufgezeigt haben. Ich sah hier und da schon einige Wortmeldungen, obwohl ich noch nicht aufgerufen hatte. Deshalb noch mal ganz kurz, bevor ich in das Publikum gehe, noch eine Möglichkeit für Herrn General Dora auf die Intervention von Herrn Kloke-Lesch zu dem

Teil der operativen Erfahrung zu antworten. Und dann gebe ich an Sie, an das Auditorium.

General Johann-Georg Dora

Ich hoffe durchaus, dass der Schulterchluss, der hier apostrophiert oder dargestellt wurde, sich in naher Zukunft einstellen wird. Die Bedenken und das zum Teil zumindest latente Misstrauen gegenüber dem Militär, das ich gespürt habe, nicht nur bei Herrn Hermle, sondern auch bei meinen Mitpanelisten, konnte ich leider mit meinem Eingangsstatement nicht ganz ausräumen. Aber ich kann nur sagen, Herr Hermle, Ihr Idealismus ehrt Sie, es sind tolle Ziele und ich bewundere Sie dafür. Nur Sorge und Skepsis alleine reichen nicht aus - man muss etwas tun dabei, und auch wenn Sie militärische Maßnahmen nicht befürworten können, in gewissem Rahmen sind sie zwingend erforderlich. Nehmen wir – und nun bin ich leider doch wieder beim Beispiel von vorhin - nur Kundus, nehmen wir den Prozess der Demobilisierung, der Entwaffnung: den können keine Entwicklungshelfer durchführen. Der wird seit über einem Dreivierteljahr durch Militär, durch Soldaten durchgeführt. Und die Reintegration, anfängliche Reintegration kann auch nur durch Soldaten durchgeführt werden.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel von zehn Wachsoldaten afghanischer Herkunft, Milizsoldaten, die unser Camp teilweise in Kundus mit bewachen. Ich habe die vor etwa einem Vierteljahr dort getroffen

und sie befragt: "Was habt ihr denn vorher gemacht? Was habt ihr denn gelernt?" Da hat mir, mit Dolmetscher natürlich, der eine gesagt: "Kalaschnikow", der andere hat "Kalaschnikow" gesagt. Der dritte hat "Kalaschnikow" gesagt, der vierte hat "Panzerfaust" gesagt. Da habe ich den Dolmetscher noch ein paarmal hinterher gefragt und gesagt: " Was meinte der damit?" Er sagte: "Das ist das einzige, was sie gelernt haben. Die haben keine Ahnung. Die haben nichts anderes gelernt. Die haben Krieg gehabt und ihr Kriegshandwerk gelernt." Und das gilt es dann umzusetzen, zu demobilisieren, zu entwaffnen und dann reintegrieren. Und da sind wir genau so gut bei der Problematik, die sich darstellt mit dem ganzen Mohnanbau und der Drogenproblematik in Afghanistan. Sie können nicht einfach jemandem das wegnehmen, was er bisher hatte und sagen: "Okay Jungs, jetzt machen wir mal etwas anderes!", um es mal ganz platt auszudrücken. Das funktioniert nicht. Das braucht seine Zeit, und Sie brauchen eine Balance dafür.

Und vielleicht ganz kurz zu Herrn Kloke-Lesch. Wenn Sie von 1962 gesprochen haben, das war ein gutes Zitat. Ich frage mich nur, was hat sich in diesen 40, 42 Jahren entwickelt? Ich gebe eine Antwort darauf bezogen auf das Militär. Das Militär konnte damals keinen Einfluss haben, konnte damals keine Position dazu haben. Das Militär wurde deutscherseits damals ganz anders eingesetzt. Wir standen und stehen nach wie vor auf dem Grundsatz. Und die letzten zehn Jahre, wie wir

alle wissen, hat das Militär, auch das deutsche Militär, eine Bedeutung im Rahmen der Politik abseits der Auseinandersetzung Ost-West gefunden. Und damit müssen wir jetzt umgehen und müssen damit klar kommen.

Vielleicht noch ein abschließendes Wort zu dem, was Sie richtigerweise gesagt haben über die mangelhafte Koordination zwischen den zig Behörden und Organisationen, die es im Bereich der UNO, von Regierungsorganisationen und von Nichtregierungsorganisationen gibt. Ich kann nur bestätigen, was ich in Georgien und Eritrea erlebt habe, wo ich feststellen musste, wie viele Leute eben nicht miteinander, sondern durchaus gegeneinander arbeiten, obwohl sie eigentlich alle am gleichen Strick ziehen. Irgendwie zogen sie nicht in die gleiche Richtung, sondern jeder zog in seine Richtung. Da ist dringender Bedarf. Deshalb kann ich nur wiederholen, was ich eingangs in meinem Statement gesagt habe: Wir müssen so viel wie möglich und wesentlich besser koordinieren und uns vorab absprechen und Ziele festlegen. Und dann zu diesen Zielen stehen.

Diskussion

Klaus Liebetanz, Fachberater für Katastrophenmanagement

Zunächst einmal möchte ich dem Auswärtigen Amt gratulieren, dass es dieses Thema hier zum Panel genommen hat, denn ich halte als Fachberater für Katastrophenmanagement dieses Thema nicht

nur für die nächsten zehn Jahre für wichtig, wie ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes sagte, sondern sicher auch für unser ganzes Jahrhundert. Ich möchte zwei Fragen stellen, eine an Herrn Kloke-Lesch und eine an Herrn Hermle. An Herrn Kloke-Lesch eine ganz einfache Frage: Zur Zeit haben wir drei Friedensfachkräfte in Bosnien-Herzegowina. Das scheint mir eindeutig zu wenig zu sein angesichts dieser ethnischen Probleme, die wir dort haben. Man könnte sicher sagen, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Meine Frage ist, wie können wir diese Zahl erhöhen, damit auch die dahinter liegenden Probleme gelöst werden? Auch allen Militärs ist klar, dass das Militär keine Konflikte *löst*, sondern dass es nur einen *Rahmen* dafür bieten kann.

Und die zweite Frage, die ich stellen wollte an Herrn Hermle ist die: Gleichlautend mit Ihren Aussagen hat Herr Liese auf dem Katholikentag, auf dem ich auch am letzten Wochenende war, gesagt, die Bundeswehr solle sich aus der humanitären Hilfe heraushalten. Schuster bleib bei deinen Leisten. Das kann man vertreten, aber andererseits weigert sich VENRO, in Kundus mitzuarbeiten mit der Begründung, wir wollen uns nicht instrumentalisiert lassen. Ich sehe darin eine gewisse Widersprüchlichkeit.

Gitti Hentschel, Feministisches Institut der Heinrich Böll Stiftung

Ich war sehr gespannt auf dieses Panel, weil ich dachte, ich lerne da eine ganze Menge, gerade unter diesem Aspekt

"Schwerter und Pflugscharen", und ich höre vom Podium auch Antworten. Ich höre aber eigentlich nur Beschreibungen für Situationen, die für mich gar nicht neu sind. Und ich habe immer noch nicht erfahren, welche Kriterien für die Abgrenzung gelten, wann Militäreinsatz und in welcher Weise Entwicklungspolitik vorher schon stattgefunden haben sollte. Nach welchen Kriterien wird wo interveniert? Und, Herr General Dora, an Sie habe ich noch mal ausdrücklich die Frage zum Beispiel des Mohnanbaus. Natürlich haben wir aus unserem Sicherheitsverständnis oder Sicherheitsinteresse hier in Europa in Deutschland Interesse, dass Mohn in Afghanistan nicht angebaut wird. Nur wenn Sie das jetzt mit militärischen Mitteln versuchen zu verhindern, zugespitzt, dann ist die Frage, welche Sicherheit schaffen Sie denn in Afghanistan? Ich habe das jetzt ein bisschen zugespitzt, aber das sind ja Zusammenhänge, die da sind, weil wir auch von unserem eigenen Interesse her handeln. In Afghanistan wurde interveniert, und ich finde es schade, dass Sie jetzt nur die CIMIC-Aktivitäten dargestellt haben. In welchem Verhältnis steht es denn zu den anderen militärischen Aktivitäten auch der Bundeswehr im Antiterrorkampf? Nach welchen Kriterien geht denn das vor sich? Was sind da die Sicherheitsvorstellungen, die wir hier haben, und wie gehen die mit z. B. der Sicherheit der Bevölkerung dort zusammen? Was ich zum Beispiel von Berichten von Amnesty International weiß, ist, dass das subjektive Sicherheitsgefühl, z.B. der Frauen, das Sie jetzt

schützen wollen, dort ähnlich extrem stark gefährdet ist wie zu Zeiten der Taliban. Welche Fortschritte sind denn da erfolgt?

Wolf-Christian Paes, BICC

Ich hätte eine Frage an den General Dora zu Ihrem letzten Statement, Demobilisierung und Reintegration seien in Kundus nur mit der Bundeswehr möglich und es sei sozusagen eine Kernrolle. Das BICC arbeitet seit fast zehn Jahren zu Demobilisierungsfragen. Und wenn wir uns die weltweiten Erfahrungen mit diesem Thema anschauen, dann ist es tatsächlich so, dass es in aller Regel eben *nicht* internationale Militärs sind, die diese Prozesse begleiten. Insbesondere, was das zweite "D" und das "R" angeht, nämlich die Demobilisierung und die Reintegration, nicht so sehr das Disarmament, die Entwaffnung. Da wäre nun meine Frage: In Afghanistan war die Bundeswehr vor Ort in Kundus, und insofern hat man sich natürlich für die Bundeswehr als Player entschieden, aber inwiefern werden im Verteidigungsministerium in den zuständigen Stellen die Erfahrungen, die z.B. UNDP, die GTZ, die andere gemacht haben in anderen Ländern, wo es eben keine Interventionsstreitmacht gab, rezipiert? Und inwiefern haben sie die Möglichkeit, überhaupt lange genug am Ball zu bleiben? Reintegration - die GTZ hatte gerade vor kurzem eine längere Diskussion in Berlin darüber - ist ein Prozess, der kann Jahre, sogar Jahrzehnte dauern. Sie haben ja selbst die Kämpfer erwähnt, die nur Kalaschnikow gelernt haben. So lange

wird die Bundeswehr doch wahrscheinlich nicht in Kundus bleiben wollen. Das ist doch eine Aufgabe ziviler Akteure.

Shafik Gawhari, GTZ, Berater des afghanischen Handelsministeriums

Ich möchte hier noch mal darauf hinweisen, dass verschiedentlich im vorigen Panel und auch in diesem Panel dieser Vergleich zwischen Afghanistan und Irak gezogen wurde. Ich möchte gerne, dass man da die Situation differenzierter sieht. Denn in Afghanistan wollen die Menschen, die überwiegende Mehrheit der Afghanen, eine Intervention oder den Einsatz von Militär von der internationalen Gemeinschaft. Und gleichzeitig wollen sie auch die Entwicklungszusammenarbeit noch stärker in diesem Land sehen. Auf den Dörfern im Norden Afghanistans und auch in Zentralafghanistan verstehen die Menschen die Debatte nicht, die in Deutschland oder in Europa zwischen Entwicklungsorganisationen und dem Verteidigungsministerium oder Ministerium für innere Sicherheit, für Inneres geführt wird. Sie wollen einfach die Verbesserung der Sicherheitslage und gleichzeitig auch die Teilnahme der Organisationen am Wiederaufbau des Landes. Die Situation im Irak stellt sich hingegen total anders dar. Das hat mit Besatzungskräften zu tun. In Afghanistan jedoch sieht man im Einsatz von Militär eine Befreiung des Landes von einer sehr schwierigen Zeit, von einem Disput.

Ghulam-D. Totakhyl, Annemarie-Schimmel-Forum e.V.

Ich bin auch aus Afghanistan, aber nicht in einer Regierung tätig, und deswegen würde ich vieles bezweifeln. Aber ich lasse die Afghanistan-Frage, weil das sehr differenziert ist und sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Meiner Meinung nach ist die beste Entwicklungshilfe seitens des Militärs, dass die Militärs an den militärischen oder kriegerischen Auseinandersetzungen nicht teilnehmen und nicht dazu gezwungen werden. Das ist das Beste, und nicht etwas zerstören. In diesem Fall würdige ich, hier möchte ich auch extra die politische Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland, des Bundeskanzlers und auch der beiden großen Kirchen würdigen, dass sie sich vollständig geweigert haben, an den militärischen Einsätzen und den kriegerischen Auseinandersetzungen im Irak teilzunehmen. Damit ist es der Bundesrepublik, der Weltgemeinschaft und den Kirchen gelungen, dass der immer von den amerikanischen Propheten prophezeite Kampf der Kulturen und gleichzeitig auch von der amerikanischen Administration durchgeführte Kampf nicht zu einem Kampf der Kulturen geworden ist, sondern dass dieser Kampf vermieden wurde. Und dadurch hat die Bundesrepublik auch in der islamischen Welt als Ganzes, sogar weitgehend auch in der ganzen Dritten Welt, ein großes Vertrauen und Kapital gewonnen. Und jetzt liegt es natürlich an der Bundesrepublik, was sie aus diesem Kapital machen kann.

Zoran Brajovic, freier Journalist

Ich habe eine ganz kurze Frage. Sehen Sie eine legitime Kontinuität zwischen Verteidigung und Sicherheitsaufgaben? Herr Messner, Sie haben gesagt, Anfang des 20. Jahrhunderts war es Kriegsministerium, dann Verteidigungsministerium, dann kommt in diese Kontinuität eine Sicherheitsfrage, die globale Sicherheit. Also in einem klassischen Sinn sind Verteidigungsaufgaben der Schutz der territorialen Integrität und der Grenzen. Und das ist relativ sehr exakt definierbar. Dagegen sind globale Sicherheitsfragen etwas, was mir ziemlich breit zu sein scheint. Und das wäre eine Frage für Herrn Messner und General Dora. Sehen Sie also eine legitime Kontinuität zwischen dieser Entwicklung und Sicherheit?

Prof. Dr. Lothar Brock, Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt

Vielen Dank für sehr spannende Panelbeiträge. Herr Messner, diese Gleichung, "keine Sicherheit ohne Entwicklung, keine Entwicklung ohne Sicherheit" arbeitet mit einem engen Sicherheitsbegriff. Und das macht auch den Wert der Fragestellung aus. Je enger die Begriffe, desto analytisch schärfer sind sie. Und deswegen plädiere ich dafür, sich nicht sozusagen definitiv mit einem weiten Sicherheitsbegriff über Analysen hinweg zu setzen, die wir eigentlich noch leisten müssen. Ich stimme dem Gebrauch des Sicherheitsbegriffs, den Sie verwenden, sehr zu, finde ihn auch sehr produktiv, einschließlich globaler Sicherheit. Meine konkrete Frage geht an Herrn Kloke-

Lesch in Verbindung mit dem, was Herr Messner gesagt hat. Wir haben ja jetzt schon Erfahrung mit dem Hineingehen in *worst performance*, Somalia und Afghanistan. Und es ist ein Hineingehen im Windschatten militärischer Intervention. Meine Frage ist, gibt es da neue und besondere Formen der Evaluierung der bisherigen Erfahrungen? Unternehmen Sie jetzt besondere Anstrengungen, um dafür angemessene Formen der Evaluierung der Erfahrungen im Sinne der Lernprozesse, die Herr Steiner angemahnt hat, durchzuführen?

Angelika Pohlenz, Internationale Handelskammer Deutschland

Herr Messner, Sie sagten, bei der Solana-Strategie fehlt es im Grunde genommen an Strukturen und durchgeplanten Strategien seitens der Entwicklungshilfe-Politik. Ist das nicht, und das wäre auch eine Frage an Herrn Hermle, überhaupt der ganz große Punkt, dass zwischen Militär und der Entwicklungshilfe-Politik doch noch sehr viel Ressentiment besteht insbesondere auf der Entwicklungshilfe-Seite, weil man nämlich mit dem Militär nicht zusammen arbeiten kann, wenn man nicht ganz klar strukturiert und das Militär dieses nicht anders kann? Ich kenne Übungen im zivilen Bereich, wo Militär und zivile Verwaltungen zusammen arbeiten. Das geht normalerweise in die Hose, weil die zivile Verwaltung einfach nicht in der Lage ist, etwas vernünftig zu planen; sorry.

Darauf hätte ich ganz gerne sowohl von Herrn Kloke-Lesch als auch von Herrn Hermle eine Antwort.

Tabatabai, Leiter des GTZ-Büros in Kabul

Ich wollte versuchen, eine Brücke zu schlagen zwischen diesem Panel und dem vorherigen Panel und sagen, dass unsere Erfahrung in Afghanistan zeigt, es ist "Schwerter *und* Pflugscharen". Wir haben von Sicherheit gesprochen, aber wir haben leider viel zu selten das Wort *human security* genommen. Prof. Czempiel sagte, Sicherheit besteht, wenn ein Land nicht von außen bedroht wird. Das ist zu kurz gesprungen, denke ich. Sicherheit besteht, wenn der Bürger Rechtssicherheit hat, in Würde und Frieden leben kann und in Brot und Arbeit ist. Und das geht nur, und da stimme ich Herrn Botschafter Steiner zu, wenn das auch extern mit gesteuert, mit beeinflusst wird. Es gibt Situationen - Afghanistan ist so ein Beispiel - wo das endogen nicht geht. Wir EZ-Organisationen sind uns vor Ort einig, und ich bin auch der Überzeugung, wir würden heute sehr, sehr wahrscheinlich in Kabul nicht mehr sein, wenn es ISAF und Bundeswehr dort nicht gäbe. Wenn es gelingt, dieses Modell auf Kundus zu übertragen - dass die Rollen klar verteilt sind und die Bundeswehr dort Sicherheit ausstrahlt, ohne den einzelnen Entwicklungshelfer in einem Konvoi zu begleiten, was einfach bei der Zielgruppe sozusagen, bei der Dorfbevölkerung usw. nicht verstanden würde -, dann wäre das ein Modell, das greifen kann. Und ich

denke, da ziehen wir dann auch an einem Strang. Wir wollen das Land stabilisieren. Wir wollen, dass das Land wieder Frieden findet und die Leute auch wieder vernünftig leben können. Wenn man dieses Modell aus Kabul nach Kundus übertragen würde, wären wir schon einen sehr großen Schritt weiter. Letzter Appell: Es wurde auch hier gesagt, wir brauchen sehr schnell ein ressortübergreifendes *policy*-Papier, wo Rollen, Ziele, Akteure usw. genau definiert sind. Das haben wir meines Wissens noch nicht, oder jedenfalls ist mir das nicht bekannt. Und daran sollten wir sehr schnell arbeiten, damit wir wirklich noch effizienter arbeiten können.

Dr. Hans-Joachim Heintze, Ruhr-Universität Bochum

Ich war überrascht, dass das Panel etwas überrascht war, dass Kriegsministerien umbenannt wurden in Verteidigungsministerien. Meines Erachtens ist das ganz einfach zu erklären. Mittlerweile hat sich die Rechtslage geändert und heutzutage darf keiner mehr zum Kriege schreiten, ohne dass er sich auf die Charta der Vereinten Nationen berufen kann. Daran schließt sich meine Frage an. Die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Organen in solchen Konfliktregionen muss sich auf einer Rechtsgrundlage abspielen. Und mir scheint, dass bei dieser Zusammenarbeit Rechtsgrundlagen sehr oft verwischt werden. Wenden wir also Kriegsrecht an, wenden wir Friedensrecht an? Solche Fragen sind meines Erachtens wenig diskutiert wor-

den, weil man oftmals den Eindruck hatte, es musste irgendetwas getan werden und dann wurde es getan, ohne groß über die Rechtsgrundlagen nachzudenken. Meine Frage also an Sie, auf welcher Rechtsgrundlage spielt sich die Zusammenarbeit von Militär und Zivil ab?

Heiko Werner, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Ich bin gerade aus Kundus zurück. Meine Mitarbeiter sind weltweit aktiv, und ich finde insgesamt die Fragestellung recht akademisch, weil ich ehrlich sagen muss - ja, die Standpunkte von Herrn Hermle und Herrn Dora, den ich übrigens glaube ich mal als Kommandeur hatte, sind mir vertraut -, allein wir machen das so, wie es gerade passt. Ich habe meine Leute mit heiler Haut ohne Militär aus dem Irak, aus Bagdad rausbekommen. Ich habe meine Leute in Afghanistan und im Kosovo sehr eng mit der Bundeswehr arbeitend. In Liberia oder Sierra Leone arbeite ich mit der nigerianischen Armee oder mit den Tunesiern zusammen. In Somalia bin ich ganz ohne Soldaten, und es funktioniert alles. Und ich finde eigentlich, es ist viel besser, wenn man das einfach als einen Werkzeugkasten betrachtet. Ich gebe natürlich dem General Dora recht, eine Ressortabstimmung, das ist eine Herkulesarbeit. Und mir graut vor jeder Sitzung, wo BMI, BMZ, AA und BMVg versuchen, einen einheitlichen Nenner zu finden. Da wird mir manchmal schlecht, das muss ich leider sagen, auch wenn es meine Arbeitgeber sind. Und da würde ich mir wünschen, dass wir effizienter sind. Herr Hermle, ich teile da nicht Ihre

Auffassung, dass das an irgend jemandes Pfründe geht. Und ich beneide die NGOs, vor allen Dingen VENRO um seine finanzielle Ausstattung gegenüber mir als kleiner Bundesanstalt.

Dr. Dirk Messner

Ich greife drei Elemente kurz heraus. Herrn Heintze und die Dame von der Böll-Stiftung würde ich in ihrem Plädoyer dafür, dass wir Regeln und Rechtsgrundlagen für diesen Typus von Interventionen dringend brauchen und weiterentwickeln müssen, gern unterstreichen wollen. 18 bis 25.000 private Söldner sind im Irak unterwegs. Es ist ein rechtsfreier Raum. Für die gelten keine Regeln. Deren Kriegsverbrechen sind nicht justiziabel sozusagen - eine Riesenrechtslücke. Und die Frage, die die Dame von der Böll-Stiftung gestellt hat, wann greifen wir denn militärisch ein? Wann halten wir das für gerechtfertigt?, halte ich für sehr, sehr wichtig. Wir brauchen dafür Regelwerke, sonst kriegen wir Glaubwürdigkeits- und Legitimationsprobleme. Mein Vorschlag wäre, die Kriterien, die wir für den ICC entwickelt haben - Genozid, Völkermord, schwerste Menschenrechtsverletzungen -, sollten auch die Kriterien sein, die Grundlage für die Diskussion über militärische Einsätze sein könnten.

Zweite Bemerkung, das Zusammenspiel von Militär und Entwicklungspolitik in der Solana-Strategie. Ich würde sagen, beide Seiten haben noch einen großen Bedarf, Dinge ganz neu anzufassen und

Dinge hinzuzulernen. Ich stelle mir vor, ich komme nun nicht aus dem Bereich, dass die Bundeswehr und andere Militärs, deren Referenzrahmen jahrzehntelang Landesverteidigung oder Besetzung von Ländern waren, eine völlig neue Strategie und dann auch operative Dinge entwickeln müssen, wenn es plötzlich darum geht, in diesen neuen Strukturen Frieden und Sicherheit zu schaffen, nicht als Besatzer aufzutreten und mit unterschiedlichsten Akteuren zusammen zu arbeiten. Das scheint mir genauso kompliziert zu sein und eine genauso große neue Herausforderung, wie sie sich für die Entwicklungspolitik stellt, die diese neuen Herausforderungen einbringen muss. Also mein Eindruck ist, beide Seiten stehen da für so etwas wie einen Paradigmenwechsel und müssen Dinge neu aufeinander abstimmen.

Verteidigungspolitik und Sicherheitspolitik aus der deutschen Perspektive würde ich sagen, klassische Verteidigungspolitik im Sinne von "wir müssen unsere territoriale Integrität verteidigen", sehe ich im Augenblick nicht. Das scheint mir nicht das Bedrohungsszenario zu sein. Deswegen müssen wir Strategien entwickeln, um das, was wir als globale Trends und Dynamiken wahrnehmen in Bezug auf ihre Relevanz für deutsche, europäische Sicherheit zu überprüfen. Im übrigen gab es ja schon 1994 ein Weißbuch der Bundeswehr, das mit diesem Konzept einer erweiterten Sicherheit im Sinne einer komplexen Wahrnehmung von Sicherheitsrisiken gearbeitet hat. Das hat

nur in dieser Phase Mitte der 90er Jahre nicht zur Umstrukturierung der Bundeswehr geführt, sondern zunächst mal alles beim alten gelassen. Erst jetzt nach dem 11. September wird deutlich, dass diese Sichtweise, die da schon andiskutiert worden war, natürlich auch strukturelle Veränderungen nach sich ziehen muss.

MDg Adolf Kloke-Lesch

Ich will versuchen, das im Stichwortverfahren zu machen. Erstens, Anwendungsfälle. Ich wollte das deutlich machen, ich hoffe es ist deutlich geworden, dass eben zwischen Irak- und Afghanistan-UN-Einsätzen fundamentale Unterschiede bestehen und dass man die Sachen eben auch einzeln bewerten muss. Es geht nicht um die Frage, Militär überhaupt, sondern um welche Situation. Das berührt dann auch die Rechtsgrundlagen. Ich finde, dass die kanadische Kommission "The Responsibility to protect" die Sachen relativ gut ausgearbeitet hat; auf der Grundlage kann man weiter arbeiten, und das Blue Ribbon Panel des Generalsekretärs wird möglicherweise diese Fragen auch aufgreifen.

Zweitens, die PRTs Ich denke, es ist ein sehr gutes Beispiel. Auch das wollte ich noch deutlich machen, denn wir haben es hier geschafft, uns mit einem ISAF-PRT zu positionieren. Wir haben es durch die Positionierung der Bundesregierung bekommen, das aus *Enduring Freedom* herauszuoperieren. Und deshalb habe ich darauf hingewiesen, dass es ganz wichtig ist, in welchem Kontext wir operieren. Es

wäre für die Entwicklungspolitik nicht möglich gewesen, in einem PRT zu arbeiten, das mit einem Kampfeinsatz verbunden ist. Dieses ist ein Milieu, in dem wir nicht arbeiten könnten. Insofern ist die rechtliche Grundlage ganz wichtig. Und da komme ich zu dem, was angesprochen ist. Es gibt rechtliche Grundlagen in dem Bereich.

Drittens, die EU: Es wird oft übersehen, dass der Göteborg-Aktionsplan eine ganze Fülle von Aktivitäten des entwicklungspolitischen Bereiches enthält. Leider ist durch die Trennung in Rat und Kommissionsbereich auf europäischer Ebene die große Tendenz da, dass praktisch die militärische Seite und die außenpolitisch zivile Seite immer zusammengedacht werden und dass die entwicklungspolitische Seite bei der Kommission immer hinten runter fällt. Da gibt es ein Programm, das muss stärker wahrgenommen werden. Wir müssen das vielleicht auch selbst noch stärker herausstellen.

Dann zu dem Problem der unterschiedlichen Strukturen. Es stellt sich schon die Frage, ob die militärische Struktur, die so sein muss wie sie ist, geeignet ist, komplexere Entwicklungsprozesse zu begleiten. Oder ob nicht die Strukturen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit herausgebildet haben mit der ganzen Vieltätigkeit der Zugänge von politischen Stiftungen, von NGOs, von staatlichen, gepaart mit diplomatischen Instrumenten -, nicht durchaus ein problemadäquates

Instrumentarium sind, das sich ja gerade deshalb auch so entwickelt hat. Und da ist möglicherweise auch eine Grenze sozusagen für ein tatsächlichen gesellschaftlichen Transformationsprozess unter rein militärischer Ägide. Herr Liebetanz, wir können gerne darüber sprechen, die Friedensfachkräfte zu verdoppeln, wenn Sie beim Haushaltsausschuss das Geld dafür holen. Immerhin sind wir jetzt bei ungefähr 200 angekommen, und ich kann auch nicht hingehen und sagen, wir kürzen die Arbeit der politischen Stiftungen, um diesen Bereich auszudehnen, denn die leisten auch einen entsprechenden Beitrag.

Zu der Frage nach den Evaluierungen. Wir haben gerade eine Evaluierung zur good governance Förderung unter schwierigen Rahmenbedingungen abgeschlossen. Da sind Länder wie Angola, Kambodscha usw. mit sehr interessanten Empfehlungen durchleuchtet worden. Ich glaube, das ist in diesen Tagen oder demnächst öffentlich zugänglich. Und grundsätzlich denke ich mal, wir sollten uns nicht darum herummogeln: Wir haben eine Zielkonkurrenz. Die Ziele sind alle relativ gleich legitim. Wir haben begrenzte Ressourcen. Die Frage ist, in welche Richtung lösen wir das Problem. Also ist diese Gesellschaft bereit, mehr für die, sagen wir mal äußere Sicherheit im weiteren Sinne aufzuwenden?

General Johann-Georg Dora

Es wurde der Unterschied zwischen Kosovo und Afghanistan angesprochen. In

der Mentalität, in dem *approach*, wie die Leute vorgehen, ich kann das nur unterstreichen. Wenn Sie im Kosovo sind, und ich war vor nicht sehr langer Zeit da und werde sehr bald wieder da sein, dann empfinden Sie so etwas wie *no future*. Es entwickelt sich nichts, es tut sich nichts. Unsere Soldaten, die nach zwei Jahren wieder dahin zurückkommen sagen, da hat sich nichts verändert. Es ist eher schlimmer geworden. Wenn Sie nach Afghanistan gehen, ich überzeichne bewusst etwas, verstehen Sie Aufbruchstimmung in jeder Hinsicht, ob in Kundus oder Kabul oder in anderen Städten. Wo auch immer Sie hingehen, jeder will etwas, jeder will den Frieden und tut etwas dafür. Und derjenige, der auch etwas dafür tut von außen, ist herzlich willkommen.

Die Befindlichkeiten untereinander zwischen Organisationen, die eigentlich das gleiche Ziel haben, das können wir uns nicht erlauben. Wir können uns da keine Befindlichkeiten erlauben, ob der eine mehr oder weniger, ob der eine den anderen verschlingt oder ob der eine mehr oder weniger tut. Das verstehen die Menschen nicht. Wir müssen ganz einfach etwas tun.

Zu den Kriterien für Interventionen militärischer Art. Es gibt leider keine Vorratsbeschlüsse, weder bei der UNO noch bei der NATO, noch bei der Bundesregierung. Aber es gibt doch klare Rahmendaten, die allerdings durch die Politik gesetzt werden, die dann sagt, wann setze ich Militär wie in welchem Rahmen ein

und wann nicht. Ultima ratio unterschreibe ich allemal. Es drängt sich keiner unserer Soldaten dazu, ob General oder Gefreiter, irgendwo hin auf dieser Welt zu ziehen und für welches Ziel auch immer zu kämpfen.

Zum Mohnanbau und der Sicherheit. Natürlich kommen 80 % des Heroins mittlerweile aus dem Großraum Afghanistan. Korrekt. Aber es bringt absolut nichts, wenn jetzt Soldaten hergehen und diesen Mohn verbrennen, bombardieren, ihn unbrauchbar machen. Das würde das Problem nicht lösen, schon gar nicht mittel- und langfristig. Mittel- oder langfristig, aber auch kurzfristig geht es nur, wenn wir dort Kompensation schaffen, wenn wir den Leuten die Möglichkeit geben, nicht Mohn anzubauen, sondern anderweitig ihr Geld zu verdienen. Und das geht nicht, indem ich den Leuten ein Handgeld in die Hand drücke, wie der britische *approach* war: "Gebt dem Mann tausend Dollar, und dann klappt das schon." Im nächsten Jahr bauen sie wieder Mohn an. Das muss ich anders lösen. Da muss ich auch die Industrie, die dort vor Ort vorhanden ist, entsprechend unterstützen. Ich muss dort keine Chip-Fabrik hinbauen, ganz bestimmt nicht, aber in Afghanistan, in Kundus, werden wunderschöne Schuhe hergestellt. Da wird wunderschöne Kleidung hergestellt. Warum bestellt man nicht etwas? Warum lassen wir da nicht etwas produzieren?

Zu der Bevölkerung, den Frauen, der Sicherheit. In jeder Provinz wird das etwas

anders ausschauen. Nur wir müssen als Militär - und so verstehen wir unseren Auftrag - dafür sorgen, dass wir nicht Partei sind, dass wir uns nicht jemandem anschließen, sprich einer Volksgruppe, den Paschtunen oder den Turkmenen oder wem auch immer, sondern dass wir in Afghanistan, um mit diesen Worten zu sprechen, für Karsai tätig sind und das, was die Weltgemeinschaft festgelegt hat. Und damit sorgen wir auch dafür, dass die Verfassung, die sich die Afghanen gegeben haben, in die Tat umgesetzt wird. Im Kosovo ist das viel problematischer. Da sind Sie nämlich sehr schnell Partei. Weil Sie einen Serben schützen, sind Sie plötzlich ein Serben-Freund. Weil Sie irgend einen Albaner daran hindern, etwas zu tun, was er nicht darf, sind Sie plötzlich ein Albaner-Feind. Das ist sehr schwierig darzustellen. Das ist in Afghanistan ein bisschen einfacher.

Zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik generell. Es ist richtig, dass die sicherheitspolitischen Kriterien eng gefasst sein müssen. Wir können es nicht beliebig halten, nicht für jeden etwas dabei haben. So einfach geht das nicht, das ist zu schön. Und das waren eigentlich die Punkte, obwohl ich gern noch mehr sagen würde.

Dr. Reinhard Hermle

Ich würde ganz gerne das Stichwort oder die Frage nach den Ressentiments aufgreifen, ob das nicht letztlich der Grund dafür ist, dass wir uns ein bisschen schwer tun. Ich will nicht ausschließen,

dass das da und dort irgendwo eine Rolle spielt. Es ist ganz bestimmt nicht so, dass man überall so nonchalant in der Sache umgeht, wie der Kollege, der vorhin davon gesprochen hat. Ich halte es für eine wirkliche Herausforderung. Bei Bereichen, deren Zielsetzungen und Logiken wirklich zunächst mal sehr unterschiedlich sind, die man aber zusammen bringen will, ist sehr sorgfältiges Prüfen und Überlegen, die Abwägung der Chancen und Risiken eine notwendige und zwingende Übung. Und das würde ich jetzt nicht, auf einfache Gefühle zurückführen wollen, die glaube ich hier nicht am Werk sind. Im Gegenteil, ich kann Ihnen sagen, wir hatten als VENRO vor vier Wochen einen Workshop gemeinsam mit der Bundeswehr über die Erfahrungen, die im Kosovo gemacht wurden. Es gibt da bereits ein Zusammengehen, aber dass man die Fragen, die anstehen, ernsthaft prüft - wann wer wo aufgrund welcher Analyse - ist unerlässlich. Und Herr Brock, ich bin noch nicht ganz sicher, ob es richtig ist, von einem engen Sicherheitsbegriff auszugehen, aber das sollte man vielleicht wirklich noch mal weiter diskutieren. Ob interveniert wird, sei es zivil oder militärisch, das glaube ich ist des Schweisses des Edlen wert.

Lassen Sie mich noch hinzufügen, dass ja nicht nur die deutsche Erfahrungen hier relevant sind. Ich finde, dass wir in Deutschland eine relativ solide und vernünftige Debatte darüber führen, dass wir auch hier wirklich offen und vernünftig miteinander umgehen. Es speisen sich ei-

ne Reihe von NRO-Vorbehalten vor allem aus der amerikanischen Erfahrung. Also das Konzept der *provincial reconstruction teams* in Afghanistan *à l'américain* ist für NGOs nicht akzeptabel. Und das haben wir aber nicht in Deutschland. Und daher brauchen wir eine etwas andere Ausgangslage.

Schließlich die letzte Frage, weil die sehr konkret war: VENRO würde sich weigern, in Kundus mitzuarbeiten. Also zunächst einmal, VENRO könnte das gar nicht, weil VENRO ein Dachverband ist und jedes Mitglied hat zunächst einmal autonom für sich zu entscheiden, was es tut und was es nicht tut. Wir hätten überhaupt nicht die Kompetenz und die Möglichkeit, hier Direktiven zu erteilen, tut das oder unterlässt jenes. Also wer etwas tut, tut das auf eigene Verantwortung. Es gibt NROs, die im Kundus tätig sind, und soweit ich das gehört habe, läuft das auch insgesamt ganz positiv und gut. Es gab gelegentlich mal Probleme, aber die sind jetzt nicht so gravierend, dass man da einen Riesenfall draus machen müsste. Also so gesehen, ist die Aussage einfach nicht richtig.

Peter Croll

Ich bedanke mich bei Ihnen allen, bedanke mich insbesondere bei den Panelisten. Ich werde nicht versuchen, das zusammenzufassen. Vielleicht nur den einen Satz, dass es in der Tat Zielkonflikte gibt und dass ich dieses Panel und diese Diskussion als eine erste Annäherung zu ei-

nem Schulterschluss empfunden habe. Ich bedanke mich bei Ihnen. .

Panel 3: Die Reform des Sicherheitssektors als Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit

Begrüßung: Dr. Otto Lampe, Leiter des Arbeitsstabes Globale Fragen

Wir haben heute spannende Themen und spannende Panelisten auf dem Programm: Reform des Sicherheitssektors, die Rolle der Akteure in Gewaltkonflikten, die Rolle der Unternehmen in Gewaltkonflikten. Und wir haben heute wieder einen prominenten Impulsgeber für unsere Diskussion. Nachdem wir gestern Anregendes und Ermahnendes von Prof. Czempiel aus der Sicht der Wissenschaft und Forschung gehört haben, erhoffen wir uns heute ebenso anregende, vielleicht auch sogar ermahnende Worte aus der Sicht der operativen Politik von Staatssekretär Erich Stather gleich zum Auftakt des zweiten Teils unserer Veranstaltung. Er wird über die Bedeutung der Sicherheitspolitik für die moderne Entwicklungspolitik sprechen. Man könnte es auch umgekehrt formulieren. Aber aus der Formulierung entnehme ich schon, dass Sie, Herr Staatssekretär, die Frage der Verknüpfung beider Politikbereiche positiv beantworten. Es geht also offensichtlich dann auch für Sie nicht mehr so sehr um das "ob", sondern um das "wie" der Vernetzung der beiden Politikfelder. Und da freuen wir uns sehr auf Ihren Beitrag. Sie brauche ich nicht vorzustellen, Sie sind allen hier im Hause bekannt. Weniger bekannt ist vielleicht, dass Sie vor Ihrer nunmehr sechsjährigen Tätigkeit als Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

seit 1998 Sie bereits Staatssekretär in Hessen waren. Bevor ich Ihnen das Wort erteile, möchte ich noch mal Bürgermeister Hauschild begrüßen, dessen Anwesenheit ich gestern schon angekündigt habe und der heute in persona bei uns ist. Ich hatte gestern gesagt, dass in den Bonner U-Bahnen ein Plakat hängt: "Frischer Wind für Bonn". Ich hoffe, wir haben etwas dazu beigetragen und vielleicht auch dazu beigetragen, dass das Projekt des Nord-Süd-Zentrums ein kleines bisschen nach vorn gebracht werden konnte. Vielen Dank, dass Sie bei uns sind.

Einführungsreferat: Staatssekretär

Erich Stather, BMZ

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob es mir gelingt, den Anspruch zu erfüllen, die beiden Politikfelder Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik so eng zu verknüpfen, wie Sie es in der Ankündigung getan haben. Ich würde ganz gerne beginnen mit einem Problem, das ich mit dem Begriff Paradigmenwechsel beschreibe. Wir hatten eigentlich erlebt, dass mit dem berühmten 11. September die Entwicklungspolitik wieder stärker in den Fokus der öffentlichen Meinung gerückt ist, dass ihre Bedeutung auch zugezogen hat, dass allseits auch von den anderen Politikfeldern und insbesondere von den großen Politikfeldern erkannt wurde, wie bedeutend Entwicklungspolitik unter dem Stichwort *Frieden*, und zwar für die ganze Welt, sein kann.

Es ist aber zu spüren, dass sich, im letzten halben, dreiviertel bis etwa einem Jahr, eine völlig neue Diskussion eingeschlichen hat, und die verbindet sich mit dem Begriff Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik. Es ist zunehmend zu spüren, dass die Frage der Sicherheitspolitik die der Entwicklungspolitik überlagert. Wenn Sie Diskussionsrunden im Augenblick erleben, die sich mit diesem Thema beschäftigen, werden Sie immer wieder darauf stoßen, dass zunehmend betont wird, zunächst gehe es darum, die Sicherheit herzustellen. Erst dann könne man über Entwicklung reden. Und es gipfelt sogar in der Einschätzung - ich darf ruhig sagen, bei der SWP sitzen ein paar ganz prägnante Vertreter dieser Theorie - die sagt, man solle die Aufwendungen für Entwicklungspolitik zunächst mal ganz auf den Sicherheitssektor konzentrieren und dann erst später, wenn die Sicherheit hergestellt ist, könne man sich vielleicht entwicklungspolitischen Fragen widmen. Ich verkürze und spitze etwas zu, aber ich halte es für eine sehr schwierige und gefährliche Diskussion, weil sie eigentlich der Einschätzung der Entwicklungspolitik überhaupt nicht entspricht.

Wir sagen, ohne Entwicklung ist kein Frieden möglich. Das hat für uns eindeutig Vorrang, bevor wir sagen, ohne Frieden keine Entwicklung. Jetzt leben wir in dem Spannungsfeld mit unserem Politikfeld, aber zunächst mal ist Entwicklungspolitik das Politikfeld, das auch unter dem Angehen der zentralen Themen in

den Ländern eine wichtige Komponente ist, dass Frieden hergestellt werden wird. Wir erleben die Diskussion auch ganz konkret in Diskussionen z. B. beim DAC wo darüber diskutiert wird, inwieweit Dinge, die sich im Sicherheitsbereich abspielen, auf die öffentliche Entwicklungshilfe anrechnungsfähig sind. Die deutsche Linie ist in diesem Fall relativ, man kann sagen konservativ, weil wir glauben, man kann die ODA-Anrechnungsfähigkeit nicht x-beliebig öffnen. Es gibt aber andere Länder, und zunehmend sind es auch die neuen Mitgliedstaaten der EU übrigens, die da auf der von mir erwähnten Linie fahren.

Der zweite Punkt, der sich dahinter verbirgt und den ich auch für hochinteressant halte, ist, dass wir von unterschiedlichen Sicherheitsbegriffen ausgehen. Die Leute, die davon sprechen, dass es zunächst wichtig ist, den Blick auf *failing states* oder *failed states* zu richten und dort die Sicherheit herzustellen, meinen am ende eigentlich die Sicherheit in unseren Ländern, also z. B. Deutschland, in Europa, in den Vereinigten Staaten. Wir aber von der Entwicklungspolitik definieren Sicherheitspolitik, oder die Herstellung von Sicherheit, ein bisschen anders. Wir gehen davon aus, welche Sicherheiten haben die Menschen in den Partnerländern oder dort wo die Staaten zerfallen? Also wie ist es mit der Sicherheit der Menschen in Côte d'Ivoire, in Liberia, in Simbabwe, im Kongo? Das ist ein unterschiedlicher Ansatz, und ich will nur noch mal deutlich machen, hier gibt es

eine Diskussion. Und ich glaube, ich darf das so sagen, ohne defensiv zu wirken, wir müssen von der entwicklungspolitischen Seite streng darauf achten, dass unser Politikfeld hier nicht vereinnahmt wird für etwas, was wir auch für wichtig erachten, aber was für uns nicht das zentrale Thema der Entwicklungspolitik ist. So viel abweichend von dem, was ich Ihnen zur Bedeutung der Entwicklungspolitik für die moderne Sicherheitspolitik hier sagen soll.

Die Bundesregierung bekennt sich hier, wie auch die Europäische Union in ihrer europäischen Sicherheitsstrategie, zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff, und demzufolge umfasst für uns Sicherheit politische, wirtschaftliche, ökologische und auch die soziale Stabilität gleichermaßen. Wir nennen dieses Konzept in der Entwicklungspolitik häufig menschliche Sicherheit. Es stellt die Sicherheit jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt und beschränkt sich nicht auf die Sicherheit von Staaten oder Regierungen. Nach unserer Auffassung ist extreme Armut, Perspektivlosigkeit, politische und soziale Entrechtung, Rechtlosigkeit und Gewalt der Alltag von Millionen Menschen. Und die Gefahr ist groß, dass der Weg in eine Gewaltspirale beschritten wird. In den schlimmsten Fällen kann es zum Zerfall von ganzen Staaten führen, und deutlich wird dabei, dass wir durch unsere entwicklungspolitischen Möglichkeiten durchaus Chancen und das Handwerkszeug haben, dort den Frieden herzustellen.

Aber es wird auch Einzelfälle geben, wo man andere Komponenten, nennen wir sie militärische Komponenten, mit einsetzen muss. Wir sehen das in Afrika, wir sehen das, worauf ich nacher noch komme, bei den verschiedenen Modellen, die sich in Afghanistan entwickeln. Die deutsche Entwicklungspolitik will einen Beitrag dazu leisten, dass latente Konflikte nicht in akute gewaltsame Auseinandersetzungen umschlagen. Uns geht es in unserer Entwicklungspolitik um den Abbau struktureller Konfliktursachen und die Unterstützung gewaltfreier Konfliktregelungsmechanismen. Wir verfügen über eine Vielzahl von Instrumenten, mit denen wir sowohl präventiv agieren können, als auch auf akute Konfliktlagen reagieren oder einwirken können. Programme der Armutsbekämpfung, der Gesundheitsvorsorge, Bildungsprogramme, die eher zu den klassischen Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit gehören, können innenpolitischen Auseinandersetzungen in den Partnerländern die Schärfe nehmen. Vor allem kommt aber Programmen der beruflichen Bildung eine besondere Bedeutung zu, weil sie jungen Menschen eine gewaltfreie Zukunftsperspektive eröffnen helfen, wenn sich dahinter auch neben der Ausbildung die Chance auf eine tatsächliche Berufsausübung anschließt.

Armut ist keine hinreichende Erklärung für die Eskalation von Konflikten alleine. Es gibt eine Reihe von Staaten, die sich einer bedrückenden Armutssituation ge-

genüber sehen, ohne dass sie akut oder aktuell im Chaos versinken. Die Entwicklungspolitik hat diese Erkenntnis in den letzten Jahren in ihrer Zusammenarbeit dadurch Rechnung getragen, dass wir uns verstärkt um die politischen Rahmenbedingungen und um eine verantwortliche Regierungsführung in den Ländern kümmern. Die Unterstützung von Rechts- und Verwaltungsreformen, die Stärkung parlamentarischer Kontrollfunktionen und der Aufbau einer Justiz, die Zusammenarbeit im Menschenrechtsbereich, kurz all das, was wir heute unter dem Begriff "good governance" verstehen, zielt darauf, Konfliktpotentiale durch Transparenz, Rechenschaftspflicht und demokratische Partizipation abzubauen.

Klar ist aber auch, dass der krisenpräventive Charakter von Entwicklungspolitik sich nicht in der Armutsbekämpfung und der Förderung von Demokratie, Partizipation und Konfliktlösungsmechanismen erschöpft. Die Entwicklungspolitik verfügt auch über ein ganzes Set an spezifischen konfliktpräventiven Instrumenten. Ich denke hierbei vor allem an den von uns neu eingerichteten zivilen Friedensdienst, für den mittlerweile 168 Friedensfachkräfte entsandt sind mit dem Ziel, in lokalen Konflikten oder lokalen Krisensituationen Friedensinitiativen zu stärken oder aufzubauen oder auszubauen. Der Beitrag dieser Friedensfachkräfte ist enorm und vielfältig. Er umfasst die Vermittlung von Methoden der Konfliktbearbeitung, aber auch Versöhnungsarbeit und Traumaaufarbeitung. Dazu kommen

noch die Maßnahmen der Kirchen und die sehr verdienstvolle Arbeit der politischen Stiftungen insgesamt. Die Nichtregierungsorganisationen unterstützen eigenständige Prozesse in den Entwicklungsländern, die auf die Etablierung gewaltfreier Konfliktregelungsmechanismen und die Entwicklung von innergesellschaftlichem Friedenspotential ausgerichtet sind.

Wir wissen heute, dass Demobilisierung, Entwaffnung, Rehabilitierung und Reintegration in Postkonfliktphasen für die Wahrung des Friedens von entscheidender Bedeutung sind. Die deutsche Entwicklungsarbeit hat durch ihr umfangreiches Engagement in verschiedenen Ländern Afrikas, etwa im Kongo, aber auch in Sierra Leone, in Burundi und in Liberia einen reichen Erfahrungsschatz gesammelt. Allein für das große Demobilisierungsprogramm in der Region der Großen Seen, also im Kongo und anverwandte Gebieten, stellen wir ca. 30 Mio. Euro zur Verfügung.

Durch die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit wie etwa in der Unterstützung Flußgebietskommissionen oder von Regionalorganisationen wie etwa SADEC trägt die Entwicklungspolitik zur Konfliktprävention bei. Wir sind nach und nach dabei, die Zusammenarbeit sowohl inhaltlich als auch finanziell mit den Regionalorganisationen zu verstärken. Die Stärkung der regionalen Sicherheitsstrukturen im Rahmen des G8-Afrika-Aktionsplans ist das ausgewiesene

Ziel unseres deutschen Beitrags. Die Unterstützung afrikanischer Ausbildungszentren zur Vorbereitung von Friedenseinsätzen ist ein gutes Beispiel für die Kooperation zwischen den verschiedenen Ressorts, in diesem Fall des AA, des Verteidigungsministeriums und des BMZ. Prominentestes Beispiel ist dabei das Kofi Annan International Peace Keeping Training Center in Ghana, das im Januar d. J. eingeweiht wurde.

Die Reform des Sicherheitssektors in den Entwicklungsländern ist ein Thema, das die Entwicklungspolitik inzwischen verstärkt aufgreift. In vielen Ländern sind gerade Armee und Polizei Ursache von Unsicherheit. Die Stärkung von demokratischen und zivilen Kontrollstrukturen ist daher einer unserer Schwerpunkte in diesem Bereich. Gerade in Postkonfliktsituationen, in denen ein zumeist zerrütteter oder deligitimierter Sicherheitssektor wieder aufgebaut werden muss, bieten sich Möglichkeiten der Kooperation zwischen Entwicklungs- und der Sicherheitspolitik an.

So eng wie der Zusammenhang zwischen Frieden und Entwicklung ist, so wichtig ist auch die Verzahnung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik bei der Bewältigung der heutigen Herausforderungen. Dabei geht es der Bundesregierung an erster Stelle um die Prävention, wie dies auch in unserem gemeinsamen Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" deutlich wird, an dem eine Reihe von

Ressorts beteiligt waren und der unter der Federführung des AA entstand. Und ich glaube, dass die Entwicklungspolitik und unser Haus der entscheidende Zulieferer und Faktor dabei war. Erhöhung der Kohärenz und enges Zusammenwirken verschiedener Politikbereiche sind für uns die Wege, um vorhandene Möglichkeiten zu stärken. Der Aktionsplan der Bundesregierung beschreibt dabei 163 gegenwärtige und zukünftige Aktionen der deutschen Politik.

Entwicklungspolitik zeichnet sich durch ihren Prozesscharakter aus. Sie richtet sich an den Prinzipien der Partnerorientierung der nachhaltigen Strukturbildung aus. Nur wenn die Entwicklungsagenda tatsächlich auch die Agenda der Partner ist, wenn die zur Erhaltung notwendiger personeller und materieller Ressourcen dort langfristig bereit gestellt werden können und wir bereit sind, politische Veränderungsprozesse auch dann zu akzeptieren, wenn sie nicht unserem Wunschbild entsprechen, können angestoßene Veränderungsprozesse von Bestand sein. Entwicklungspolitik ist ein eigenständiges Politikfeld mit einem eigenständigen Zielkatalog, wie er in der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen festgelegt ist. Schon aus diesem Grunde ist es wichtig und notwendig, eine klare Trennung von entwicklungspolitischen und militärischen Aufgaben und deren Finanzierung zu garantieren. Dies schließt einen abgestimmten Einsatz der jeweiligen Instrumente und eine enge Kooperation zwischen den Politikberei-

chen, wie wir sie in Afghanistan, insbesondere bei den PRTs in Kundus und möglichen weiteren haben, aber auch beim Aufbau der afrikanischen Ausbildungszentren für Friedenseinsätze, nicht aus. Auch wenn es getrennte Verantwortlichkeiten gibt, entscheidend ist die gemeinsame Verantwortung, die wir z.B. in Afghanistan übernehmen. Die Durchführung ziviler wie militärischer Krisenmanagementaktionen mag bisweilen notwendig sein. Der langfristig wirksamste Beitrag zur globalen Sicherheit ist aber der Abbau struktureller Konfliktursachen. Hier setzt unsere Entwicklungszusammenarbeit ein.

Dr. Otto Lampe

Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. Sie haben uns wirklich sehr, sehr viele und wie ich meine auch weiterführende Impulse für unsere Arbeit gegeben. Besonders gefreut habe ich mich natürlich und die Kollegen vom AA, dass Sie die Kohärenz der Bundesregierung hier so angesprochen und auch den Aktionsplan "Zivile Krisenprävention" hervorgehoben haben, mit dem wir ja gemeinsam versucht haben, in diesem Bereich als Bundesregierung voran zu kommen. Ich meine auch, dass das gelungen ist. Auch mit dieser Veranstaltung wollen wir einen Beitrag zur Kohärenz leisten, denn wir sind ja hier zu viert, wie Sie der Tafel entnehmen, und ich denke, das ist ein Format, das auch für die Zukunft gelten kann. Wir möchten jetzt mit dem ersten Panel beginnen. Herr Hoffmann hat jetzt die Leitung. Vielen Dank.

Panel 3

Moderation: Bernd Hoffmann, GTZ Eschborn

Herr Staatssekretär, meine Damen und Herren. Ich begrüße Sie zu dem heutigen ersten Panel dieses Tages zu dem Thema "Reform des Sicherheitssektors als Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit". Ich freue mich, dass ich Sie durch dieses Panel begleiten kann. Mein Name ist Bernd Hoffmann. Ich arbeite bei der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit in Eschborn bei Frankfurt.

Wir haben ein Thema, bei dem Sie, Herr Staatssekretär, dem politischen Rahmen eine Orientierung gegeben haben, und ich freue mich, dass wir auch an Diskussionen anschließen können, die wir schon gestern gehabt haben. Rechtssicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Demokratie und Entwicklung, für ein Leben ohne Angst vor Gewalt und Übergriffen eines unreglementierten, unkontrollierten Sektors, das war eine Aussage gestern. Politische Stabilität als ein wesentliches Ziel von Entwicklungspolitik ist ohne Sicherheit nicht vorstellbar. Dies war eine weitere Aussage. Also ein gemeinsamer Nenner, der auf die Bedeutung des Sicherheitssektors in Entwicklungsländern für die Entwicklungspolitik hinweist, aber auch darauf, dass dieses gleichzeitig ein zentrales Entwicklungshemmnis darstellen kann, wie auch ein funktionierendes Sicherheitssystem wesentliche Grundlage und Voraussetzung für Entwicklung und Frieden sein kann.

Insofern ist es nur folgerichtig, dass sich auch Entwicklungspolitik mit diesem Thema, und zwar zunehmend, befasst. Und es ist gar nicht so schwierig, diese Aussagen, so scheint es, die so selbstverständlich und anspruchsvoll gleichermaßen klingen, auf einen Konsens, auf ein Einvernehmen hinzuführen. Dennoch - warum dieses Thema heute? Ich zitiere aus einer Veröffentlichung vom BMZ, die da lautet: "Lange Zeit hat die Entwicklungszusammenarbeit einen großen Bogen um den Sicherheitssektor in Partnerländern gemacht. Sie kann sich heute nicht mehr so verhalten." Diese Äußerung stammt nicht aus den Gründerjahren des Ministeriums, also Anfang der 60er Jahre, sondern datiert vom Februar 2002, und sie weist damit darauf hin, dass dieses Thema unverändert eine große Aktualität einerseits, aber auch große Herausforderungen an alle Akteure in diesem Zusammenhang stellt.

Und damit sind wir beim Thema dieses Panels, das ich ganz gerne auch mit einigen Fragestellungen, die von den Panelisten angesprochen werden sollen, umreißen möchte. Die eine Fragestellung lautet: Warum hat Entwicklungspolitik so lange einen Bogen um das Thema gemacht? Hängt das mit einem Paradigmenwechsel zusammen? Und hat sie zwischenzeitlich die Kurve gekriegt? Befindet sie sich mit Energien, Reserven und mit Ressourcen ausgestattet unter dem Beifall von nationalen und internationalen Akteuren schon auf dem Weg in eine

Zielgerade mit einem klar definierten politischen Ziel und einer ebenso konkreten Umsetzungsstrategie?

Eine andere Fragestellung lautet: Wer sind eigentlich die Akteure über die und mit denen wir reden, wenn wir von diesem Thema sprechen, in den Entwicklungsländern? Und wie können wir überhaupt Reform des Sicherheitssektors, den Sicherheitssektor definieren, präzisieren? Und wie geht man mit einem Sicherheitssektor z. B. in einem fragilen Staat um? Auch das war eine Frage, die gestern auftauchte. Sollten wir nicht eine andere Frage, nicht nur von einem engen Begriff "Reform des Sicherheitssektors" ausgehen, sondern diesen Begriff sehr viel weiter definieren, so wie er in dem Papier der OECD zu "governance and civil security systems" zum Ausdruck kommt? Hierauf wird sicherlich Herr Manning eingehen.

Und wie gewinnt eigentlich Entwicklungspolitik Zugang zu einem Kerngebiet, hoch sensibel, hoch politisch, in Staaten, die ja dann möglicherweise kein Interesse haben, auch externe Akteure zuzulassen, wenn es sich um ein defektes System handelt? Ist dies nicht eher ein Feld für andere Akteure, für Kooperation zwischen Militär beispielsweise? Und welche Wege, welche Instrumente gibt es für Entwicklungspolitik? Und wie steht es nicht zuletzt mit grundlegenden Prinzipien der Entwicklungspolitik, die uns leiten, nämlich die Artikulation des Bedarfes selbst aus den Partnerländern, des politischen Willens, sich auf ein solches

Thema in der Kooperation einzulassen, auf diesen schönen Begriff der "ownership" und der Bereitschaft dazu, hier zu kooperieren? Und was sind die Instrumente, unsere Potentiale, die wir hier anbieten haben?

Und zuletzt: Wie ordnet sich dieses Thema in ein internationales Gefüge ein und sehr häufig auch in divergierende Interessen und konfliktive Zielvorstellungen anderer Politikbereiche, beispielsweise zwischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, zwischen Handel, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik? Wir freuen uns darauf, dass wir einige dieser Fragen in der nachgehenden Runde aufwerfen können, und zwar heute aus einer etwas anderen Perspektive. Einerseits aus einer internationalen Perspektive, auch aus einem Partnerland, und andererseits aus einer Perspektive heraus, die gleichermaßen, da freuen wir uns, dass auch Herr Professor Herrle hier ist, von unten kommt, oder darf ich wagen zu sagen, aus einer Außenseiterposition?

Ich freue mich, dass ich als erste Referentin Frau Nicole Ball begrüßen darf. Ich behaupte mal, dass Frau Ball fast jedem Mann, jeder Frau in diesem Raum bekannt ist. Wenn jemand, glaube ich sagen zu dürfen, in den letzten Jahren, über eine Vielzahl von Jahren Einfluss durch Beratung auf das Thema *governance, security*, Entwicklungszusammenarbeit in vielfältigster Weise genommen hat - und hier finden wir eine vorbildliche Kooperation von Wissenschaft, Politikberatung und

Einflussnahme -, dann ist es Nicole Ball. Die Liste ihrer Veröffentlichungen ist so lang, dass es nicht reichen würde, sie innerhalb dieses Panels zum Ausdruck zu bringen. Sie ist freie Gutachterin für die Weltbank, UNDP, für verschiedene Regierungen, Gastprofessorin an zahlreichen Universitäten und *think tanks* in den USA, *Visiting Senior Fellow* am Center for International Development and Conflict, *Senior Fellow* am Center for International Policy in Washington usw.. Sie war eine der ersten Forscherinnen, die den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Entwicklung nicht nur volkswirtschaftlich betrachtet haben, sondern auch auf den Bereich von *governance* und Reformen bezogen haben. Nicole, bevor Sie mit Ihrem Beitrag beginnen - und ich freue mich ausgesprochen, dass Sie hier sind - eine ganz kurze individuelle Frage. Wer sich so lange mit einem solchen Thema befasst, was war Ihr größtes Erfolgserlebnis und wo meinen Sie, das größte Versagen, wo hat es nicht funktioniert?

Nicole Ball, Center for International Policy, Washington

Thank you first of all, Bernd, for inviting me to be here: I would say that probably the biggest, and I would not say *my* biggest success, but *the* biggest success we have had in this area thus far is convincing the UK government to become involved and very actively interested in this about four or five years ago. And I would also say the biggest area of potential failure is that the UK

government has been involved in this area.

Our topic this morning is the security system reform as a task for development assistance. And what I am going to talk about fairly briefly is several ways in which development assistance in my view can most effectively promote security system reform. And before I get into that I just want to make a few general points.

First of all, the definition of security that I use is a people-centered definition of security. It focuses on providing physical security for people, for the communities they live in and for the states they live in. So it is both low-down, individual and quite broad. Secondly, I do use the OECD definition of security system which includes four categories of actors. The first is the core security actors that we think about most frequently, those that are carrying the weapons and that sort of thing, but also civil management and oversight bodies which are extremely important. These can include civilian groups such as civilian review boards, police complaints commissions and the like at various different levels of public oversight. Also justice and law enforcement institutions are extremely important and belong in this category as do the non statutory security forces that we know about and that can certainly have an effect on the quality of security in a country.

Now, thirdly, many of the actors in these four categories are at the national level. Many of them also are located at provincial and local levels. So we are not talking just about a group of national actors. Indeed it cuts across all the different actors in the country. And fourthly I want to say that civil society as a whole has a very important role to play here. Even though they are not part of this definition of the security system per se they have an extremely important role to play.

And finally, what does the security system reform mean? Well, I expect that Richard Manning is going to talk a bit about that perhaps. But for me there are six main categories of security system reform activities: First of all those activities that develop accountable and responsible and professional security bodies. Secondly, those activities that help to develop capable and responsible civil authorities to oversee those security bodies. Thirdly, activities that give a high priority to human rights protection and to the rule of law. Fourthly, activities that foster a capable and responsible civil society because civil society must be responsible in its activities. Fifthly, activities that promote the principle of transparency, and finally activities that develop regional approaches to security problems, because regional issues are extremely important. We know that here in Europe, but it certainly is important in other parts of the world as well.

Now I want to touch fairly briefly on five key issues regarding the role of development assistance in supporting security system reform. And the first issue is that development assistance does in my opinion have an extremely important role to play in supporting security system reform. The important word to pay attention to here is *supporting*, because the most successful external interventions are those that build on existing local capacity and take local ownership seriously and are for people who work in the development area. Of course this is not an unfamiliar concept.

Security system reform processes have to be locally owned and locally driven, because the principles that underlie security sector governance are applicable in all societies, and every country has nonetheless a unique history and a mode of operations that influences the way in which those principles are actually applied. It is very important, therefore, that those be given adequate room. External actors, including development assistance actors, can help build the commitment of the local stakeholders to reform, but they cannot and must not drive the process. Now, unfortunately in my experience there is a lot of confusion about who is in the famous driver seat, and that has not yet been sorted out in this area in any case. So this question of local ownership is important, but is a problem in my view.

The second point I want to raise here is that development assistance actors need to form partnerships with political and security actors in order to provide partner countries with the type of assistance that they require, and this is what we discussed a fair amount since yesterday. But it is evident, security system reform is a highly complex issue that cuts across a number of disciplines and areas, and it simply is not going to succeed unless those who on both sides of the equation, as it was said, actually work in a multi-disciplinary way.

Now, thirdly, in my view the most effective way for development assistance actors to undertake security related work is by integrating it into what they normally do, into broader development work. Many of the issues that in my view should be prioritized by development assistance actors in order to strengthen security system governance really are familiar to development actors from the work that they normally do, because development actors routinely support work aimed at strengthening public sector institutions, improving public sector governance, developing human and social capital. Some of the areas in which assistance has most often been provided include public expenditure analysis and management, anti-corruption activities, civil service and civil administration reform. Development assistance agencies also provide considerable support to democratization efforts and the promotion of social justice, human rights,

civil society strengthening and so on. All of this is really critical to security system reform.

Fourthly, all external actors including the development actors really need to have an understanding of what security system reform encompasses so that they can help local stakeholders understand the importance of tackling the problems of democratic governance. It is not that there is not an interest in security system reform in developing countries. Indeed, there often is. But the immediate problems of security are so much greater that there is a tendency to focus on that, and to focus on that first. Unfortunately there is a tendency on the part of the external actors as well to focus on security related issues, so that both development donors that have engaged in security related work to date and security related actors have tended to give greater emphasis to short term measures that are designed to stabilize the security environment in partner countries, than, in fact, to the issue of security, the broader issues of security sector reform which focus very heavily on democratic governance. And so we have a lot of talk about demobilization, reintegration of ex-combatants, measures to reduce the proliferation of small arms like weapons, training to enhance the operational capacity of security forces. All are very important as far as the security of any country is concerned. The value of security system reform is the democratic

governance angle and it is important that that is not overlooked.

And finally I just want to say that strengthening the democratic governance of the security system is a highly political undertaking. It makes it very, very difficult. And because of the highly political nature improving democratic security sector governance cannot be addressed solely by technical means. It is really important that people who want to assist this process understand the critical political relationships amongst people. *Why* decisions are taken, *how* they are taken, *whose* potential supporters they are, *who* the champions of change are and so on and so forth. That is not that different from other kinds of institutional development, although I have to say that, again, often external actors like to look at institutions, build institutions, pass legislation, that sort of thing, and don't really look at the issue of implementation and the impediments to that. So I just really would like to stress that point very much that this is not a technical undertaking. Yes, it needs technical expertise, but unless we look at it in its political ramifications, we simply will not be doing the subject justice.

Bernd Hoffmann

Thank you very much, Nicole, for your valuable contribution. Ich glaube Sie haben es in ausgesprochener Präzision geschafft, nicht nur in diesem Zeitrahmen auf die Handlungsfelder, auch auf die Zugänge von Entwicklungspolitik zu die-

sem hochsensiblen politischen Gebiet hinzuweisen, sondern damit auch unausgesprochen gleich eine Reihe von Orientierungen an die Akteure gegeben, um mit diesem Thema zu arbeiten.

Ich würde gleich zu der nächsten Präsentation, zu Herrn Richard Manning überleiten wollen. Auch Sie, Herr Manning, darf ich sehr herzlich hier begrüßen. Sie sind seit Juni 2003 Vorsitzender des Development Assistance Committee der OECD in Paris, hochrangiger britischer Beamter, zuvor alternierender Exekutivdirektor bei der Weltbank, Vorsitzender der DAC Task Force on Donor Practices, und Sie haben vor allem auch im Zusammenhang mit dem vorhin erwähnten Dokument zu *Governance und Security System Reform* an diesem Thema hautnah auf der Geberseite zusammen gearbeitet; ferner waren Sie bis Juni 2003 Abteilungsleiter Politik im DFID (Department for International Development) in Großbritannien. Auch Ihnen vorweg, Herr Manning, eine kurze Frage in der Erwartung, dass Sie sie in Ihrer Rolle entsprechend diplomatisch beantworten. Es gibt unzählige Dokumente und *guidelines*. Jetzt gibt es wieder eins. Und manche Teile dieser *guidelines* lesen sich so, als wenn man natürlich weiß, dass dort Kompromisse zustande gekommen sind, aber diese auch für andere Gebiete gelten könnten. Würde es Ihnen etwas ausmachen zu sagen, wie Sie denn persönlich die Implementierung, die Umsetzung solcher *guidelines* in der *donor community* einschätzen?

Richard Manning, Vorsitzender des Development Assistance Committee der OECD

Thank you very much. I know it is often said that guidelines can look good but achieve little in the way of real positive results, perhaps this way resembling a penalty by David Beckham. But I think that in this case I would take a rather more upbeat view because it seems to me that, looking at it from the perspective of the development community as we get serious about progress towards the Millennium Development Goals, the importance of tackling conflicts in security issues cannot be dodged for the reasons that Erich Stather was giving us this morning. We have had the human security report from the UN, we have now got Kofi Annan's high-level panel looking at some of these same issues. So in my judgement many OECD countries will find that they need to operate in this area. I am very pleased that the guidelines I am going to talk about shortly were approved not just by the development assistance committee at its high level meeting, but have also now being approved by the OECD Council which give them, I think, wider legitimacy across our governments. And I also see in the real world some interesting examples of the implementation of actions which are very consistent with the guidelines.

A good example I think at the moment, perhaps not so well known here, is what is happening in the Solomon Islands in

the Pacific where a regional task force lead by Australia is adopting very many of the principles in the guidelines in a very practical way, in a small but difficult environment. I think the experience there will be something to watch over the next few months.

I am going to try and limit myself to a very few points here. Essentially I am talking about the paper on security sector reform and governance policy in good practice which has recently been approved by the OECD. These documents are available on the DAC website. The document is based on a lot of preparatory work in different regions, work that was led very effectively partly by Nicole who, therefore, is one of the main authors of the thinking behind this document and it is based, accordingly, on this broad definition of the security sector which she has already given us. In my view an important part of this document is to bring to the security sector, so defined, many of the insights and ideas that the development community routinely applies to other sectors. For example the value of looking at the sector as a whole and taking a coordinated approach among the donors towards the importance, as Nicole has already said, of host country ownership, the importance of what we all learned in the development community about the difficulty and the absolute essential nature of building competent institutions, the problems of doing so in a difficult environment, and the importance of the involvement not

just of government actors but also of civil society. So those are all generic lessons which we have learned in the health sector and the education sector, in the water sector and so on, which are equally applicable and significant in the security sector.

But at the same time the document focuses on matters that are specific to the security sector, and there are three of those that I would briefly highlight. The first is the issue - again one that Nicole has correctly raised - of civilian oversight and the need to look at how that works and the need to come up with effective means of delivering accountable oversight of the sector. Of course, accountable oversight is important in other sectors, too, but it is a particular challenge in relation to many parts of the security sector, and it takes you into areas of sensitivity, domestically, which donors and OECD governments generally need to understand.

The second - though, again, it is a point you could make in relation to donor approaches more broadly - the importance of the regional dimension. Typically aspects of the security sector have significant regional consequences, or have to be seen in the context of what is going on in the region as a whole. I have to say that you could argue that many aspects of the international development system are arguably too country-focused, it is one of the potential problems with the poverty reduction

strategy model that it perhaps pays too little attention to regional interrelationships in the economic sphere as well as in the security sphere. But it is very clear that in the security sphere most specifically the regional dimension has to be taken seriously, and it may be that certain aspects of security sector reform need to be tackled at least in part on a regional as well as on a country basis.

And the third and in many ways the most challenging and difficult part of this – being a point very much emphasized in the paper - is the crucial issue of what we argue should be a whole-of-government approach on both sides of the equation. You clearly need a whole-of-government approach on the recipient side simply because of the broad way in which the security sector is defined and the importance of the central oversight function, so you are necessarily talking not just to the police and not just to the interior ministry, but also to actors across government on the recipient side. But more particularly I think it is a challenge because it does require a number of agencies to get together effectively and much more effectively than in the past on the donor side. Typically this comes from three communities: the defense community, the political affairs community and the development community. In some countries as in Germany and the UK those are represented by three separate ministries, more frequently both the development and the political side are within a single

foreign ministry, but even in those cases the links between the development and political communities have their own dynamics and need to be understood. I think it is extremely important in all our countries that this is approached, first of all, in a cross-government way, and, secondly, in a way that results in positive engagement by all three communities. I think if you embark on this in a defensive frame of mind you are not going to get very far. I think it is very important that all three actors recognize the validity of the insights of the other two, recognize that their own behaviour may in some sense need to change, but recognize also that they have something very important to bring to the party. And I would say particularly to the development community: you should not feel that you are in a mode of victim.

And I would turn that round and say the same to the other communities as well. So in my view, if it is going to work effectively all three parties probably need to change their preexisting behaviour to enable a more effective approach to work well. As a modest example of this I would certainly say that, from my limited experience in London, the traditional mode of much of the training carried out by defense ministries is probably poorly adapted to the actual needs of building competent institutions in developing countries. There has been a focus on how many of the next generation of the top brass one can encourage to come to one's own country for training courses which is

probably not the best way to approach a sustainable change in institutions in developing countries - just as an example. However, if these communities are to work together, it is very clear that we need well understood ground rules about who should do what.

And although I have talked about three actors, the political, military and development communities, there is, of course, a hidden fourth actor - I think possibly not even present in this room - but of whom we are all aware: and that is the ministry of finance. And as soon as one introduces the ministry of finance into this equation one can see the danger, and each of the other three communities will see that they will end up paying for something which is not their highest priority. And this is something we clearly need to understand. If you have to have a whole-of-government approach to this, there needs to be some clearly understood mechanism for deciding which community will pay for what within that. And as far as the development community is concerned, a very important part of that is the definition of what can be counted as development assistance. And that is where the development assistance committee of the OECD has a particular role because one of our agreed functions is that we in fact decide what can or cannot be counted as official development assistance. Hence the importance and indeed the sensitivity of the discussions we have been having over the last twelve months on whether

we should update the definition of official development assistance in relation to the security area.

And I would like to finish by saying a brief word about that. The significance of this is very clear. The European Union has, as many of you know, recently decided to allocate 250 million Euros from the European Development Fund to security related expenditure in Africa. And it was very clear from the discussion, these were for activities that fall *outside* the current definition of official development assistance. So in accepting the use of the European Development Fund by implication, all EU member countries were accepting that their performance as measured by the DAC would be somewhat less than it would otherwise have been. The DAC approach, I think, has now been well tested at the most recent high level meeting and I would say that the results of that - which was to agree to three very modest changes of definition, none of which have very significant consequences for the amount of expenditure - I think one could say that the DAC's approach is a conservative one while recognizing the need to update definitions as we recognize the importance of some of these dimensions. It is also true to say that views vary quite widely among the DAC membership. There are those DAC members who think that it is not reasonable that certain activities of OECD countries in peacekeeping can be counted as ODA,

but activities carried out by developing countries in peace keeping – i.e. the same activities carried out by developing country peace keepers - cannot be scored as ODA. However, I would point out that no change in the DAC definitions can be agreed except on the basis of unanimity, and my judgement is that in practice we are not going to see very significant changes in this area, although I do believe that some further updating is not unlikely over the next twelve months.

Bernd Hoffmann

Besten Dank, Herr Manning. Sie haben in Ihrem Beitrag auf einige zentrale Aspekte hingewiesen, die genügend Stoff nicht nur für diese Diskussion, sondern auch für viele andere bieten. Ich nenne nur zwei, drei Aspekte: Zum einen das, was Sie unter *coordinated approach of donors*, aber auch der Empfänger verstanden haben; ferner - was sicherlich noch einer weiteren Vertiefung bedarf - die Frage des *whole-of-government approach*, auch in Ihrem Papier der DAC wird dieses fabelhafte Wort "*mainstreaming*" ja des öfteren erwähnt. Wir alle wissen, was es bedeutet, aber wie da so genau mit umzugehen ist, da stellen sich oft mehr Fragen als Antworten. Und Sie haben natürlich auch auf die Fragestellung des Verhältnisses der verschiedenen Ressorts hingewiesen, insbesondere auf ein Ressort, das, wenn es auch nicht physisch am Tisch sitzt, immer dabei ist. Und das ist dann nicht nur die Frage der Nachrangigkeiten und Vorrangigkeiten und des Verhältnisses von Politikbereichen, sondern

es ist die Frage der Ressourcenausstattungen und der finanziellen und damit auch politischen Prioritäten, die gesetzt werden. Besten Dank für Ihre Ausführungen.

Ich bitte nun Herrn Professor Herrle sich sich uns hier anzuschließen. Ich habe gesagt, dass wir dieses Panel aus unterschiedlicher Perspektive betrachten. Und manche werden sich gefragt haben, wahrscheinlich nicht zuletzt Sie selbst, Herr Professor Herrle, sind sie Außenseiter bei dieser Veranstaltung, die gekennzeichnet ist von außen-, sicherheits-, verteidigungs-, entwicklungspolitischen Experten, oder haben die bisher was versäumt? Sollten sie nicht besser Insider sein und auf Sie hören? Aber ich darf Sie zunächst vorstellen. Sie sind seit 1995 Professor und Leiter der Habitat Unit an der Fakultät Architektur, Umwelt und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin. Sie sind allerdings auch, und das stellt die Nähe zu den Themen her, Berater entwicklungspolitischer Organisationen in Projekten der Wohnungsversorgung, Dezentralisierung, partizipativer Planung in Asien und in Afrika. Und Sie haben sich in diesem Zusammenhang mit nachhaltiger sozialer Stadtentwicklung, aber vor allen Dingen auch, und das stellt den Bezug zu diesem Thema her, mit der Steuerbarkeit von Mega Cities befasst. Hier treffen ganz offensichtlich, und dazu wissen Sie etwas zu sagen, Probleme der Sicherheit mit guter Regierungsführung unmittelbar zusammen. Und die Frage ist, gibt es hier nicht nur eine Brücke zu dem

Thema, das wir haben, sondern gibt es eine Brücke auch von dieser Ebene zu einer nationalen Ebene? Was kann Entwicklungs-, Außen-, Sicherheitspolitik aus Ihrer Perspektive lernen? Und auch an Sie eine erste Frage. Als Sie gefragt wurden, hier an diesem Panel teilzunehmen, und ich weiß, dass Sie etwas gezögert haben, warum haben Sie sich doch noch entschlossen zu sagen, genau an diesem Panel nehme ich teil, auch wenn ich aus einer ganz anderen Fakultät komme?

Prof. Dr. Peter Herrle, TU Berlin, Leiter der Habitat Unit

Recht schönen Dank für die Gelegenheit, dann doch hier teilzunehmen. Meine Antwort auf die mir gestellte Frage ist ganz einfach. Ich habe mich auf den Beginn meiner wissenschaftlichen Karriere besonnen, und die lag in den Philippinen. Anfang der achtziger Jahre führte ich ein Forschungsprojekt in Davao City durch. Davao City ist die größte Stadt auf der südlichen Insel Mindanao in den Philippinen. Das war die Zeit des Endes des Marcos-Regimes, und wir versuchten herauszubekommen, wovon die armen Leute, die im informellen Sektor ihr Einkommen beschafften, eigentlich lebten. Statistisch mussten sie gar nicht existieren. Und dieses Projekt brachte es mit sich, dass wir in diesen Gebieten lebten und unmittelbar in die lokale Nachbarschaft eines Slums integriert waren. Wir lebten sozusagen als nicht angemeldete informelle Untermieter in einer dieser Hütten und hatten täglich mit Gewalt zu

tun, die in diesen Gebieten stattfand. Täglich hatten wir mit Gewalt zu tun, die nicht nur in dem Gebiet, sondern auch in der Stadt stattfand, und zwar zwischen den Angehörigen der damals so genannte New Peoples Army, dem militanten Lager der Opposition gegen das Marcos Regime. Das war mein Einstieg, und an diesen habe ich mich erinnert, als ich die Anfrage erhielt und dachte, vielleicht kann ich ja doch etwas dazu beitragen und in der Tat versuchen, aus meiner Perspektive Verbindungen herzustellen, die glaube ich viele von Ihnen schon sehen und an die sie denken, aber die vielleicht etwas konkreter werden.

Ja, ich glaube dass Stadtentwicklung und Urbanisierung ganz allgemein Themen sind, die in der Entwicklungspolitik generell unterrepräsentiert sind. Sie tauchen meistens in der Infrastruktur auf. Sie tauchen in allen möglichen bevölkerungsorientierten Programmen auf, aber sie taucht nicht als ein eigenständiges Feld auf, die Stadt. Dabei glaube ich, dass die Städte in mehrfacher Hinsicht, und jetzt gleich bezogen auf unser Thema, sowohl Ursache als auch Folge von Unsicherheit und Gewalt sein können. Und dazu vielleicht einige Beispiele. Es gibt jüngere Zahlen von Bogota. Wir hatten gerade einen Gast aus Kolumbien bei uns am Institut, der berichtete, dass in den letzten Jahren jährlich fast eine Million Migranten in die Stadt kamen, fast eine Million im Jahr. Und zwar aufgrund der unsicheren Lage auf dem Lande, der herumziehenden Guerillas und der paramilitärischen

Gruppen, die das Land unsicher machten, auch durch das Kidnapping von Kindern, aus denen sich beispielsweise dann die Guerillas rekrutierten. Eine Million Zuwachs an Migranten, die nicht integriert sind in das soziale oder ökonomische System der Stadt, schafft enorme Probleme für diese Stadtentwicklung und ist ganz eindeutig durch die Unsicherheit auf der nationalen Ebene verursacht. Das ist der eine Fall.

Es gibt eine zweite Dimension, bei der ich den Zusammenhang zur Stadtentwicklung herstellen möchte, und das ist der, dass Städte selber in ihrer heutigen Erscheinungsform die Ursache für Gewalt und für Unsicherheit geworden sind. Ich möchte Ihnen einige Zahlen dazu nennen, die deutlich machen, warum das so ist, und vor allem auf einen fundamentalen Konflikt hinweisen, der vielleicht immer noch zu wenig, auch in der Entwicklungspolitik, berücksichtigt wird. Etwa dreißig Prozent der städtischen Bevölkerung der Erde leben in sogenannten Slums, und da sind die entwickelten Länder, die Industrieländer mit eingerechnet. Wenn man nichts dagegen tun wird in den nächsten Jahren, wird es so sein, dass 2020 zusätzlich noch etwa 800 Millionen Slumbewohner hinzu kommen zu der einen Milliarde, die bereits jetzt existiert. Das sind dramatische Zahlen, und sie spiegeln etwas wider, ein Ausmaß an Gegensätzen innerhalb dieser Städte, wie wir sie in Europa und Nordamerika nicht haben und auch nie hatten. In Zentralasien leben etwa 58 % der Stadtbewohner

in Slums, in Ostasien 36 %, in vielen Ländern südlich der Sahara sind es über 70 % der Stadtbewohner. Und diese Stadtbewohner, und das muss man sich klar machen, leben in Verhältnissen, in Wohn- und Lebensbedingungen, in denen es kein Wasser gibt, in denen es keine Sicherheit von außen gibt. Die staatlichen Organisationen reichen nicht in dieses Land hinein.

Es gibt kein Wasser. Das Wasser kostet etwa zehn mal soviel wie das Wasser, was in den Wohnsiedlungen verkauft wird, die mit einer Wasserleitung erschlossen sind. Und auch im ökonomischen Sektor gilt etwas ähnliches. Die meisten dieser Bewohner sind von dem üblichen Versorgungssystem mit Arbeit ausgeschlossen. 60 % arbeiten im informellen Sektor. Es gibt Städte, in denen 60 % des Brutto-Inlandsprodukts einer Stadt im informellen Sektor erwirtschaftet wird, das sind Klein- und Kleinstbetriebe, die Kredite bezahlen - auch das muss man sich klar machen - die, wenn man sie hochrechnet auf ein Jahr, mit Zinsen von über 500 % belastet sind. Das also sind die Verhältnisse. Und wir haben auf der anderen Seite, und das hat einige Soziologen veranlasst, die Situation mit den Begriffen *ghettos vs. citadelles*, also Zitadellen, zu beschreiben, Wohngebiete der Reichen mit Malls, mit Tennisplätzen, mit Golfplätzen, mit den Schulen usw., d.h. einen Teil der Stadtbewohner, der angebunden ist an die international gespeiste Devisenwirtschaft und einen völlig anderen Lebensstil prägt. Das

macht sich auch an den Einwohnerdichten fest. Wir haben auf der einen Seite Dichten in Städten, die etwa denen des Landes, also auf dem Land in Bangladesh entsprechen. Und wir haben auf der anderen Seite Dichten in den Slums in diesen Städten mit 2000 Einwohnern pro Hektar, und zwar bei einer zwei- oder ein- bis zweigeschossigen Bebauung. Das sind unvorstellbare Dichten, die diese Lebensverhältnisse widerspiegeln.

Daraus ergeben sich natürlich Gegensätze, die auf Dauer ein Sicherheitsproblem und ein hochrangiges politisches Problem darstellen, nicht nur für diese Länder, sondern eine Bedrohung ganzer Regionen. Aus diesem Grunde lautet mein Plädoyer: Stadtpolitik ist implizit heutzutage auch Sicherheitspolitik, gerade in der Entwicklungspolitik, geworden.

Wir haben schließlich, und das macht die Sache nun für Entwicklungspolitik besonders schwer, aber auch für die Stadtregierungen, ein System, was wir gerne als "perforierte" *governance* bezeichnen. Das heißt, die staatlichen Institutionen, die lokalen Selbstverwaltungen der Städte, reichen nicht hinunter bis in alle Gebiete, und sie haben auch keinen Einfluss auf sämtliche Sektoren der Daseinsvorsorge. Schulversorgung, die Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern wie Wasser usw. sind privatisiert, oder sie werden von Unternehmen erbracht, die von den Bewohnern selbst oder inzwischen auch von NGOs organisiert werden. Das Problem besteht darin, dass wir

es in einer Stadt nicht mehr mit einem Akteur zu tun haben oder mit zweien, das ist die Zivilgesellschaft und eine Stadtverwaltung, sondern zunehmend mit bürgerschaftlichen Organisationen. Das ist die eine Gruppe, und auf der anderen Seite aber auch mit Nichtregierungsorganisationen, die als eine Art Mittlerorganisation sich inzwischen für eine Vielzahl von Belangen, einschließlich der Sicherheit einsetzen. Ich werde da gleich noch einmal darauf kommen. Das ist das Problem, und das macht Entwicklungspolitik heute in den großen Städten und ganz besonders in den Metropolen sehr schwierig. Der gesellschaftlichen Fragmentierung auf der einen Seite entspricht also eine Fragmentierung auch in der Verwaltung von Dienstleistungen. Und zu diesen Dienstleistungen gehört meiner Ansicht nach eben auch die Gewährleistung von Sicherheit.

Man kann sich nun fragen, was kann man in diesen großen Städten tun? Ich glaube, auf absehbare Zeit wäre es zu optimistisch zu erwarten, dass man die Stadtverwaltungen in die Lage versetzen könnte, die Sicherheit in diesen Städten zu garantieren und alle Bewohner auch mit der notwendigen Infrastruktur für die Daseinsvorsorge zu versorgen. Das wird nicht gehen. Infolgedessen wird man in anderen Akteurskonstellationen, in etwas das wir gerne "Multiakteurskonstellation" nennen, zusammen arbeiten müssen. Das hat in vielen anderen Bereichen der Infrastruktur, der Müllentsorgung usw. bereits eine gewisse Tradition. Das heißt, in den

letzten zehn Jahren haben sich Praktiken ergeben und Modelle herausgestellt, in denen so etwas funktioniert. Aber es hat sich noch nicht heraus entwickelt im Bereich der Sicherheit.

Ich möchte Ihnen zum Schluss meines kurzen Statements eine Anfrage, ein Schreiben vortragen, was ich zufällig gerade vor einer Woche bekommen habe. Interessant daran ist vor allem, dass es nicht von einer Stadtverwaltung kommt, nicht von einer regionalen Regierung, sondern es kommt von einer Nichtregierungsorganisation aus Indien, und zwar aus Bombay. Sie heißt SPARC. SPARC ist eine der Organisationen, die als *best practice* während der Habitat Konferenz in Istanbul 1996 ausgezeichnet wurde. SPARC befasst sich vor allem mit der Organisation von Slumbewohnern und der Verbesserung der Infrastruktur in diesen Slums. Interessant ist, dass diese Organisatoren von SPARC sich plötzlich auch im Sicherheitssektor einsetzen, und zwar in folgender Weise. Sie haben eine Vereinbarung getroffen mit der Basisorganisation der Slumbewohner und mit dem Minister von Maharashtra State, dass in fünfzehn Pilotsiedlungen ein Sicherheitssystem eingerichtet wird, was sie *community policing* nennen. Es ist sicher einigen von Ihnen bekannt. Das Modell wurde aus Südafrika importiert. Was jetzt in fünfzehn verschiedenen indischen *communities* ausprobiert wird, besteht darin, dass die *communities* selber die Sicherheit in die Hand nehmen, aber eben nicht alleine, sondern in Zusammenarbeit

mit der Polizei, mit den Polizeidienststellen der Stadtverwaltung von Bombay.

Interessant daran sind drei Dinge. Erstens, dass eine Organisation, die sonst nur im *Housing*-Bereich arbeitet, diese Aufgabe aufgreift. Zweitens, dass es zu einer Zusammenarbeit zwischen Staat, Stadtverwaltung, einer Slumorganisation, also von Slumbewohnern selbst, und einer Nichtregierungsorganisation kommt. Und drittens, dass es heute einen horizontalen Austausch gibt zwischen großen Regionen der Erde. Das heißt, dass die Anregung für dieses System nicht aus Indien selbst stammte, auch von keinem Geber von Entwicklungshilfe, sondern wiederum von Nichtregierungsorganisationen aus Südafrika. Und ich glaube, in dieser Richtung gäbe es noch viel nachzudenken, weil es sehr deutlich zeigt, dass die Verschränkung der Aktionsbereiche verschiedener Akteure und die Verschränkung möglicherweise verschiedener Felder von Entwicklungspolitik eine der effektiven Lösungen sein kann, zumindest um auf dieser Ebene von Quartieren und von Stadt mehr Sicherheit zu finden.

Bernd Hoffmann

Besten Dank, Herr Professor Herrle. Ich glaube, es ist Ihnen gelungen, den Zusammenhang von Stadtentwicklung, Sicherheit und Entwicklungspolitik sehr konkret, sehr plastisch darzustellen und auch den Bezugsrahmen von lokal und national genauso deutlich zu machen. Das gipfelte ja in dem Satz: Stadtpolitik ist Sicherheitspolitik. Und wenn Entwick-

lungspolitik sich mit Sicherheit befasst, muss sie sich auch mit diesen Fragen im Zusammenhang mit Stadtentwicklung befassen. Und ich bin auch ganz froh, dass Sie dieses Beispiel *community policing* erwähnt haben, einfach deswegen, weil es mir Gelegenheit gibt zu sagen, dass auch wir im Auftrag des BMZ insbesondere in Mosambik gerade in diesem Thema erste Erfahrungen sammeln dürfen. Besten Dank, Herr Professor Herrle.

Als letzten Panelisten darf ich Herrn General le Roux bitten, sich hier uns anzuschließen. Herr le Roux, Sie sind gegenwärtig - und damit nicht mehr aktiver General - Leiter des Programms zur Reform des Verteidigungssektors beim *Institute for Security Studies* in Pretoria in Südafrika, und Sie haben mehr als die Hälfte Ihres Lebens in hohen militärischen Funktionen in Südafrika zugebracht. Sie haben Arbeitsschwerpunkte in der Transformation von Streitkräften in zivilmilitärischen Beziehungen und auch bei einer zentralen Frage unseres Themas, nämlich beim Management und bei der Reform von Verteidigungsausgaben und ihrer Angemessenheit. Wir freuen uns, dass Sie gerade aus einer regionalen Perspektive eines Partnerlandes Ihre eigenen Erfahrungen aus der Sicht eines früheren Militärs, der heute in der Entwicklungspolitik und in der Forschung tätig ist, hier mit uns teilen. Auch an Sie eine persönliche Frage: Mehrfach tauchte ja z. B. bei dem Vortrag von Herrn Manning die Frage des *cultural behaviour* auf. War das für Sie so ganz einfach, aus dem Militärbereich in den Forschungs-

Entwicklungsbereich mit Akteuren und ihren Verhaltensweisen zusammenzukommen? Ich will nicht den Begriff "Schock" gebrauchen, aber wie haben Sie selbst dort die Entwicklungswelt erlebt?

General Len le Roux, Institute for Security Studies, Pretoria

Thank you firstly for the invitation to be here, to yourself and to the other organizers. On your question, I think that it was not very difficult for me to make the transformation from being in the military for 36 years to today being in civil society. I think when I was in the military, for whatever reason I was very fortunate - in the last seven years of my career - to be very deeply involved in the transformation of the South African military after the 1994 era. And that brought me very much in contact with the political dimension of civil control of the military, accountability of militaries and these matters. And, therefore, when I came to the stage where I had the choice of either continuing or getting into civil society, I felt that I had a kind of a contribution that I could make from another side, from the civil society side. And today being outside and working in civil society, I am working under the same principles and to the same beliefs I had before: to try to do what I can in the continent of Africa and to do work that will contribute towards achieving what I refer to as the "four A's", which, to me, are militaries that are, firstly, *appropriate* to the needs of the continent, secondly, *adequate* to do the job that they are supposed to do, thirdly, *accountable* to

civil society or to civil control, and in the last instance *affordable* within the budgets of their countries.

The theme, as everybody has seen, is security sector reform as a task for development assistance. As I have just said on your question, I was very fortunate to work during the whole transformation process of defense in South Africa past 1994, for instance, on a white paper developing defense policy and our defense review looking at the role of the new South Africa in the transformation processes, so I am very fortunate therefore that I have that experience. My talk will hopefully be brief and I will focus on five points really.

Firstly, I will talk on this matter of relationship between security and development as on the screen from an African perspective I hope. Secondly, I would like to just raise a few thoughts on the concept of security and the threats to security on our continent. Then I would like to go on to probably the most important part of what I would like to address, which is the questioning of the role of the so called security services, i.e. the traditional security services, and then I will go on, after the two points on reform, by trying to answer the question very briefly about what needs to be transformed, because if we want to transform the question is what is it that we want to transform? And then lastly, maybe just a few words on the donor

community so as to give an extension of what Nicole Ball has already touched on.

Being brief on all these points, let me just start off by saying that when we now talk about the relationship between security and development then - coming from Africa - one can only say that NEPAD, the new programme for African development, as you all know, really lies at the heart of the whole matter of development in Africa. And yesterday we listened to Bernedette Muthien. She spoke about Africa's problems and the whole question about "Whose security?" and the whole matter of human security in terms of poverty and the crime situation and so on within the continent. And Professor Herrle also, just a short while ago, referred to the problem of the "sons of Africa". So when we, therefore, look at the whole matter and when we look at the whole essence of development then, as I think you are all aware of, the whole NEPAD programme is basically a programme that is run and that is focussed on the economic development and the upliftment of the African continent and all the people.

Now I am not going to talk on that in much detail, but I also would like to say in terms of the NEPAD programme and the negotiations between the African countries and the so-called G8, that this method is very heavily predicated on the preconditions of peace and stability and security. But there cannot be development where there is no security.

And for this reason the peace and security cluster within the NEPAD programme is one of the building blocks of NEPAD. So, it is true for Africa that there cannot be security without development, but on the other hand there cannot be development without security and, therefore, I do not really see security and development as two different things. They are two elements of the same problem really.

Now the NEPAD programme, specifically the peace and security cluster of the NEPAD programme, cannot be reached if the national security services on the African continent are wrongly constituted, if they are ill-equipped, if they are badly managed and if regional and sub-regional security mechanisms are ineffective. To obviate this it is essential, to my mind, that the security sector be practically examined and reformed to serve as an instrument to support the goals of NEPAD and the African Union.

But to be able to reform the security service we certainly also have to understand the concept of security. Now this is something that, once again, can be debated on for a very long time. But I take the position, and I think to a large extent the Institute for Security Studies where I work will take the same position, that if one looks at security, the ultimate aim of security can never be seen to be anything else than human security. That is the aim of security. It therefore means that if we say security is a precondition

for development it touches on the aspect of human security and, therefore, on the aspect of freedom, the freedom from fear and the freedom from want, I think once again this became quite clear yesterday. But if we say that this is the ultimate end of security then we obviously have to also admit that this requires a concerted effort from all sectors of government including the social sector, the developmental sector and the so-called traditional security sector, which is a focus of this particular talk today.

In the South African case which I take as an example for much of what I do, if one looks at the functions of government, one sees that in the South African budget layout, for instance, that it is broken up into the administrative functions, the social functions, the developmental functions and then the protective functions. Now the protective functions are the traditional security functions of military, policing and the intelligence services, law and courts and so on.

So with these few words, let me just also say something about the threats to security. I very much agree with the position that was taken yesterday that in Africa the major threats to security are poverty, unemployment, illiteracy, displaced people, a lack of infrastructure, warlords and many of these things. I think there are also, of course, today some new threats to security that we have to focus on, and I have mentioned just a

few of them, threats such as international terrorism and so-called war on terror. The increase, specifically around the African coast today, of international local piracy is becoming a big problem. International and transborder crime, illegal refugees and the effect of large quantities of displaced people, collapsing states on a continent, the problem of corruption, and another one that came in earlier today - the whole matter of security in the mega cities - is something that, I think, becomes something that we need to address. Having said that, in terms of security we can therefore come to the conclusion - or I come to the conclusion - that we are saying that security is a prerequisite for development, that there is a very close link between security and development and that there is, therefore, a need for security forces.

To me, when we talk about security sector reform, the major question and a larger part of the few words I am going to speak here today is the question of defining the roles and the functions of the traditional security forces or the so-called security sector within the paradigm. If this is the focus of security, what are the roles then and what are the functions of the security forces within this paradigm? Now just maybe a point on yesterday's discussion on ploughshares and swords: I found it very interesting, but I also found that it quite avoided this question. The discussion was mostly about the role of security forces in peace missions and the support of peace missions and so on.

But the relationship between them, the question in terms of the real role of the security forces and the drive of structuring the security forces was not addressed. Now this is something that certainly needs a lot more debate.

Let me therefore go on to mention five points which I think are the essence of the questions that need to be answered in this debate on security sector reform. What needs to be done? What needs to be transformed? Security sector reform is not about cutting, slicing budgets and simply controlling security forces. If that is the only focus of security sector reform my advice to you is: close them down. Just simply stop spending. Because if it is only cutting, downsizing and controlling, then you obviously do not need them, so just simply shut them down and do not waste any money on them.

However, if I say that it is not the security sector reform we should be focussing on, I would like to mention five points on which I think reform should focus. And the first one is obviously the point that I have already mentioned, that we really have to engage ourself in sitting down and working on the definition of the roles and the functions of security, of the traditional security forces in the world today and , again, speaking specifically of Africa, what is it? What *are* the main roles? What *are* the functions that we really do need in Africa? If you take the South African example: what is the primary function of the defense force?

The answer will come up every time: to defend and protect the state, the territorial integrity and the people against external military threats. It just seems to be something that comes up every time around, that the people have learned and which is not very often challenged. And the role, really, of security forces today as instruments for conflict intervention and conflict resolution is not often enough stressed in structuring our security forces. That is the first point, I think the engagement on the role and the function.

The other four points which I just mention, and you can take them up, is obviously the matter of governance in the security sector. The whole matter of civil military relations, of democratic control of the security sector, of oversize etc. The third one is a matter of effectiveness and efficiency. I will make a statement here that African militaries are not effective and not efficient. The money is going to the wrong things, not to the right things. And that needs to be addressed, as well as the matter of professionalism, of enhancing the professionalism of our security forces. And the last is a matter of a change from the so-called self-defense focus to a focus on regional and cooperative security as through a body such as the African Union, SADEC, ECOWAS and so on.

Let me just make one last point on the method of donor conditionality: I think the one thing that one must realize is that security sector reform takes large

investment in the short term to get a product in the long term, and I think that this is something that, at some times, is not understood by the donor community. We go in with quick programmes focussing on demobilization, disarmament and speedy integration, and then we expect and say that we are done with security sector reform. Let me tell you we have not even started. And it is a long-term programme especially when it comes to reintegration.

The last point on that particular point is one of the conditionality. Obviously there will always be donor conditionality. Nobody gives anything without some condition. Now my point will be very brief and simple on this one: I believe that conditionality should be process-focussed and not simply a matter of sizes of the security forces, sizes of budgets and so on. But they should focus on process of doing security sector reform.

Let me conclude very briefly again by saying that I believe that we need to look at security sector reform in the African continent from this perspective so as to ensure appropriate, adequate accountable and affordable defense forces as we do require on the continent.

Bernd Hoffmann

Besten Dank General le Roux. In Ihrem Beitrag haben Sie auch dem Entwicklungskomitee zum Schluss einen Spiegel vorgehalten. Sie haben aber zugleich auch auf wichtige Grundlagen und An-

sätze aus einer Perspektive eines großen afrikanischen Staates hingewiesen und Ihre Erfahrungen dort mit eingebracht. Besten Dank für Ihren Beitrag.

Dr. Renée Ernst, BICC

I have a question for Nicole Ball, because you had pointed out several times that one should build on local capacity and the importance of local ownership and that external actors should not be in the driving seat. Looking at the process that has now started in DRC, where we see that the Bretton Woods Institutes are more or less ruling the whole process, I just wondered how you see how we can really rely on local ownership in this process.

Sebastian Groth, Auswärtiges Amt

Ich habe die letzten drei Jahre in Nairobi gearbeitet und dort die Friedensprozesse Somalia und Sudan und Große Seen am Rande beobachtet, und was mir jetzt bei der Diskussion auf dem Podium und auch gestern teilweise fehlte, war die Seite auch der Verantwortung auf der Partnerseite. Wir haben es in den meisten dieser Konflikte mit korrupten, verbrecherischen Regimen zu tun, und der Subtext der meisten Äußerungen heute und gestern war, sobald wir genug Koordination auf unserer Seite haben und genug Mittel einsetzen, werden wir sozusagen mit viel gutem Willen die Friedensprozesse schon irgendwie zu Ende führen. Die Verantwortung liegt auch auf afrikanischer Seite. Und meine Frage ist, wie gehen wir politisch auch mit den Staaten um, die im

Umfeld dieser Konflikte aktiv sind? Was machen wir mit Uganda, mit Ruanda, mit Äthiopien, alles Staaten, die Kernstaaten unserer EZ-Zusammenarbeit sind?

Meine zweite Frage konkreter zum Sicherheitssektorbereich. In Kenia gab es auch diesen Ansatz, im Sicherheitssektor partnerschaftlich vorzugehen. In Kenia ist der Sicherheitssektor der korrupteste Bereich, weil traditionell dort die Spieler sich nicht in die Karten schauen lassen wollen. Also wie kann das in der Umsetzung funktionieren, dass in diesem sensiblen Bereich auch die Regierungen zur Kooperation aufgefordert und gedrängt werden?

Tillmann Elliesen, Zeitschrift "Entwicklung und Zusammenarbeit"

Ich habe eine Frage an Herrn Manning zum Punkt ODA-Anrechenbarkeit von Ausgaben. Sie haben ja die Erweiterung der ODA-Kriterien durch das *DAC High Level Meeting* im April erwähnt. Soweit ich informiert bin, hätte das DAC-Sekretariat gerne direkt im Anschluss noch vier weitere Aufgaben mit dem schriftlichen Verfahren in den ODA-Katalog aufgenommen, was einige Geberländer, darunter Deutschland, meines Wissens abgelehnt haben. Es mag ja sinnvoll sein, für diese Ausgaben Geld auszugeben. Es ist bestimmt sinnvoll. Mir ist aber noch nicht so ganz klar, welchen Nutzen es haben soll, wenn Geberländer diese Ausgaben künftig als offizielle Entwicklungshilfe deklarieren dürfen. Es ist ja unwahrscheinlich, dass weil der

Aufgabenkatalog länger wird, die Finanzminister künftig mehr Mittel für Entwicklungshilfe bereit stellen werden. Also die Frage ist, was versprechen Sie als DAC-Vorsitzender sich davon?

Gitti Hentschel, Feministisches Institut der Heinrich Böll Stiftung

Ich bin Ihnen, Ms. Ball, sehr dankbar, dass Sie hier eine personenzentrierte Definition der Sicherheit gegeben haben, und ich wollte in dem Zusammenhang noch mal genauer nachfragen zum Verständnis von Sicherheit bzw. zur Einbindung der konkreten Akteure, Akteurinnen in Entwicklungspolitik. In der internationalen Sicherheitspolitik haben wir, zumindest als Vorgabe, z.B. die UN-Resolution 1325 über die Bedeutung von Frauen in Sicherheitsprozessen. Und gibt es da Konzepte im Kontext von Entwicklungspolitik, die zumindest Vorgaben machen? Ich meine, dass die Realisierung dann noch mal eine zweite Frage ist, wissen wir auch, aber gibt es ganz klare Prinzipien, die vorgeben, wie Frauen in Entwicklungszusammenhänge eingebunden werden, und zwar gleichberechtigt?

Nicole Ball

Thank you very much for these questions. In terms of countries like the DRC it is a very long process to make progress in this area. I think it is not only the Bretton Woods Institutions but I think the European countries that are also engaged in supporting development of the armed forces there as well. And I mean there is always somebody, always something to

work with. It is really a matter of understanding what their interests are and what they see as where they want to be going and how that fits in with what one has as a view of where they perhaps you would like to see them going. But really I think that very aid-dependent countries finds it very difficult. And even a country that I am more familiar with than with the DRC, which is Sierra Leone, where I recently was a couple of weeks again, has had very clear ideas. And this ties in to the question of corruption as well. It had very clear ideas how it wanted to proceed in a number of areas. I was looking particular at the DDR process. It had its own programme that it had developed, and it had an incredible amount of difficulty getting the international actors to subscribe to that programme, because international actors come with their own views. They have their own models. They wish to do things their own way and I have to say that includes GTZ in this country, includes USAID in my country, includes DFID in Richard's country and NGOs and so on. Everybody has it's own way of trying to do things. And although there is a credible lip service to the concept of ownership, when it comes right down to it and when it is your money, you want to do it your own way.

So when it comes to the question of what needs to be done to get local ownership, the first thing has to be that you have to *want to do* that. So, now Germany happens to be a major shareholder of the World Bank. There are other major

shareholders of the World Bank. There can be a conversation that can be held about these things at various levels. So that would be one thing within the EU where there could be conversations also. However, nobody is going to pay attention - obviously the French and the Belgians are not going to pay attention to what Germany says on this issue - but nonetheless one could have those conversations.

And supporting civil society I think is very important. This relates to one of the questions that was not directed to me as to how do you get responsibility on the side of partners in the political process. It is very much, first of all, about understanding their own concerns, understanding who wants what, who is going to spoil what and, really, Len can talk much more about that sort of thing, it is also about building a civil society that is responsible and will demand the kinds of changes that they should be getting.

Now, finally, on the clear principles of integrating women into development, I am sure there are many of those in terms of integrating women into security sector issues. One that I am particular familiar with right now are UNIFEM's principles of a gender-sensitive approach to disarmament, demobilization and reintegration which, as best as I know, nobody has really been implementing. With regard to other security related issues we heard yesterday from our colleague from South Africa that women

are often ignored in terms of security-related issues. And I think that a part of what should be building responsible security bodies is indeed working with your police. Community policing is important, but working with your police also in other ways is very important, too. If you are working with your police you have to explain to them various things such as how to deal with rape victims: you don't stand in the middle of a room and try to inquire about what has happened to a person, there are various ways of doing it. There are various kinds of training, but although I think that people know about it, it is not clear to me that people do it or that they actually are implemented. This is not a very satisfactory answer. But it is a start.

Len le Roux

I am not quite sure I can give you an answer on that question. I think, in terms of the Great Lakes and with reference to the corrupt regimes and the countries in the region, firstly, it is an obvious statement that in the complexity of the whole Great Lakes region one has to focus on trying to solve the problems in Burundi and the problems in the DRC and in Ruanda and Uganda. But these are so interrelated - and that is not an answer but just a personal conviction - that there is no solution because in the question, when we spoke about the roles of the countries like Kenia, the question that really comes up is, are they part of the solution or are they part of the problem. Because it is the reality that there are so

many interests in the Great Lakes, that they are overlapping, and this makes it a very complex problem. I think that just on this as well the stress has to be on the point of good governance.

I am coming back to what I said earlier about security sector reform, that it is not something that happens in isolation and that good governance is the central problem in Africa. If this problem is not resolved then we don't even have to start talking about the reform of the security sector and these developments, because then we are going nowhere.

Very finally on that, I think if I can give an answer then really it can only come down to the importance of strengthening the good developments in the continent at the moment, the developments of the African Union, the developments through NEPAD and the developments of the so-called regional economic community, SADEC and ECOWAS, EGAT and so on. It is important that more and more those organizations are becoming involved and taking responsibility for particular regional conflicts and for finding solutions to the particular conflicts. I think, on the Burundi example, as a South African it is maybe a little difficult to say, but South Africa has been a kind of late entry into the whole African debate post the apartheid era, and thus it has been very reluctant to be too forceful and to be too much of a regional power or too strong in this role. But when we are certainly seeing today in the

Burundi conflict through the negotiator - the chief negotiator being the deputy president - is a much more dynamic role of South Africa, coming in to play a role in these conflicts. So really I don't have an answer to the question other than to say that I believe that, more and more, the good things that are happening through the NEPAD programme, the developments of the African Union and specifically the Security Council need to be supported so that they can more and more take responsibility for these problems and play their roles in bringing the governments and the corrupt governments in the continent in line with the principles that we all believe in. That is the best I can do.

Richard Manning

On the ODA definition issue, the seven items were looked at by the high-level meeting. Three of those items, all of which are basically around technical assistance type activities, were accepted by the high level meeting. The secretary subsequently wrote round with an improved text for the other four and, I think, caused a certain amount of excitement by giving people to understand that there would not be any further discussion, which is not in fact the case. Those four items will be discussed in a further process that will lead up to another ministerial meeting next spring, along with the other much tougher items which are around areas like peacekeeping, where there is much more money at stake. So as I said in my initial

remarks, one needs to realize here that while it is common ground, I think, that the inherited definitions needed some updating. The DAC is always likely to be fairly conservative on change, not least because any change requires unanimity. So while views are quite divided, I think any changes will be fairly incremental.

While I have the floor, let me just mention two other subjects very briefly: what do you do where countries are disfunctional, corrupt and the rest of it? I suppose the main lesson that we are learning is that in any society, in any situation there are people who are interested in doing things better and there is a strand of work going on in the DAC around what we call "drivers have changed". Who do you work with to try and move a situation which is very bad forward somewhat? I think a lot of interesting lessons have been learned here in central and Eastern Europe in the transition phase there, and we can build on those in some other countries. The DAC is going with the World Bank to host a high level meeting on fragile states and difficult partnerships probably in January next year in which a number of these issues will be addressed.

And finally, on the gender point which is extremely important, I would say the DAC is also putting in place some work between our gender and conflict networks to look at some of the gender aspects, a conflict which I agree with you is extremely important.

Bernd Hoffmann

Besten Dank. Es dürfte kein leichtes Unterfangen sein, alle Fragen, die noch im Raum sind, zu stellen, geschweige denn, sie hier beantworten zu können. Ich denke es war ein interessantes Panel. Mir bleibt übrig, Ihnen zunächst, die Sie diesem Panel beigewohnt haben, ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und Beiträge zu danken. Ganz besonders bedanke ich mich bei den Panelisten, die uns für diese wichtige Diskussion interessante Anregungen, Kommentare, Perspektiven und Zukunftsorientierungen mit auf den Weg gegeben haben.

Panel 4: Wirtschaftliche Akteure in Gewaltkonflikten - Gefahren und Chancen für Frieden und Sicherheit

**Moderation: Prof. Dr. Michael Bohnet,
Ministerialdirektor a.D., Bonn**

Moderator:

Ich begrüße Sie herzlich zum vierten und abschließenden Panel dieses Forums globale Fragen. Dieses vierte Panel wird sich mit der Fragestellung "wirtschaftliche Akteure in Gewaltkonflikten, Gefahren und Chancen für Frieden und Sicherheit" befassen. Und ich will noch mal sehr deutlich das Wort "und" - Frieden *und* Chancen - unterstreichen. Das traditionelle Denken über Konflikte, Konfliktlösung und Konfliktprävention hat sich ja auch in unserem letzten Panel sehr stark auf die Rolle des Staates und die Rolle ethnischer und sozialer Gruppen konzentriert. Die Schaffung von Sicherheit wird vornehmlich als öffentliche Aufgabe begriffen. Aber in den letzten Jahren sind die privatwirtschaftlichen Akteure stärker in das Blickfeld konfliktrelevanter Fragestellungen geraten, und zwar aus vier Gründen. Der erste Grund besteht darin, dass empirische Untersuchungen die Rolle der Ausbeutung natürlicher Ressourcen als Ursache von internen Konflikten und Kriegen herausgestellt haben. Als Konfliktressourcen können üblicherweise Drogen, Diamanten, Holz, Öl und andere international gehandelte Güter bezeichnet werden. Dies sind Ressourcen, um die Kriege geführt werden oder deren finanzielle Erträge genutzt werden, um

Kriege zu finanzieren. Die Exploration und die Ausbeutung dieser Ressourcen –

auf jeden Fall jener, die offiziell gehandelt werden -, werden üblicherweise von transnationalen Konzernen bzw. internationalen Unternehmen durchgeführt. Der zweite Grund, warum dieses Thema in den Vordergrund der Diskussion gerückt ist, ist, dass die Regierungen, aber auch kommerzielle Verbände und Organisationen, einzelne Firmen und NGOs auf dieses Phänomen reagiert haben und eine Anzahl von *Codes of Conduct* entwickelt worden sind, über die wir sicherlich auch in der Diskussion sprechen werden. Die NGOs kritisieren natürlich solche Initiativen als häufig zu schwach und plädieren für strengere, verbindlichere Maßnahmenkataloge, z. B. die "*publish what you can pay campaign*", und andere Aktivitäten.

Der dritte Grund, den ich nennen möchte, ist der Umstand, dass internationale Unternehmen einerseits unter Kritik geraten sind, weil sie sich mit *conflict commodities* in Bezug gebracht sehen, während sie andererseits gleichzeitig eingeladen werden, sich an der Finanzierung von Konfliktprävention und von Wiederaufbauprogrammen in Postkonfliktsituationen zu beteiligen. Der Grund hierfür liegt schlicht häufig in der Tatsache, dass die öffentlichen Mittel für den Wiederaufbau in Postkonfliktphasen knapper werden.

Und zuweilen sind auch Privatfirmen sehr zurückhaltend, in solche risikoreichen Privataktivitäten zu investieren, obwohl gerade Untersuchungen gezeigt haben, dass erfolgreiche Nachkriegswiederaufbauprogramme sehr wirksam sind in Bezug auf die Fähigkeit, künftige Konflikte zu vermeiden. Und ein Instrument dieser Beteiligung privater Firmen sind eben *public private partnerships*, letztlich eine andere Form öffentlich geförderter Risikoversicherungen.

Den vierten Grund, den ich nennen möchte, ist die Privatisierung der Sicherheit, d.h. das Aufkommen privater Sicherheits- und privater Militärfirmen. Internationale Firmen, vor allem im Rohstoffsektor, sind häufig Kunden solcher privater Sicherheitsfirmen, und letztlich ist dafür natürlich die Verschlechterung der öffentlichen Sicherheit in vielen unserer Partnerländer ausschlaggebend. Das Angebot dieser Firmen reicht vom Bewachen der Anlagen bis zur Unterstützung militärischer Aktionen. Zuweilen ergänzen diese privaten Sicherheitsfirmen die öffentlichen Sicherheitskräfte, zuweilen operieren sie auch gegen den öffentlichen Sektor, denn häufig gibt es keine öffentlichen Regeln zur Kontrolle solcher privaten Sicherheitsfirmen. Sie bewegen sich, wie bekannt, in einer Grauzone.

Ein paar der Fragen, die wir hier auf dem Panel diskutieren wollen, will ich einfach mal kurz nennen. Die erste Frage, die mir wichtig scheint ist, welche Bedeutung haben internationale privatwirtschaftliche

Akteure wirklich im Bereich der Konfliktentstehung und im Bereich der Konfliktlösung? Wird ihre Bedeutung *überschätzt* oder *unterschätzt*? Und kann man zwischen verschiedenen Arten von Gütern und Aktivitäten unterscheiden, die besonders konflikträftig sind? Gibt es hier eine Art Kategorisierung? Die zweite Frage, die mir wichtig scheint: Ist der Trend zur Privatisierung der Sicherheit durch private Sicherheitsfirmen unausweichlich? Und welche Aktivitäten sind überhaupt legitim in welchen Umständen? Die dritte Frage, die ich gerne stellen möchte, lautet, welche Rolle die Regierungen bei der Regulierung von Industriezweigen spielen? Ich denke dabei insbesondere natürlich an die Rohstoffindustrie und die Rohstoffausbeutung. Aber ich denke dabei auch an die privaten Sicherheitsfirmen. Die vierte Frage, die ich gerne stellen wollte, was sollte und was kann man von internationalen Unternehmen erwarten? Wie relevant und wie verlässlich sind Maßnahmen zur Selbstregulierung, z. B. ethische Kodizes oder freiwillige Vereinbarungen? Und als fünfte und letzte Frage würde ich formulieren: Welche Rolle spielen die NGOs und die öffentliche Meinung in diesem Bereich? Gibt es überhaupt genügend Wissen über diese Sachverhalte? Und welches sind die Fragen der ökonomischen Kosten von Konflikten?

Ich freue mich deshalb sehr, ein solch qualifiziertes Panel hier neben mir zu sehen, und ich darf die Panelisten herzlich begrüßen. Als erstes Herrn Mansoob

Murshed. Er ist Professor für Entwicklungsökonomie am Institute of Social Studies in Den Haag. Sein Forschungsgebiet ist vornehmlich die Frage der ökonomischen Kosten und Aspekte von Konflikten. Dann darf ich sehr herzlich Herrn Gareth Evans begrüßen. Herr Evans war lange Jahre Außenminister von Australien und bekleidete davor auch andere Ministerposten in Australien z. B. im Bereich "Energy and Natural Resources". Sie sind Member of the Secretary General's High Level Panel on Threats, Challenges and Change und derzeit Leiter einer führenden internationalen NGO mit über 90 Mitarbeitern, die sich "International Crisis Group" nennt und sich mit Forschungen über Konfliktlösungen befasst, aber auch versucht, einen konkreten Beitrag zu solchen Konfliktlösungen zu leisten. Und Sie waren auch mit der Operation von internationalen Firmen in einer Anzahl von global hot spots befasst. Dann möchte ich ganz herzlich begrüßen Frau Christine Batruch. Sie sind kanadische Rechtsanwältin und vertreten hier eine internationale große Firma, die in der Ölexploration tätig ist, Lundin Petroleum. Sie sind Vizepräsidentin für den Bereich "Corporate Responsibility" in dieser großen Firma. Ihre Firma hat bedeutende Erfahrungen gemacht in der Fragestellung: Was bedeuten Investitionen im Sudan? Und Sie haben sich da auch der öffentlichen Meinung gestellt und haben daraus auch für Ihr großes Unternehmen eben Schlussfolgerungen in Bezug auf neue Strategien gezogen. Als Letzten möchte ich herzlich Herrn Her-

bert Wulf begrüßen. Sie sind ehemaliger Direktor des Bonn International Center for Conversion und Ihr Spezialgebiet sind Fragen der privaten Sicherheitsfirmen. Aber Sie sind natürlich auch bekannt geworden durch Ihre Arbeiten über den internationalen Waffenhandel und über ökonomische Konversion. Sie sind auch Berater der Vereinten Nationen in unterschiedlichen Krisengebieten.

Dr. S. Mansoob Murshed, Institute for Social Studies, Den Haag

Thank you very much. Let me first of all begin with thanking the organizers, the German Foreign Ministry, for inviting me over to speak with such a distinguished panel in such a convenient setting. And I could not agree more with the title up there on the screen: You can't have peace without development and you can't have development without peace. And being an economist for a long time I have to admit that we ignored security and conflict issues; that was something we sort of allocated to political scientists. But there have been over 40 conflicts, civil war episodes in more than one country, there have been 40 such incidents since the end of the Cold War, and these are major causes of development failure as well as growth failure. So its importance in terms of underdevelopment as well as preventing poverty reduction cannot be over-emphasized. Essentially conflict is a major cause for the persistence of poverty in low income developing countries.

Let me just say a few words about the causes of conflict. In the recent literature, based on rational choice, there is a distinction made between two catchy phrases: *greed and grievance*. Greed pertains to a motivation to capture something, and grievance refers to historical discrimination, differences and so on. Now it is sort of immaterial to say that one or the other explanation dominates because we do find that both of these are important. Not in every single episode of conflict are both of them present, but one or the other is present. So grievance has essentially to do a lot with historical discrimination where certain groups are historically discriminated against. It can also refer to inequalities between groups, well-identified groups based upon religion or some other ethnicity. And in my own work on Nepal I do find that group differences are a major driver of the conflict. The other side of the coin is the greed explanation. And that is perhaps most relevant in countries which have certain types of mineral resources which are more easily appropriable. The best example of that are, of course, alluvial diamonds. Alluvial diamonds in Sierra Leone or in Angola, those kinds of diamonds for which you don't have to dig very deeply into mines are a very good example. And the role of the private sector is very important over there, because while people may fight over the right to control them, they have to find their way to an international market, and that is a very complex process of

intermediation which can involve up to, and exceeding, 20 transactions. So it is a very complex process of intermediation which has to be examined. If one wants to really do anything about that, the Kimberley process which certifies diamonds not being blood diamonds is laudable but it is difficult because the reach of this sort of regulation goes as far as governance goes. Governance, however, is limited to certain countries which do adhere to the rules of governance. Other examples are things like oil pipelines. They are obstructable; they will not be so lootable but they are obstructable. And again the role of the private sector is important not just when it comes to the pipeline, but before that. And, essentially, the problem with natural resources - whether we talk about oil or diamonds - is that they are capturable. And we have to have mechanisms in there for them not to be so capturable by small groups of people. An example of that is in countries which have, let's say, social funds where a large portion of the revenues from these resources are diverted to a trust fund. The best example of that is in the developed countries, in Norway. But there is a great deal of progress in the sense that there has been talk about such funds for other countries like Tschad and so on.

As far as the private sector is concerned there are two types of roles the private sector plays in conflict countries. One is the role in extractable industries. These are the mining industries, minerals and

natural resources, and there I refer to major companies which are Western, not exclusively but mainly companies in the OECD which are foreign to the country which has the conflict. So there is a role and, of course, the other speakers will speak about codes of conducts and corporate social responsibility. But I would just like to mention that all of these things including the reputation of companies, including companies which are forced out of conflict zones as in Sudan by shareholder power through reputational factors - because they don't want to see their reputation tarnished by being associated in a difficult conflict zone -, all of this depends upon the nature of governance in their parent country where they do have their headquarters. Because other companies from other countries which do not have these systems of governance or, shall we say, a civil society pressure can come in and fill the void. The other type of private sector activity in terms of conflict is in countries which export commodities or manufactured goods, labour intensive manufactured goods. I am thinking of countries like Sri Lanka where there is a garment industry and their exporters. This is a business community, this is a private sector which is indigenous to the country in question. And there conflict raises the cost of doing business. It is just bad for business. So they pressure both sides to the conflict to try and end the conflict. So that's a different sort of role for the private sector.

I would just like to add one thing as an economist, and that is that countries which principally export mineral resource type commodities have been seen to perform very poorly both in terms of economic growth and of development, if you compare the human development indicators with countries which do not export these sort of things but which export manufactured goods. I agree that is just a stylized fact. There are some important exceptions like Botswana and Indonesia and Malaysia, but they just tend to perform poorly. The private sector can also play a role when it comes to extractives, when it comes to the minerals type commodities in setting up social funds so that a percentage of the revenues of the royalties are diverted towards a social fund which is used for poverty reduction. So that the amount which is capturable, lootable if you like, is minimized.

On the issue of peace, of achieving peace, even there I see a certain role for the private sector. One of two biggest obstacles to achieving peace is the fact that, as we do observe in civil war situations in developing countries, it takes a lot of attempts of peace before it actually happens. What I mean is that you can have up to a half a dozen or three or four cheap talk peace agreements, and it is still in the interest of one or another group to return to conflict, so the conflict re-emerges. So peace deals or agreements have an inherent problem in that they are unstable. One reason for that is, of

course, that returning to war yields rents for one group or the other. And again the private sector may have a role there. The other big and even more intractable aspect of achieving peace is something which one or two of my colleagues refer to as indivisibilities. Think of the temple mount of Haram al-Sharif – there you've got something which can't be divided. But in other situations it is not as intractable in the sense that the post-war peace dividend is something which is difficult to sort of share between different groups. And there, of course, the role of the private sector may be limited, but there still might be a constructive role there.

Let me sort of try and end with three points which are positive. First of all a stylized fact: since the end of the Cold War we have seen a diminution in the number of civil war start-ups. We have also seen a diminution in the number of fatalities – deaths - due to these wars. Now this might be because a) the international community is more likely to intervene because one group or one super-power is not going to veto another super-power of another set of countries. It is also because b) we have an increase in the number of refugees and internally displaced persons that helps to save lives. We also have more diminutions of the types of war also resulting in fewer casualties. So that is one hopeful note. The second thing is that we have a much better idea of what it takes in terms of post-conflict reconstruction. I think we

are beginning to recognize that there has to be broad-based reconstruction; there has to be a degree of partnership between different groups, and this includes the private sector. But one thing, one message which is coming very clearly is that in post-conflict situations the development assistance which flows in is at its maximum in the initial year of peace which means that it is a year unfortunately where the absorptive capacity of the economy is at its least. But at least we are beginning to recognize those things.

Prof. Dr. Michael Bohnet

Vielen Dank Herr Murshed, dass Sie nochmal über die Ursachen der Konflikte gesprochen haben, aber auch über die Verantwortung, die sich dokumentiert in dem, was Sie *social funds* genannt haben, die sich herausbilden; Dank auch dafür, dass Sie nochmal zwischen der Frage des ökonomischen *well beings* von Nationen, die Rohstoffe exportieren, und jenen, die nicht Rohstoffe, sondern etwas anderes exportieren, unterschieden haben. Und ich bin Ihnen auch sehr dankbar, dass Sie nochmal die Rolle des privaten Sektors im Friedensprozess und auch in der Nachkriegsperiode und in der Frage des Wiederaufbaus betont haben.

Gareth Evans, Präsident der International Crisis Group, Brüssel

I would like to spend my brief time answering two questions, fairly briskly. The first question: what is the proper role of the business community generally,

mainstream business community, when it comes to conflict, picking up and developing some further points from what Dr. Murshed has just said. And the second question I would like to ask is what on earth should we think about that particular subset of the business community which actually devotes itself to participating in conflict, namely the private security and private military companies that have come to so much recent prominence.

But first of all on the responsibility of corporations generally. In short, I think the answer in terms of their responsibility, of what we would like them to do, is two things: first of all, do no harm and, secondly, try and do some good. When it comes to doing no harm there are five imperatives that I would put on the table. First, don't act in a way that directly or indirectly supports the proliferation of weapons of mass destruction or the illegal distribution of conventional weapons. It should not be too hard an obligation for most decent corporates to observe, but it is not too difficult to get caught up around the edges in some of these things, and corporations ought to be very alert not to be put in that position. Second stricture: don't trade or invest in circumstances that directly generate revenue for those who are engaged in illegal armed conflict. This is the classic blood diamond situation that Dr. Murshed has referred to where, in Central Africa, in West Africa particularly, that unquestionably was a

major fueler of continued conflict on a scale much greater than it would otherwise have been. The work that my organisation and others have done in the Congo over a number of years has demonstrated also the way in which commercial exploitation of minerals like coltan used in mobile telephones, gold, more familiar things have been very, very cynically used by the various conflict players to sustain themselves in unconscionable activity. Third stricture is: don't invest in activities which directly reinforce or perpetuate a grievance based conflict. Here I have to say that a classic example of that - and Christine Batruch will undoubtedly want to address this issue - was the endeavours of the oil companies in Sudan, where a couple of major players including Lundin jumped in to make a buck at a time when the country was immersed in a very ugly civil war, not out of the best of its commercial motives, but with all sort of downside risks and consequences as a result. And it is a pretty good lesson learned, I think, for everybody else not to get into those sorts of situations, and no doubt a lesson that was well learned by the company itself. But we will hear more from Christine on that subject.

The fourth stricture on the "do no harm" side of the equation is an obvious one: avoid environmentally and socially insensitive resource exploitation which so often creates grievance-based despair and hostility. I have got plenty of examples to quote of, back in my own days in

Australia with companies operating in neighbouring Papua Guinea which sadly generated an awful lot of horrible conflicts over the years as a result of the insensitivity with which those investments were conducted. And finally – and this point also has been made in passing, I think, by the chairman at the outset - referring to the "publish what you pay" enterprise: don't give encouragement whatever the temptation may be to corrupt practices that have the effect of undermining the effectiveness of local governance.

All of these strictures are, of course, much easier to state on occasions like this than they are to observe in a highly competitive commercial environment in which real world business is operating. Just one passing suggestion: I think one way of making these requirements much easier to observe is for everyone to support the passage of very strong and very enforceable regulatory codes, both domestically and also internationally, on the very simple principle that relying on the legal obligations of one's competitors is usually a little bit more comforting than just having to rely on their better instincts. Support for this kind of regulation will, of course, be at odds with the traditional instinct of business to reduce any form of government intervention and regulation at all cost, reducing it to an absolute minimum; but the support for that kind of regulation domestically and internationally is

growing and I strongly believe it at least to grow further.

On the positive side, what can business do to play a useful role in conflict prevention and resolution? Again five suggestions, five strictures. The most obvious but I think the most neglected is for business, both individually and through industry associations, simply to be a more assertive voice on these issues. Governments, as all will know, are always looking nervously over their shoulder at their key domestic constituencies. And the truth of the matter is that these days global and regional security tensions and crisis are the business of business as much as it is a business of anybody else. It is an entirely appropriate basis for business to argue that peace and stability, if it can be ensured and situations are not allowed to deteriorate, is by far the most optimal environment for the business investment and involvement. Though businesses have a legitimate stake in conflict prevention, we very rarely hear their voice. If that voice was heard, governments would be certainly inclined to take notice.

The third point is based on my particular experience fifteen years ago now playing a major role in the negotiation of a chemical weapons convention which came to fruition in the early 90ies. Business can be a very active and hopeful voice in building non-proliferation regimes for weapons of mass destruction, even if that support has difficult

commercial implications for them. Tough chemical inspection regimes certainly had big, difficult implications in cost terms and so on for the global chemical industry. But I will remember the extremely positive and useful role those major industry representatives played in the final negotiation of the chemical weapons convention. Similarly, pharmaceutical companies can play a role in the very necessary extension of biological weapons inspection regimes which should be much more part of the international agenda than it is at the moment.

Fourthly, business should be prepared - if there is any kind of capacity to do so - to put resources and effort into the rebuilding of shattered post-conflict societies to help them get on their feet functioning, consuming, trading again. There are not many companies that are going to be able to be in that kind of business even in a limited way, but to the extent that they are they need to recognize that investment is very often about choices at the margin: Whether this country or that is safer, or whether this or that is a more volatile location within a country, whether to use an employment-intensive versus a capital-intensive construction method and so on. It would help indeed if business regarded the making of constructive choices in these matters on security issues at least as part of their larger sense of corporate social responsibility, so that when there is a bit of a discount, a higher risk factor

involved, that can sometimes perhaps be traded off as worth taking as an exercise in corporate social responsibility. That is just a way of thinking about things that would be helpful.

And finally, can I say that business could also help by helping organizations like mine, the International Crisis Group, that do have a demonstrable track record of effective conflict prevention or resolution? I say that in a spirit of extreme optimism because it has been my experience that while business is very happy these days to acknowledge a corporate social responsibility when it comes to things that bother consumers off their products, and is equally happy to acknowledge corporate social responsibility in the context of environmental issues - which again have the potential to turn off a large class of consumers if they are not seen to be behaving a bit better; and in that context they are usually quite happy these days to support with corporate social responsibility budgets organizations working in these areas of business - the penny just has not dropped for business yet that there is a similar role for them to play when it comes to conflict prevention and conflict resolution. What happens, in fact, is that they get extremely nervous and ask me whenever I raise these issues: "You actually are in the business from time to time of criticizing governments, governments with whom we might want, at some stage, to do some business - well, thanks, but no, thanks!" That's a

pity because business *does* have a capacity to help a lot in helping those of us who are trying to do useful things. So that is what I would like to suggest as a basis for discussion. I am sure others will build upon it when it comes to business responsibility generally.

Just a few quick words on private military companies and this phenomenon of business involvement in conflict, not in the old time-honoured way of just flogging arms, but actually participating in the business of fighting. And Prof. Wulf, I know, is going to say something a lot more sophisticated and analytical about this in just a moment. But I just want to draw attention to the fact that this has become a really major issue, a very visible issue in the context of Iraq where we now have something like 20.000 private security contractors on the ground playing various very overt, visible roles, making them the second largest unit after the United States in the "coalition of the willing". These are not just playing the traditional sort of outsourcing roles of Brown & Root of Haliburton fame, namely doing the laundry and doing the cooking while others get on with the men's jobs of actually fighting. We have got people very, very actively and directly involved as security guards, but not the kind of security guards that check your passes as you come into buildings. They are out there, doing the body-guard roles. They are doing the actual physical protection for many of the major players on the ground and doing so in a very

visible way, as I said, which is involved in being caught up in a lot of the actual fighting including the recent dustup in Nadschaf, where you had private military contractors actually doing a fair bit of the shooting.

This phenomenon, of course, is not completely new: mercenaries have been around forever as a particular subset of a very ugly international species of those who are supporting the overthrow of governments and so on. But what we are talking about here is companies that, under the guise of acting responsibly, acting helpfully, supporting governments, are actually being part of the business of war-fighting, but doing so from a private perspective. And then there is the notion that they are somehow an added value: they are good guys who ought to be supported.

Now there is an argument, of course, that says: this is really an entirely legitimate perspective, particularly in a context where peace-keepers have frankly been in very short supply for many of the world's conflict areas where simply post-conflict monitoring verification and so on has been required. The resources are just not being forthcoming. Over and over again traditional third world contributors have been tapped. The first world contributors have been deeply reluctant to produce the necessary resources. There is a real manpower problem. And, I mean, Germany is a very good example of this particular problem. There are something

like 250.000 men and women in uniform in this country, but at any given time only 10.000 of them, I am told, can actually be deployed in any kind of serious operational military role. And that kind of percentage, that kind of experience, is reflected right around Europe. It is a particular problem here because so many of the military are conscripts and people don't like to send them off anywhere in that context. But it is also part of the problem of the left-overs of cold-war military configurations and militaries not being atuned to the necessities for deployments around the place. So under those circumstances there is an increasing question that is being asked by all sorts of people including me: "But why shouldn't you rely on private military resources if they are available? They are experienced, they are tough, they are former commandos from South Africa and elsewhere, they can do the job probably downside better than some other countries with limited training effectiveness. So why not? Why not, provided they can be properly regulated, provided they can be properly transparent?" There is legislation being talked about and delivered in South Africa, there are white papers and so on in the UK that have been wrestling with this issue.

The answer as to why not, and I think this has finally been decided and the experience in Iraq has really rather reinforced that, is that there are just too many problems associated with the

military resources being enhanced or utilized in this particular way - the privatization of the traditional state responsibility. There are three quick points to conclude which describe this problem as I see it. The first one is that with a private army, with these private military companies being essentially private resources you can never replicate the personal accountability of those that are involved. You simply can't replicate the military discipline in a private sector setting. We have seen this in every private company: however much you try to coordinate them, they tend to have their own rules for engagement which vary from contractor to contractor. You have got plenty of examples of stressed out and undertrained military, private military resources misbehaving themselves all over the place, in Iraq on the streets and as we have seen more recently in the prisons. You have also got the classic examples: I remember Bosnia in the 1990s where a number of employees of a private military company called Dinecorp were implicated in a sex-trafficking scandal involving girls as young as twelve. But there was no question of a court-martial for these guys. All that happened is that - as private workers - they were simply bundled on the next plane back to North America and that was it. And there really is just a fundamental institutional problem however hard you try. What happens if the private military company decides that things are getting too hot for it in a particular environment? "This was not

what we contracted for, let's get out of here!" They just pack their bags and choose to leave. What are the sanctions that are available?

Second problem is that it is not just personal accountability. There is another crucial issue of accountability, and that is political accountability for governments. If governments increasingly resort to the trick of sending off private contractors to do dirty, difficult military jobs on the basis that if the body count starts to mount up, it is not going to generate anything like the neurosis when sending in actual professional soldiers and government personnel. If governments do this you start to get away over time from some very important accountability, political accountability principles for assuming responsibility for going to war. And I think of the way in which particularly private military resources that have been deployed on quite a large scale in Columbia in recent times - another area where ICG is active - have in fact seen the deaths of something like 20 or 30 of those people over the last few years, but nobody has noticed in the UK because they are in that category. And the whole issue of what is going on in Colombia in terms of control of what is essentially military behaviour has been rather blurred as result. And the final accountability concern I think is that even if you try to put in place very systematic accountability mechanisms, those mechanisms are really distant and to be full of holes.

Let me just finish with a classic story of the Pentagon's little recent outsourcing exercise with an outfit called AEGIS Defence Services which just a few weeks ago was awarded a 293 million Dollar contract for the coordination of security support, the coordination of all these private military functions throughout Iraq. And the particular guy - and God knows who was doing the contractual process -, the chief executive of AEGIS, is the very same Tim Spicer, the former British army officer who achieved particular notoriety in Britain, back in the 90ies for his role in the Sierra Leone sand line affair in which a company which he had founded shipped 30 tons of arms to Sierra Leone in flagrant breach of the United Nations' arms embargo with his client in the case being described by Robin Cook, then foreign minister, in the House of Commons as "an Indian business man travelling on the passport of a dead Serb awaiting extradition from Canada for alleged embezzlement from a bank in Thailand". And this is the kind of character you can get caught up with. And this is the very same Mr. Spicer that I will remember from the 90ies as well: He was involved in an army mutiny in Papua New Guinea when the local army learned that this guy had received a multi-million dollar contract to eradicate the rebellion there, instead toppled the government, and put him in jail. So there is lots of exotic stories of this kind around.

The short point I am making is that even the allegedly best-run militaries in the world, when they decide to go down this kind of track of employing these kind of services, are bound to mess it up, bound to get caught up with characters whose background and motives are pretty murky, and this is the terrain, I think, you are inevitably in when you go down this path. So maybe there is a case for going on doing the laundry and going on running the cafeterias, but anything more substantial than that, I think, gets us all in a hell of a lot of trouble over time and ought to be much avoided.

Prof. Dr. Michael Bohnet

Vielen Dank Herr Evans, dass Sie sozusagen die allgemeine Verantwortung beleuchtet haben und die allgemeine Rolle der *business community* in der Frage, die wir hier diskutieren, und Dank auch dafür, dass Sie uns klare Regeln genannt haben für "what business can do." Und wir danken Ihnen auch, dass Sie sehr spezifisch auf die Rolle der privaten militärischen Unternehmen eingegangen sind und daraus auch letztlich drei Schlussfolgerungen gezogen haben..

Christine Batruch, Lundin Petroleum AB, Genf

As you will have gathered from the previous speaker, Lundin Petroleum, the company I represent, had a significant experience in the past two years - having invested and worked for few years in Sudan - in an area where there was a conflict. I will be addressing the issue of

Sudan perhaps as a side-line really. What I wanted to do is discuss lessons learned by a company operating in such a context. Just a few brief points about how we got there and the situation we faced. We started off in Sudan in 1998. There was a civil war between the government in the North and a rebel group called SPLA in the South. But the area where we were working was governed by a peace agreement between all the local leaders and the government including sharing of oil revenues and resources. And therefore we had the perception of entering a peaceful area. There had been intertribal sporadic fighting, but during the time that we were in Sudan that fighting intensified, and then there was a split in between the government and some local community representatives, eventually some groups went over to SPLA and got engaged in the civil war. At that point this shift of allegiance represented a deterioration of the situation in our area. And it led us to suspend our activities until such time as a peaceful situation would return. We ended up selling our interest in Sudan before having resumed activities but at a time where there was an active peace process engaged. We are now very hopeful that within the next month there should be a final comprehensive peace agreement which includes a section on the distribution of oil revenues, power sharing, etc. This was meant as a bit of an introduction to give you a background as to why I am going to address these issues.

First, the role of oil companies. One hears a lot about the role of oil companies, but their first and foremost role is an economic one. Exploration and production companies like ours are there to find oil resources. Market needs it and we are there to fulfill that market demand. Now what does that mean in a larger context? You know you have an economic goal, but you hopefully do it in such a way that fulfills other criteria as well. In the context of an oil company it would be that you have to do it in an environmentally responsible way, and if you are dealing in a challenging environment, an undeveloped environment or developing environment, you have to do it in a socially responsible way as well. This becomes a bit tricky because oil resources are such that they are nowadays generally situated in volatile areas. All the easy oil has been found. There is a lot of activity going on in the first world, but a lot of the undeveloped resources are in the third world. Some of the challenges that a company can face are poor governance, lack of rule of law, there may be corruption, there may be political instability, or in the worst of cases - as we experienced it - there may be conflict.

How does a company respond to such environments? What can it do in order to ensure, as Mr. Evans suggested, to do no harm and rather do some good? Well, there are certain things that a company has to do. First it has to know the environment in which it is operating. This

is a lesson I think we learned in Sudan; although we had done some analysis of the environment, it was probably insufficient. We did not have an in-depth understanding of some of the variables that we were going to face in Sudan. We had done base-line studies, but they did not bring up these issues. I recall an environmental base-line study we did and we were told that the region in which we were operating was hardly populated at all; and yet over time we discovered that the number of people there was much greater than we had ever imagined to be. So the first thing I think you do as a company is to look at measures that you can put in place internally to ensure that you are conducting your business in a way that is acceptable to you. We refer to codes of conduct. There is a controversy about codes of conduct. Codes of conduct are methods of self-regulation. But having a look from the inside is not just a paper making exercise. It is a way of expressing oneself in a larger context. In our company it was a process that went both from the ground and from above. We started off with a discussion at the board level, the management level, and we included our employees from the ground as well to see what were our values, what were some of the things we were prepared to do and some of the things we were not prepared to do. For instance the fact that we suspended operations, although at the time Sudan was our major asset, and that we stopped working there for over two years, I think, was a test to the fact that yes, indeed,

when you express your values in a certain way you then follow up on them. So these are internal things that a company does, and we can maybe in our discussion later go into the merits of self-regulation versus regulation.

But what are some of the *external* measures that a company can take? I am tempted to use a phrase which was actually a political phrase, which is called "constructive engagement". This is what the European Union did in Sudan. It decided to constructively engage with the government of Sudan in order to promote good behavior. I would tend to say that this is what we, as a company, modestly were trying to do within our sphere of operations and area. The first thing is engaging with stakeholders - find out from all of them. That includes the host government with whom you are in relationship; sometimes you have a partnership with them. It also involves the local communities. We had met with representatives of the local community at the time that we signed our agreement with the government, and they were in agreement with the oil because they saw oil as the best way of getting out of poverty which is really something that Sudan is suffering from at a heightened level. But not only the local communities, also civil society. And yes, we did read the reports of the International Crisis Group. We were somewhat sorry that ICG did not consult with us on some of the information. We are often asked to be open, transparent and engaged with

others, but it is a two-way street. We found that we could work very openly with an organization, a non-governmental organization, but most of it was behind the scenes, because at one point for a non-governmental organization to be seen to discuss with us was a blemish on their reputation, because NGOs also have their reputation. But we worked behind the scenes because we wanted to find out what was the real situation. We wanted to communicate our perception of the situation in order to find a solution which would be acceptable to all. So civil society is there, but so are international and intergovernmental organizations. We had contacts with the UN Human Rights Commission; there were reports written about Sudan, reports written about our area of operations. Those reports were written without anybody having ever gone to our area of operations or consulting with us. So we invited the UN Rapporteur to make a field visit to our area, to determine from first hand knowledge what the situation was and to what extent some of the criticisms was not based on fact but more on opinion.

Home government has to be involved as well, of course - we are a Swedish company, we have a home market, and Sweden has a reputation in the world community for promoting human rights, so it obviously has a particular stake in that. We were in very active discussions with the Ministry of Foreign Affairs of Sweden, but also of Switzerland, because our company is based in Switzerland and

this was a way of sharing information, giving our perspective. Luckily for us the Swedish government did consult with us and double checked certain information. That does not mean that they always felt comfortable with what we or the oil business in Sudan were doing, but it did mean that they had a better understanding of some of its dimension.

And finally you have to consult with other private actors, other oil companies whether from Western countries or others. We had a consortium with a Malaysian and an Austrian company. We had to make sure - we were the operators - that what we proposed as methods was something that they felt comfortable with. It was with the assent not only of the Malaysian company and the Austrian, but the Sudanese company SUDAPET, representing the government, that we implemented some community-based programs which had a triple objective, I would say. The first one was just the notion of being in an area where there are some very strong needs. Sudan is an extremely poor country that does not have any of its basic needs fulfilled, whether it is in supply of fresh water, medicine or schools. So we tried to address those issues. Why? Because we were in those areas; we saw these people. One tends to think the oil companies are these entities far away, but I was there, physically present, on a number of occasions. You see certain things, you respond to those needs. We also were trying to suggest to local communities

that if they have some direct benefits from our activities, they would be more likely to support us. And this was our message to the local community, look, if you support us you may get something good. And it was also a message to the government: look, if you share better in some of the wealth you have, the likelihood is that you're going to have the possibility of continuing these activities. So in a way a wealth shared is a wealth gained. And as you were mentioning before, the role of engagement and the need for companies to be pro-active in certain requests to government: We did so. We had an ongoing discussion with the government: You signed an agreement with a revenues-sharing scheme which was very equitable. We believe that that is the best way for it to work in Sudan. And we cannot function in the context of a conflict! And the proof was that we did suspend activities and did not resume. So there are the lessons learned.

Prof. Dr. Michael Bohnet

Vielen Dank Frau Batruch, dass Sie uns noch mal das längerfristige Engagement im Sudan erläutert haben, so dass wir also wissen, dass das sozusagen auch eine Geschichte hat. Das ist ja sehr wichtig, um diesen Fall zu verstehen. Und dann danke ich Ihnen auch sehr, dass Sie klar gesagt haben, was eine Firma tun kann, was Ihre Firma getan hat mit *internal measures* und *external measures*, und wie Ihre Kommunikation war sowohl mit den

NGOs, mit den Regierungen als auch mit der local community.

Prof. Herbert Wulf, Projektleiter und Direktor a.D. des BICC, Bonn

Ich möchte mich der Frage widmen, welche Konsequenzen die Aktivitäten der privaten Militärfirmen, zu denen Gareth Evans sich schon geäußert hat, für den Verlust - oder den *drohenden* Verlust - des staatlichen Gewaltmonopols haben. Ich habe dies in acht Punkten zusammengefasst.

Erstens, die Frage nach den Formen dieser Privatisierung. Ich möchte gerne zwei Formen unterscheiden, nämlich einerseits die nichtstaatlichen Gewaltakteure wie *war lords*, organisiertes Verbrechen, Gangs, Rebellen, Milizen usw., die im wesentlichen aus ökonomischen Gründen auf Gewaltmärkten agieren. Und das Zweite sind die privaten Militär- und Sicherheitsfirmen, die deshalb jetzt in Mode gekommen sind, weil sie in zunehmendem Maße von Verteidigungsministerien beauftragt werden, traditionell militärische oder auch polizeiliche Funktionen zu übernehmen. Und diese zweite Form der Privatisierung, dieses *Outsourcing* an Firmen, ist das Ergebnis einer gezielten Politik. Das wirtschaftsliberale Konzept des schlanken Staates macht auch vor den Kasernentoren nicht halt. Und neben dieser bewussten Privatisierung haben aber auch von der Nachfrageseite her die neuen vielfältigen Aufgaben von Streitkräften internationaler Art dazu beigetragen, dass sich Streitkräfte über-

fordert fühlen, obwohl sie, wie Herr Evans zur Bundesrepublik ausgeführt hat, über 250.000 Mann haben. Und man müsste noch die 125.000 Zivilangestellten hinzu rechnen; also fast 400.000 Männer und Frauen dienen in der Bundeswehr als Soldaten oder als Zivilisten, und trotzdem hat die Bundeswehr im Moment, wie wir gestern gehört haben, nur 7.000 Soldaten stationiert und kann nicht mehr als 10.000 maximal stationieren. Das heißt also, von der Nachfrageseite her werden diese privaten Firmen durch Verteidigungsministerien beauftragt, insbesondere in den USA und Großbritannien.

Aber es gibt auch von der Angebotsseite her einen Druck. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat es nicht nur einen Überschuss an Waffen gegeben, sondern auch einen Überschuss an militärisch qualifiziertem Personal. Und es sind insbesondere die Spezialkräfte wie Fallschirmjäger und ähnliche, die sich diesen Firmen andienen und sich für gutes Geld – sie erhalten oftmals dreimal soviel wie bei den Streitkräften - für diese Dienste anheuern lassen. Zum Teil sind dies Leute mit durchaus dubiosen Lebensläufen. Garry Evans hat eben schon darauf hingewiesen.

Zweiter Punkt, die Privatisierung im militärischen Bereich mag zwar nicht die Ursache für Konflikte sein, aber die Art und Weise, wie mit Konflikten umgegangen wird, die Art und Weise, wie Gewalt ausgeführt wird und wie darauf reagiert

wird, hat sich bereits durch die privaten Militärfirmen verändert. Die Privatisierung ist die unmittelbarste Methode, das staatliche Gewaltmonopol, das wir als zivilisatorische Errungenschaft seit dem Westfälischen Frieden vor mehr als 350 Jahren haben, auszuhöhlen und in Extremfällen sogar ganz abzugeben. Für mich ist der entscheidende Unterschied zwischen der Privatisierung von Post und Bahn auf der einen Seite und Polizei und Militär auf der anderen Seite, dass Polizei und Streitkräfte die legitimen Organisationen zur Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols sind. Dies ist eine zentrale Errungenschaft, die in der Tendenz aufgegeben wird. Denn die Privatisierung des Militärssektors bedeutet, dass es im staatlichen Auftrage tätige Personen, Organisationen gibt, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. Die Firmen sind ihren Aktionären und ihren Auftraggebern verantwortlich, aber nicht einer demokratischen Kontrolle unterlegen. Aber dies ist auch genau der Grund, warum dies für Verteidigungsministerien so interessant ist. Die privaten Militärfirmen, die von der US-Regierung in Kolumbien beauftragt wurden, in der Drogenbekämpfung tätig zu werden, wurden deshalb beauftragt, weil die Regierung damit die Kontrollen des Kongresses unterlaufen konnten. Die Kontrollen, die Fesseln, die dem Militär angelegt waren, konnte man umgehen, indem man private Militärfirmen beauftragte. Legt man das Kriterium "Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols" an, dann ist es schwierig zu bestimmen, mit welcher Privatisie-

rung von diesen militärischen Aufgaben eine kritische Grenze überschritten wird. Deutlich ist aber geworden, im Irak oder auch bei Kampfhandlungen in anderen Ländern - der Irak ist ja nur der vorläufige, der jetzige Höhepunkt -, dass diese Grenze tatsächlich überschritten worden ist.

Mein dritter Punkt betrifft die Effizienz, die betriebswirtschaftliche Effizienz dieser Methode. Privatisierung wird als marktkonforme Methode angesehen, sicherheitspolitische Aufgaben kostengünstiger durchzuführen. Die Rechnungshofberichte in den USA zeigen, dass die Privatfirmen nicht immer günstiger sind. Aber für den Staat sind diese Firmen deshalb interessant, weil damit keine großen stehenden Heere oder noch größere stehenden Heere unterhalten werden müssen, sondern dass nur der Service, den man braucht, abgerufen werden kann.

Viertens, was versteht man unter Privatisierung? Dies ist ein sehr schillernder Begriff. Das reicht von den eben angesprochenen Werksschutzdiensten für große Firmen bis hin zur Vermarktung von militärischen Liegenschaften oder wie in Deutschland der Privatisierung der Kantinen des Militärs, geht aber auch über beispielsweise Schutz von Hilfskonvois, Logistik für UN-Blauhelme, bis eben hin zu Kampfeinsätzen. Ich glaube, wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, es sind nicht nur wenige Firmen, die in Kampfaufträgen tätig sind, sondern es ist eine breite Palette an unterschiedlichen Akti-

vitäten. Diese militärischen Firmen wehren sich dagegen, als moderne Söldner bezeichnet zu werden. Und im Gegensatz zu Söldnern legen sie auch Wert darauf, dass sie ordnungsgemäß im Handelsregister registriert sind und ihre Steuern bezahlen. Manche registrieren sich auch in den Bahamas, um möglichst keine Steuern zu bezahlen. Aber im Gegensatz zu Söldnern, versuchen sie, sich in die bestehende Firmenstruktur, Unternehmenskultur einzuordnen. Und mehr noch, sie behaupten, dass sie zu Konfliktlösungen auch beitragen können. Es gibt inzwischen eine Organisation dieser Firmen, die sich auf ihrer Internetseite humanitären Organisationen, den Vereinten Nationen anbietet, weil sie die effizienten *peacekeeper* sind. Wenn man sich die einzelnen Fälle anschaut, wo sie tätig geworden sind, dann kann man feststellen, dass sie gelegentlich tatsächlich zur Beendigung von Konflikten beigetragen haben. Doch das waren meistens kurzfristige Erfolge.

Mein fünfter Punkt betrifft die Frage, nach dem öffentlichen Gut Sicherheit. Der Einsatz dieser privaten Militärfirmen verläuft nämlich nicht spannungsfrei. Es stehen sich zwei Grundprinzipien gegenüber: Das Prinzip, ein öffentliches Gut -, Sicherheit - zur Verfügung zu stellen, liegt im Konflikt mit dem privaten Gut, einen Gewinn zu machen. Und diese privaten Firmen, da gibt es nun keinen Zweifel, sind profitorientierte Organisationen, die sich spezialisiert haben, einen professionellen Service für Kriegsanstrengungen anzubieten. Aber es gibt in-

teressante Beispiele aus Äthiopien und aus dem Krieg in Eritrea, wo die eritreische Regierung eine kleine, aber umfassende Luftwaffe von einer russischen Firma, dem Flugzeughersteller, Suchoj-geleast hatte, um diese Flugzeuge samt Piloten, Logistik, im Kriege einzusetzen. Diese Luftwaffe ist aber kaum geflogen. Und zwar deshalb nicht, weil die Eritreer genau das gleiche auf der anderen Seite gemacht haben. Und die Firmen hatten Sorge, ihr Firmenvermögen und ihre Leute aufs Spiel zu setzen. Man könnte natürlich fragen, ob dies eine neue Form des Friedentiftens sein kann oder der Verhinderung von Konflikten, aber umgekehrt gilt natürlich auch, dass diese privaten Militärfirmen ein Interesse daran haben, weitere Aufträge zu bekommen, und nicht unbedingt daran interessiert sind, mit effizientem Einsatz die Konflikte rasch zu beenden.

Sechster Punkt, wie reagieren die Streitkräfte? Dieses Thema ist in den Streitkräften umstritten. Auf der einen Seite gibt es Sorgen in den Streitkräften, was denn die künftige Rolle der Streitkräfte sein kann. Die Streitkräfte fühlen sich immer mehr abhängig von solchen Firmen, insbesondere beim Einsatz moderner Waffensysteme. Auf der anderen Seite sind aber die Soldaten besonders in den USA der Meinung, man könne ihre eigentlichen Aufgaben - und das wird dann so im Jargon der Consulting Firmen genannt, ihre "*core competency*" ihre Kernkompetenzen - stärken, nämlich Kriege

zu führen, wenn man nur genügend logistische Aufgaben des Militärs abgibt.

Siebter Punkt, die rechtliche Grundlage. Es gibt nur zwei Länder, in denen es Grundlagen für diese Militärfirmen gibt. Das ist erstens Südafrika, das aus der Erfahrung von *Executives Outcomes* gelernt hat und klare Regeln eingeführt hat. Südafrikaner müssen sich, wenn sie diese Dienste anbieten wollen, bei der Regierung registrieren lassen. Und das zweite Land sind die USA, die diesen Firmen Lizenzen geben, und deshalb kommen diese Firmen auch mit Regelmäßigkeit, wenn sie angegriffen werden, darauf zurück und sagen, wir arbeiten im Auftrag der Regierung - was in den meisten Fällen auch stimmt. Ich gehe davon aus, dass diese privaten Firmen, diese privaten Militärfirmen kein Modetrend sind, sondern sich längerfristig durchsetzen, und möglicherweise noch mehr werden. Und deshalb ist es unbedingt erforderlich, dass Regeln für das Engagement dieser Privatfirmen gefunden und im internationalen Recht verankert werden. Es gibt da eine ganze Menge von praktischen, rechtlichen Fragen, beispielsweise, wer ist verantwortlich für die Bewaffnung dieser Firmen? Was passiert, wenn diese Mitarbeiter der Firmen ihren "Arbeitsplatz" verlassen, wenn die Situation kritisch wird? Das heißt also, Regeln müssen geschaffen werden.

Letzter und achter Punkt, die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte wird sowohl durch die Tatsache ausgehöhlt, dass

die Streitkräfte immer mehr international tätig sind, wie auch dadurch, dass immer mehr Aufgaben der Streitkräfte an Militärfirmen gegeben werden. Das heißt, ich fürchte, durch diese Privatisierung wird das staatliche Gewaltmonopol ausgehöhlt und in Frage gestellt.

Prof. Dr. Michael Bohnet

Vielen Dank, Herr Wulf, insbesondere dafür, dass Sie noch mal klar diese zwei Formen unterschieden haben, nämlich die nichtstaatlichen Gewaltakteure und eben die privaten Militär- und Sicherheitsfirmen, und dann eben auch auf die Problematik der betriebswirtschaftlichen Rentabilität und die Frage der demokratischen und parlamentarischen Kontrolle hingewiesen haben.

Dr. Peter Lock, European Association for Research on Transformation

Es ist schwer, ein bisschen zusammen zu fassen, was in diesen zwei Tagen zur Transformation der Entwicklungspolitik in Sicherheitspolitik gesagt worden ist. Sie ist kaum zu leugnen, und die Versuche von Herrn Stather, sich dagegen zu verteidigen, mögen Früchte tragen, aber ich bin skeptisch. Das zentrale Thema ist doch die dramatische Asymmetrierung des Gutes öffentliche Sicherheit in der Weltgesellschaft. Und da ist eine Dimension hier nicht erwähnt worden - und da möchte ich auch ein bisschen das weiter treiben, was Herbert Wulf hier vorgetragen hat -, nämlich dass wir uns eingestehen müssen, dass längst aufgrund der ungleichen Einkommensverteilung ein er-

heblicher Teil der Bevölkerung auf die Bereitstellung des allgemeinen öffentlichen Gutes Sicherheit verzichtet und das in Form von privaten Vorkehrungen abwickelt. Das ist einmal angesprochen worden, als von den Zitadellen gesprochen wurde. Um das jetzt auf den Begriff zu bringen, diese Zitadellen sind ja ein radikaler Ausdruck der Privatisierung und der asymmetrischen Privatisierung des öffentlichen Gutes Sicherheit. Und ich denke, diese Dimension ist hier nicht hinreichend angesprochen worden. Das betrifft nämlich, und das ist das Weiter-treibende und damit höre ich bei Herrn Wulf auf, die Privatisierung. Er hat das ja bisher so diskutiert, als sei das eine Verschiebung der Mittel des Steuerzahlers von einer öffentlich-rechtlichen staatlichen Institution hin zu privaten Unternehmern. Der Staat erteilt Aufträge an private Unternehmen. Es gibt aber doch eine Menge Indizien, und die müssen wir, glaube ich, beobachten, dass im Rahmen der gegenwärtig herrschenden ordnungspolitischen Doktrin längst darauf verzichtet wird, auf dem gesamten Territorium von Nationalstaaten symmetrisch Sicherheit als öffentliches Gut zu produzieren. Und es ist aus Sicht großer internationaler Konzerne heute wesentlich rationaler, die Steuerzahlung, die die Produktion des öffentlichen Gutes Sicherheit erst möglich macht, zu hintertreiben und die Sicherheit, die für ihre Interessen notwendig ist, auf dem privaten Markt rationeller zu erwerben. Und da sehe ich die große Gefahr für die weitere Aushöhlung des

öffentlichen Gutes Sicherheit, das eh nur sehr asymmetrisch bereit gestellt wird.

Zoran Brajovic, freier Journalist

Ich habe zwei Fragen. Erste Frage für Mrs Batruch. Well I would like to refer to something that Mr. Manning saidon that protection of the environment in the function of short term revenues. I am speaking from the point of the big American multinational company also in the oil business era, where 90 to 93 % of the position are directly connected with the generation of revenues. How do you solve this problem of how to put these long-term activies, long-term objectives in the function of short-term revenues? And one question for Mr. Evans on the relationship between legality and legitimacy. Very often our activities - I am speaking about multinational companies - are legal. That means, the activities are not against the positive rules and laws. But inspite of that these activities are not legitimate because in the long run they will produce very bad consequences. How do you see the possibility to solve this problem in the future? Thank you.

Dr. Alexander Gunther Friedrich, UN Exekutivsekretär a.D.

Ich würde gerne Herrn Evans bitten, noch etwas über die Aufgabe des *high level panels* zu sagen. Schließlich haben wir alle die *Millenniums Declaration* begrüßt und haben die Rolle des Privatsektors und der Zivilgesellschaft herausgestellt, und es fragt sich, wenn man eine so

schwierige Aufgabe hat, *threats and challenges of change* innerhalb des UN-Systems zu bewirken, wie weit diese Fragen fortgesetzt werden, und wie auch dieser neue Aspekt, der heute morgen hier im Vordergrund stand, in die Debatte innerhalb der Vereinten Nationen inkorporiert wird.

Gitti Henschel, Feministisches Institut der Heinrich-Böll-Stiftung

Sie haben gerade die Entwicklung von Asymmetrien in der globalen Gesellschaft und von Sicherheit überhaupt angesprochen, und ich würde das gerne noch mal bezogen auf das, was ich gerade gehört habe - ich muss sagen, dass hat mich das ziemlich beeindruckt hat - fortsetzen. Wir haben z.B. die größten Waffenproduzenten der Welt im UN-Sicherheitsrat sitzen, und das sind ja auch private Firmen, die das in den einzelnen Ländern betreiben. Und wenn ich das jetzt verbinde mit dem, dass eine Form der Privatisierung von Militäraufgaben stattfindet, dann sind ja eigentlich schon auf einer anderen Ebene zumindest militärische Produkte auch immer schon privat hergestellt und dann von den Ländern natürlich für eigene Zwecke genutzt worden. Da haben wir auch eine Grauzone, und wir sind dem ja auch nie beigekommen in Ländern, in denen zum Beispiel mit deutschen Waffen Krieg geführt wird. Und da gibt es ja auch oft, so habe ich den Eindruck, keine wirklich klaren Regularien oder Sanktionen, wo Verstöße offen werden, weil es auch ein privates Interesse der einzelnen Firmen gibt; und

gleichzeitig sind auch die Nationalstaaten daher nicht gerade besonders besorgt, da zu reagieren. Eskommt mir vor, als wäre das noch mal eine Fortsetzung, aber die Tendenz, so verstehe ich das, liegt schon weit vorher.

Christine Batruch

I am not quite sure I understood your question, but if it is "How do you invest in long-term activities while corporate responsibilities are all seen in a short-term context?" Well, let me change it around: Oil business is a long term activity, and it is a capital intensive activity. Therefore, whenever we begin exploring in any country, there is a very large investment which is supposed to bring results over a long period of time. In Sudan for example we had 15 million dollar investment. And we knew that we would have to wait another three, maybe four years before we would have any revenues back. Therefore I say it is almost a perfect match between corporate responsibility and oil business, in so far as it is very much long-term. And that is also why it is theoretically - and the challenge is to do it practically - also a good match for community development work and peace building work, because it is a long-term activity. Now the challenge is "how", not "whether". And that is the whole issue in front of companies: How can one do certain things in order to obtain that result. But that *is* long-term.

Gareth Evans

On the question of legality versus legitimacy: Practically none of the items in my list of five "no"s or five "don't" are in fact restrained by legal rules. What we are talking about at the moment is an environment purely of legitimacy rules, moral rules if you like, rules of an entirely informal character which we are arguing should be observed. Some of the things that I listed don't really lend themselves to legal regulation because of the extreme difficulty of definition themselves. For example what is environmentally sensitive investment, or what is a source of revenue for a local player who is in the business of perpetuating a conflict. That stuff is very hard to put in legal guise. But some things are not: Everything has to do with weapons proliferation could well be substantiated and reinforced by much more stringent international rules than we have at the moment and, of course, such a debate is going on right now, particularly as we learn more and more about what has been described as the "Wall Mart" of business activity that supported proliferation of so much the stuff which supported the Pakistani programme for example, and the North Korean and the Iranian as well.

Similarly, on the issue of corruption: That is an area where there could be much more fierce regulation of corporate activity and which, really, corporations ought to welcome in their own interest, provided it can be applied across the

board. One of the things that the Europeans have got to do, the EU has got to do, is introduce much more stringent regularity requirements of this kind and enforce them much more effectively. And similarly, in the United States, if you got the two biggest economic blocks in the world both marching to the same set of rules effectively enforced, that means that your competitors won't be that easily able to get a march on you, and that is really of course what corporates worry about. But there is more work to be done to close that gap, I agree.

On the question of what this high level panel is doing, I mean it could take an hour, but let's reduce it to two or three minutes. The high level panel was established by Kofi Annan last November as a sort of a 60 years stock take with the UN security system and the whole international security system in terms of its capacity to handle not just the kind of challenges in the middle of the last century, but the challenges we are going to be facing over the whole of this coming century. And so our focus on the panel is on a whole variety of threats to both state security and human security. We are addressing the issue of conflict between states, conflicts within states, weapons of mass destruction, terrorism, and also the issues of personal security threats: disease, starvation, poverty, environmental degradation. And we are trying to identify more appropriate policy strategies to deal with that collectively by the wider international community, and

the necessary institutional reforms that are perhaps required if we are going to have more effective delivery. It will be not so much an exercise in UN reform as such, but of addressing where the shortfalls are in terms of the capacity of multilateral action to really address the kinds of security problems we are talking about. So the focus is on government behaviour and performance and control. It focusses on intergovernmental responses, not so much at all really on the private sector, but we have to be sensitive of course in looking at the way the world should work.

Now to the growing interphase between government and private security. In that context one of the reasons for concern is this outsourcing phenomenon, or this retreat that Prof. Wulf talked so eloquently about from that traditional very hard-won state of monopoly of power that has been occurring in so many I think rather insidious ways. And this is an issue that I suspect we will be addressing at least quietly, at least partially rather, in terms of our area of work which will be completed hopefully by the end of this year and will feed into the global consideration next year and partly the "summitry" that is going on 2005 as regards the 60th anniversary. Hopefully we will be producing a kind of agenda for a substantial reform in the future, including what we will obviously have to address: things like credibility and legitimacy at the Security Council in its present composition, the

disfunctionality of the ECOSOC and other parts of the international system, the role of the IMF and the World Bank, and the institutional problem in particular.

My last word is on dealing with the problem of failed or failing, fragile states which are the source of so many concerns to us these days, both from a millennium development goal perspective and also from a security perspective. So it is a hell of a task that my panel has. The expectations are very high that we will deliver some major big bang. I just hope that we can begin to satisfy some of those expectations. I am not at all sure at this stage whether we can.

Prof. Herbert Wulf

Ich möchte gerne zu zwei Punkten Stellung nehmen. Einmal zu dem, was Peter Lock angesprochen hat. Ich kann dem nur zustimmen, dass das Angebot des Gutes öffentlicher Sicherheit inzwischen in vielen Ländern nicht mehr möglich ist, möchte aber auch darauf hinweisen, dass an diesem Konzept öffentlicher Sicherheit nach wie vor festgehalten wird. Und diese Tendenz der Beauftragung militärischer Firmen unterhöhlt auch noch diese Norm, dass das öffentliche Gut Sicherheit in vielen Ländern nicht mehr funktional angeboten werden kann. Ich glaube, das ist vielfach beschrieben worden. Ich würde in dem Zusammenhang das Buch empfehlen, das Erhard Eppler vor zwei Jahren geschrieben hat, um dort hinsichtlich dieser Frage nachzulesen.

Der zweite Punkt ist der Hinweis auf die Waffenfirmen. Dieser Vergleich ist durchaus richtig, denn auch die Waffenfirmen wurden privatisiert. Das war ursprünglich die Aufgabe militärischer Arsenale. Auch das wurde aufgegeben. Ich sehe aber einen entscheidenden Unterschied darin, dass wir jetzt mit den neuen privaten Militärfirmen wirklich auf den Kern der Streitkräfte, nämlich Krieg zu führen, zukommen, während die Rüstungsfirmen in der Tat "nur" die Zulieferer für die Streitkräfte waren. Ich will das nicht verniedlichen, aber trotzdem ist es noch ein qualitativer Unterschied, was jetzt passiert. Im übrigen sind die großen Rüstungsfirmen an diesen neuen kleinen, im Regelfalle mittleren privaten Militärfirmen sehr interessiert und kaufen sie langsam auf, weil sie nämlich einen Boom erleben, der das als Geschäft für die Rüstungsfirmen interessant macht. Also wenn man es zugespitzt sagen will, kann man sagen, das staatliche Gewaltmonopol wird neuerdings an der Börse gehandelt.

Prof. Dr. Michael Bohnet

Vielen Dank Herr Wulf. Ich glaube ich spreche im Sinne aller Anwesenden, wenn wir uns bei dem Panel noch mal sehr bedanken für die äußerst präzisen und für mich in vielen Bereichen neuen Informationen über dieses schwierige Thema der wirtschaftlichen Akteure. Normalerweise schließt ja ein Chairman mit dem Hinweis, dass er keine Zusammenfassung versucht. Auch ich werde

das nicht tun. Ich will aber wenigstens zum Schluss noch zwei Sätze sagen, um das vierte Panel ein wenig in unseren Gesamtkontext dieses Forums Globale Fragen einzubinden. Friedensbemühungen, seien sie nun entwicklungspolitischer Art oder seien sie auch militärische Interventionen, können zu keiner nachhaltigen Stabilisierung führen, wenn es nicht durch frühzeitiges und konsequentes Handeln gelingt, zu einer transparenten und entwicklungsorientierten Gestaltung des Rohstoff- und Ressourcenbereichs zu kommen. Denn diese Verbindung von politischem Klientelismus und auch der Nutzung von Ressourcen gilt eben unter strategischen Gesichtspunkten als eine sozusagen klassische Form des Staatsversagens. Und deshalb will ich noch hinzufügen, dass die Diskussion, die wir über die Notwendigkeit der Regeln privater Sicherheits- und Militärdienste geführt haben, wie auch die Diskussion, die wir über die Frage der Sicherheit als öffentliches Gut geführt haben, - um das mal auf Deutschland zu beziehen -, die Außenpolitik, die Entwicklungspolitik, die Verteidigungspolitik und die Außenwirtschaftspolitik herausfordern. Denn wenn es diese Diskussion nicht gibt, dann wird das Thema unseres Forums, nämlich "Kein Frieden ohne Entwicklung - keine Entwicklung ohne Frieden" weiter Vision bleiben und nicht Wirklichkeit werden. Aber ich glaube, durch dieses Forum und die Beiträge der Panelisten haben wir dazu beigetragen, Sachverhalte aufzuklären, Anregungen und konkrete Handlungsanweisungen zu geben. Und deshalb danke

ich nochmal Ihnen für Ihre Geduld und den Panelisten für ihre Beiträge und will damit dieses Panel schließen.

Teilnehmer/ -innen

John Akude	Universität zu Köln
Dr. Fouzieh Melanie Alamir	GTZ
Mandana Bahrinipour	BMZ
Nicole Ball	Center for International Policy
Stefan Bannach	Initiative Südliches Afrika e.V.
Christine Batruch	Lundin Petroleum AB
Dr. Christoph Beier	GTZ
Heinz Berger	Dienste in Übersee / E+Z
Sarah Bindokat	InWEnt / EF
Dr. Burckhard Blanke	Friedrich-Naumann-Stiftung
Prof. Dr. Janos Bogardi	UN University Institute for Environment and Human Security
Prof. Dr. Michael Bohnet	Ministerialdirektor a.D.
Dr. Winfried Böll	Institut für Entwicklung und Frieden
Dr. Günter Bonnet	BMZ
Nicole Bosheck	Auswärtiges Amt
Zoran Brajovic	freier Journalist
Jürgen Bremer	PHOENIX
Frank Brenda	ADRA Deutschland e.V.
Prof. Dr. Lothar Brock	Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt
Dr. Graf Thilo Brockdorff	Verband Deutsch-Japanischer Gesellschaften
Dr. Martin Bröckelmann-Simon	Bischöfliches Hilfswerk Misereor
Michael Bünte	Terre des Hommes
Detlef Buwitt	
Peter J. Croll	BICC
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel	Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Anja Dargatz	Friedrich-Ebert-Stiftung
OTL i.G. Michael Dederichs	BMVg
Birgit Dederichs-Bain	Deutsche Welthungerhilfe
Minh Thuan Do Nguyen	Vietnamesische Interkulturelle Frauen und Jugend Initiative in Deutschland e.V.
Karin Döhne	Evangelischer Entwicklungsdienst
Dr. Carola Donner-Reichle	InWEnt
Johann-Georg Dora	Einsatzführungskommando der Bundeswehr
Wiebke Drescher	Universität Bonn
Sabine Eckart	medico international
Tillmann Elliesen	"E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit"
Dr. Noha El Mikawy	Zentrum für Entwicklungsforschung
Willi Erl	CARE Deutschland.e.V.
Dr. Renée Ernst	BICC
Gareth Evans	International Crisis Group
Wolfgang Fechner	Freier Journalist
Heidi Feldt	"Publish what you pay"
Birgit Felleisen	Bischöfliches Hilfswerk Misereor
Lukas Fendel	German Watch
Dr. Thomas Fitschen	Auswärtiges Amt
Stefanie Flechtner	Friedrich-Ebert-Stiftung
Dirk Freudenberg	Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz
Eckehard Fricke	Eirene International
Dr. Alexander Gunther Friedrich	UN Exekutivsekretär a.D.
Dr. Manuel Fröhlich	Friedrich-Schiller-Universität Jena
Harald Ganns	Auswärtiges Amt
Gawan Gawhari	GTZ
Thomas Gebauer	medico international
Jürgen Gebhardt	Fotograf
Joachim Gerhardt	edp-Büro Bonn
Kurt Gerhardt	Westdeutscher Rundfunk/ Hörfunk
Christina Gille	Auswärtiges Amt
Colin Gleichmann	GTZ

Kristian Golle	Netzwerk Friedenskooperative
Claudia Gomm-Ernsting	Bundesakademie für Sicherheitspolitik
Doris-Regina Gothe	"General Anzeiger"
Theresia Graf	Universität Bonn
Alexander Graf York	DGVN
Antje Grawe	BMZ
Ekkehard Griep	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
Sebastian Groth	Auswärtiges Amt
Günter Gruber	Auswärtiges Amt
Dr. Thomas Gutschker	Redaktion "Rheinischer Merkur"
Fouad Hamdan	Greenpeace
Sabine Hammer	Gesellschaft für Bedrohte Völker
Arna Hartmann	InWent / EF
Dr. Reinhard Hartstein	Deutsche Welle
Heinz-Joachim Heintze	Ruhr-Universität
Gitti Hentschel	Feministisches Institut
Norbert Hermann	BMVg
Dr. Reinhard Hermle	VENRO e.V.
Prof. Dr. Peter Herrle	Technische Universität Berlin
Brigitta Herrmann	Germanwatch
Julia Hett	Zentrum für Internationale Friedenseinsätze
Kurt Hildebrand	KfW
Dr. Reinhard Hilger	Botschafter a.D.
Karsten Hinrichs	BMZ
Bernd Hoffmann	GTZ
Dr. Michael J. Hoffmann	BMZ
Katharina Hoffmann	Frauen Netzwerk für Frieden e.V.
Stefanie Hoppe	Katholischer Deutscher Frauenbund
Prof. Dr. Albrecht Horn	DGVN
Stywe Horobanoff	Deutsche Welle
Ronald Hörstmann	pbi – ERHA GmbH
Wahida Hörstmann	pbi – ERHA GmbH
Ingrid-Gabriela Hoven	BMZ
Kathleen Hübner-Schmied	GTZ
Michael Husmann	Einsatzführungskommando der Bundeswehr
David Jacken	BMZ
Prof. Dr. Thomas Jäger	Universität zu Köln
Karin Jank	Auswärtiges Amt
Willem Jaspers	BICC
Ramesh Jaura	Global Cooperation Council / IPS
Frank Jörres	Bundesamt für Bevölkerungsschutz
Dr. Sabine Jung	Arbeitskreis selbständiger Kultur-Inst.
Dr. Nicola Kaatsch	Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs
Marion Kah	Universität Bonn
Dr. Markus Kaiser	Universität Bielefeld
Wolfgang Kaiser	InWent
Martina Kampmann	OECD
Christiane Kesper	Friedrich-Ebert-Stiftung
Saba Khabirpour	Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í in Deutschland e.V.
Markus Kierek	Universität Bonn
Dr. Uwe Kievelitz	GTZ
Dr. Stephan Klingebiel	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
Christoph Klinnert	Deutscher Entwicklungsdienst
Adolf Kloke-Lesch	BMZ
Gerhard Klose	BMVg
Hubert Knirsch	Auswärtiges Amt
Agathe Koch	Kölner Stadtanzeiger
Gerd Kolbe	Neue Zürcher Zeitung
Dr. Burkhard Könitzer	Stiftung Entwicklung und Frieden
Simone Kopfmüller	GTZ
Reinhard Koppe	Brot für die Welt
Anne Kotz	VENRO

Dr. Renate Kruse	InWent
Dr. Winrich Kühne	Zentrum für Internationale Friedenseinsätze
Christina Kükenshöner	KfW
Björn Kümmler	Senatskanzlei Berlin
Dr. Gisela Kurth	Eirene International
Dr. Otto Lampe	Auswärtiges Amt
Dr. Thomas Lawo	European Association of Development Research and Training Institutes
Len le Roux	Institute for Security Studies
Hans-Dietrich Lehmann	BMZ
Simone Lenz	Goethe-Institut InterNationes
Klaus Liebetanz	Fachberater für Katastrophenmanagement
Dr. Peter Lock	European Association for Research on Transformation
Dr. Klaus-Martin Lotz	ehem. Deutscher Bauernverband
Irmgard Lücke	Frauensicherheitsrat
Dr. Claudia Lücking-Michel	Bischöfliches Hilfswerk
Ekaterina Makarova	Universität Bonn
Richard Manning	Development Assistance Committee der OECD
Peter Mares	Projekt zivik
Katrin Matschke	Friedrich-Naumann-Stiftung
Volker Matthies	Führungsakademie der Bundeswehr
Dr. Regine Mehl	Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn
Dr. Andreas Mehler	Institut für Afrikakunde
Dominik Meier	miller und meier Politikberatung
Ulrich Mercker	Eine Welt Forum Bonn
Jutta Merz	
Dr. Dirk Messner	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
Gerda Meuer	Deutsche Welle
Steffi Meyer	Initiative Solidarische Welt e.V.
Wolf-Eckardt Meyhoeffer	Bundespresseamt
Dr. Ulla Mikota	VENRO
Dr. Ralf M. Mohs	BMZ
Arne Molfenter	Regional UN Information Centre
Dr. Jochen Motte	Vereinte Evangelische Mission
Joachim Müller	InWent
Dr. S. Mansoob Murshed	Institute for Social Studies
Benedette Muthien	International Peace Research Association
Thi My-Hanh Nguyen	RAG Bildung GmbH
Silke Nikolay	Wissenschaftszentrum
Ulrich Nitschke	InWent
Karin Nordmeyer	UNIFEM Deutschland
Dr. Helmut Osang	Deutsche Welle
Wolf-Christian Paes	BICC
Dr. Hans-Dietrich Pallmann	Center for International Cooperation Bonn GmbH
Birgit Pickel	BMZ
Angelika Pohlenz	ICC Deutschland
Ralph Peter Poirel	Deutsche Bischofskonferenz
Wolf Poulet	Consultant
Dr. Andreas M. Rauch	Universität Bonn
Claus Peter Rees	International Consultant
Dr. Elisabeth Rehn	finnische Außenministerin a.D.
Dr. Ludger Renke	Germanwatch
Hannah Reuter	Universität Bonn
Cornelia Richter	GTZ
Dr. Henning Riecke	DGAP
Astrid Ritter-Weil	Frauensicherheitsrat
Katja Roehder	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
Margit Röhm	Deutsche Welthungerhilfe
Dr. Günter Roos	InWent
Ricarda Roos	BMZ
Manuela Roßbach	CARE Deutschland e.V.
Dr. Ursula Schäfer-Preuss	BMZ

Heribert Scharrenbroich	CARE Deutschland e.V.
Dr. Conrad Schetter	Zentrum für Entwicklungsforschung
Hans Schipulle	BMZ
Peter Schlaffer	Friedrich-Ebert-Stiftung
Sandro Schmidt	Kölnische/ Bonner Rundschau
Susanne Schmitz	Universität Bonn
Dr. Andreas Schneider	Deutscher Entwicklungsdienst
Dr. Jens-Jürgen Schnieders	Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik der Deutschen Wirtschaft
Dr. Kai Schnieders	Carl Duisberg Centre
Dr. Hendrik Schott	Verein der Ausländischen Presse in Deutschland e.V.
Caroline Seiler	Frauen Netzwerk für Frieden e.V.
Prof. Dr. Udo E. Simonis	Wissenschaftszentrum Berlin
Mathias Sommer	Deutsche Welthungerhilfe
Lea Sötter	Universität Bonn
Angelika Spelten	Institut für Entwicklung und Frieden
Dr. Jeannette Spenlen	Komitee für UNIFEM
Heike Spieker	Deutsches Rotes Kreuz Generalsekretariat
Vera Städtig	BMZ
Christina Standke	
Dr. Klaus-Heinrich Standke	Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit e.V.
Erich Stather	BMZ
Botschafter Michael Steiner	Ständiger Vertreter Deutschlands bei den VN in Genf
Dr. Jochen Steinhilber	Friedrich-Ebert-Stiftung
Elisabeth Strohscheidt	Misereor
Johanna Stumm	VENRO
Janusz Styczek	Generalkonsulat Polen
Gerhard Süß-Jung	Stiftung Entwicklung und Frieden
Dr. Andka Szukala	Universität zu Köln
Hessameddin Tabatabai	GTZ
Stefan Telöken	UNHCR
Ulf Terlinden	Zentrum für Entwicklungsforschung
Jörg Thiele	
Christian Thomale	Oberstleutnant a.D.
Christine Toetzke	BMZ
Ghulam-D. Totakhyl	Annemarie-Schimmel-Forum e.V.
Dr. Bernhard Trautner	BMZ
Benjamin Triebe	freier Journalist
Peter E. Uhde	BMVg
Juri Viehoff	London School of Economics
Judith Völker	Universität Bonn
Julia von Dewitz	Universität Bonn
Judith Vorrath	Stiftung Entwicklung und Frieden
Ursula Vossenkuhl	BMWA
EGGE Weers	Deutscher Zeitungsdienst
Hildegard Weigert	Projekt zivik
Elisabeth Weiser	Center for International Cooperation
Peter Weiss	Universität Bonn
Maria Weitz	Deutscher Entwicklungsdienst
Dr. Christoph Weller	Universität Duisburg
Mareike Wenzel	BICC
Stefan Werland	German Watch
Heiko Werner	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
Dr. Volker Weyel	Redaktion "Vereinte Nationen"
Verena Wiesmann	
Heinz-Hartmut Wilfert	ADRA Deutschland e.V.
Gunda Winomüller	Universität Bonn
Renate Wolbring	Kommunen in der Einen Welt
Prof. Dr. Herbert Wulf	Projektleiter BICC
Roland Wunsch	Netzwerk Friedenskooperative
Karl-Otto Zentel	Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V.
Birgit zum Kley-Fiquet	Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V.

Was ist das "Forum Globale Fragen"?

Der **Prozess der Globalisierung**, der **immer stärkeren Verflechtung** von einzelnen Staaten und Regionen dieser Welt, hat in den letzten zehn Jahren neben seinen unübersehbaren wirtschaftlichen Folgen **auch einschneidende politische Auswirkungen** gehabt. Zentrale globale Herausforderungen sind:

- der Schutz unserer natürlichen Umwelt und ihre Erhaltung für zukünftige Generationen,
- das Bevölkerungswachstum und die Suche nach einer angemessenen Reaktion darauf,
- die Armutsbekämpfung und die Schaffung eines gerechten Ausgleichs zwischen Arm und Reich,
- der Schutz der Menschenrechte in der ganzen Welt und die Durchsetzung von allgemein verbindlichen Menschenrechtsnormen,
- die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels,
- die Prävention von politisch-militärischen wie auch von wirtschaftlichen Krisen und ihre Deeskalation.

Diese globalen Fragen sind in der Regel eng miteinander verknüpft; sie müssen deshalb deutlicher in ihren Zusammenhängen – mit dem Ziel **themenübergreifender Lösungsansätze** – analysiert werden. Dazu gehört die gewachsene Erkenntnis, dass die meisten Probleme nicht mehr von einzelnen Staaten alleine gelöst werden können und die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik zunehmend unscharf geworden sind. Zusätzlich zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und zu gemeinsamen internationalen Bemühungen ist eine verstärkte Beteiligung nicht-staatlicher "global players", der sogenannten **"Zivilgesellschaft"**, notwendig.

Aus dieser Überlegung heraus wurde das **"Forum Globale Fragen"** im April 1999 vom Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer, im Beisein von UNO-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufen. Es dient als **Plattform** des Auswärtigen Amtes für den Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Dieser Dialog zwischen staatlichen Akteuren und Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Kirchen, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen befasst sich mit dem **Gesamtspektrum globaler Probleme**.

Dem hier dokumentierten "Forum" gingen bereits neun große Treffen voran, die ebenfalls in Broschüren dokumentiert sind.

Die **Gründungsveranstaltung am 28./29. April 1999** galt dem Thema **"Globalisierung – Neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft in der Außenpolitik"**. Ziel war es, die inhaltlichen Zusammenhänge einzelner globaler Fragen stärker herauszuarbeiten sowie nachhaltige, kohärente Lösungsansätze zu erschließen. Drei Themenkomplexe – "Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung"; "Frieden und Sicherheit"; "Partizipation und Legitimation" – wurden behandelt.

Das **zweite "Forum Globale Fragen"** fand am **6./7. Oktober 1999** in der Humboldt-Universität in Berlin statt. Es war dem Thema **"6 Milliarden Menschen – Bevölkerungswachstum als eine zentrale globale Herausforderung"** gewidmet. Der Direktor der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, Joseph Chamie, führte mit einer Rede in das Thema ein. Es folgte eine Diskussion mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Joschka

Fischer. Anschließend diskutierten ca. 200 Experten in vier Arbeitsgruppen Aspekte des Themenfelds.

Am **8./9. Mai 2000** fand im Auswärtigen Amt in Berlin das **dritte Forum** zum Thema "**Gleichstellung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft**" statt. Die Konferenz wurde von Staatsminister Dr. Ludger Volmer eröffnet. Unter den Teilnehmern waren die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, die Sonderberaterin des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Frauenthemen, Frau Angela King, und die Exekutivdirektorin von UNIFEM, Frau Dr. Noeleen Heyzer. Die über 200 in- und ausländischen Gäste kamen wieder von Nichtregierungsorganisationen und aus Politik und Wirtschaft. Die Veranstaltung wurde zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt. Im Hinblick auf die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen "Frauen 2000" vom 5. bis 6. Juni 2000 wurden dabei in einem ergebnisorientierten Austausch praktische Erfahrungen und neue Lösungsansätze zur Verwirklichung der Gleichberechtigung erörtert.

Das **vierte "Forum Globale Fragen"** am **24./25. Oktober 2000** stand unter dem Eindruck des Millennium-Gipfels der Vereinten Nationen und das Thema lautete daher "**Die UNO stärken, neue Impulse nach dem Millenniums-Gipfel**". Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Bundesaußenminister Fischer, der in seiner Rede auf den Millenniums-Bericht des VN-Generalsekretärs einging und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den VN und der Zivilgesellschaft sowie transnationaler Wirtschaftsunternehmen hervorhob. Zu den Rednerinnen und Rednern gehörten auch die stellvertretende VN-Generalsekretärin Louise Fréchette und der Sonderberater des VN-Generalsekretärs John Ruggie. Auf diesem Forum wurde das "Global Compact"-Projekt von VN-Generalsekretär Annan diskutiert.

Am **25./26. Juni 2001** widmete sich das **fünfte "Forum Globale Fragen"** - durchgeführt im Zusammenarbeit mit der Stiftung Entwicklung und Frieden - den "**Neuen Globalen Partnerschaften**" zwischen den Vereinten Nationen und der Wirtschaft. Mit dem Beigeordneten Generalsekretär der VN, Michael Doyle, wurde über die "Global Compact"-Initiative von VN-Generalsekretär Kofi Annan, über neue Modelle für die Zusammenarbeit von Staaten, internationalen Organisationen und Unternehmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sowie über die auf deutschen Vorschlag von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution "Auf dem Weg zu neuen Partnerschaften" diskutiert. Die fünfte Veranstaltung war zugleich Anlass, eine Bilanz der bisherigen Arbeit des Forums zu ziehen und Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.

"**Globalisierung und Kommunikation**" war das Thema des **sechsten "Forums Globale Fragen"** am **15./16. November 2001**. Nach dem Einführungsvortrag des Generalsekretärs der OECD, Donald Johnston, stand in drei der vier Panelveranstaltungen die Bedeutung des Internet im Mittelpunkt der Diskussionen. Die Frage, wem das Internet eigentlich gehört führte zu der weiteren Überlegung, ob wir für seine Nutzung und weitere Entwicklung eine Rechtsordnung brauchen. Mit dem Berater von VN-Generalsekretär Kofi Annan für Fragen der Informations- und Kommunikationstechnologie, Pekka Tarjanne, wurde seine Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere der Länder Afrikas, erörtert. Abschließend widmete sich das "Forum" allgemeinen Fragen der politischen Gestaltung der Globalisierung.

Das **siebte Forum Globale Fragen** am **16./17. Mai 2002** beschäftigte sich, angeregt vom "Internationalen Jahr des Dialogs der Zivilisationen 2001" und dem von einer Gruppe hochrangiger Persönlichkeiten für VN-Generalsekretär Kofi Annan hierzu erarbeiteten Be-

richt (dt.: Brücken in die Zukunft, 2001), mit dem **"Dialog der Kulturen"**. Nach der Eröffnungsansprache durch Bundesminister Fischer erläuterten einige der Mitverfasser des Berichts, darunter Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker, der stellvertretende iranische Außenminister Dr. Javad Zarif und Prof. Tu Weiming (Harvard), die Hintergründe und die Philosophie ihrer Studie. Weitere Panels widmeten sich dem Druck der Globalisierung auf die Kulturen sowie dem deutsch-türkischen Miteinander in Berlin als Beispiel für den gelebten Dialog der Kulturen. Zu den Rednern des Panels zur Bedeutung der Menschenrechte als Wertgrundlage für den Dialog der Kulturen gehörte auch die Generalsekretärin von amnesty international, Irene Khan.

Das **achte Forum Globale Fragen** fand unter dem Motto **"Außenpolitik in Echtzeit? Die Medialisierung der Weltpolitik"** am **20./ 21. Februar 2003** im Auswärtigen Amt in Berlin statt. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle (DW) organisiert. Eine besondere Aktualität erlangte das Achte Forum durch die parallel weltweit in den Medien geführte Diskussion über die Notwendigkeit einer bewaffneten Intervention im Irak und die Rolle der Kriegsberichterstätter im Falle eines solchen Konfliktes. Eingeleitet wurde die Konferenz durch eine Rede der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller. Im Anschluss daran führte Nik Gowing, der Chief-Presenter von BBC World TV, mit einer Video-Präsentation unter dem Titel "Tyranny in Real Time" in das Kernthema der Veranstaltung - die "Macht der Bilder" - ein. Auf dem ersten Panel wurde unter Berücksichtigung dieser "Macht der Bilder" diskutiert, wer eigentlich die Prioritäten der Außenpolitik bestimmt: die Medien oder die Politiker? Das zweite Panel widmete sich der Frage, welche Lehren die politischen Institutionen - aber auch die Medien selbst - aus dem sogenannten "CNN-Effekt" ziehen sollten. Das dritte Panel untersuchte die Rolle und Verantwortung der Medien im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, insbesondere am Beispiel des Senders "Al Jazeera", der durch seinen Deutschland-Korrespondenten Aktham Suliman mit auf dem Panel vertreten war. Das vierte Panel diskutierte die besonderen Risiken für Kriegs- und Krisenberichterstätter sowie die Möglichkeiten ihres Schutzes.

Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der deutschen VN-Mitgliedschaft befasste sich das **neunte**, vom Arbeitsstab Globale Fragen diesmal in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) ausgerichtete **"Forum Globale Fragen"** am **11./ 12. Dezember 2003** mit der Rolle der Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert. Unter dem Motto **„Fest entschlossen, unsere Kräfte zu vereinen - die Vereinten Nationen als Motor globaler Strukturpolitik“** diskutierten 22 Panelisten aus fünf Ländern mit fast 300 Teilnehmern über Struktur und Arbeitsweise der VN unter den Bedingungen der Globalisierung, über die Rolle der VN als Förderer nachhaltiger Entwicklung und über die sicherheitspolitischen Herausforderungen, denen sich die VN gegenübersehen. Ein weiteres Panel mit dem Titel "We the stakeholders" widmete sich der Mitwirkung von Nichtregierungsorganisationen im VN-System und allgemein der Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Arbeit der Vereinten Nationen. Bei allen Panels stand dabei durchgängig auch die aktuelle Frage nach der Reformfähigkeit der VN im Mittelpunkt des Interesses. In ihrer Abschlussrede erinnerte Staatsministerin Müller an die große Bedeutung der Millenniumserklärung zur Sicherung von Frieden, nachhaltiger Entwicklung und der Rechte des Einzelnen und betonte gleichzeitig die unerlässliche Rolle, die den VN bei deren Umsetzung zukommt.

Die Veranstalter stellen sich vor

Der **Arbeitsstab Globale Fragen im Auswärtigen Amt** wurde im Sommer 1998 im Zuge einer umfassenden Neubewertung der Behandlung von globalen Fragen geschaffen. Er nimmt Grundsatz- und Koordinierungsaufgaben in diesem Themenfeld innerhalb der Abteilung Globale Fragen, Vereinte Nationen, Menschenrechte und humanitäre Hilfe wahr. Dabei entwickelt der Arbeitsstab konzeptionelle Schwerpunkte für die deutsche VN-Politik und bereitet entsprechende Initiativen, wie etwa die Einbringung und Weiterentwicklung der Resolution "Auf dem Weg zu globalen Partnerschaften", vor. Ein zentrales Projekt des Stabs ist das "Forum Globale Fragen". Es wurde im April 1999 von Bundesaußenminister Joschka Fischer zusammen mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan in Berlin ins Leben gerufen und dient als Plattform für die Vertiefung des Dialogs zwischen Regierung und der Zivilgesellschaft, insbesondere Nichtregierungsorganisationen, zum gesamten Spektrum globaler Probleme. Damit soll es einen Beitrag dazu leisten, die inhaltlichen Zusammenhänge zwischen verschiedenen globalen Fragen mit dem Ziel kohärenter Lösungsansätze herauszuarbeiten.

Dieser neuen Kultur der Kooperation und Vernetzung entsprechend steht der Arbeitsstab interessierten Partnern zum Informations- und Meinungsaustausch zur Verfügung.

Die Koordinaten des Arbeitsstabs:

Leiter: Dr. Otto Lampe, Tel.: 030 5000 1921
Stv. Leiter: Dr. Thomas Fitschen, Tel.: 030 5000 1922
Sekretariat: Ulrike Ungewiß, Tel.: 030 5000 1923
Fax-Nr: 030 5000 1885
E-mail: gf09-s@auswaertiges-amt.de

Adresse: Auswärtiges Amt
Arbeitsstab Globale Fragen (GF 09)
11013 Berlin

Auf der Website des Auswärtigen Amts (www.auswaertiges-amt.de) wurde unter der Rubrik "Aussenpolitik" eine Seite "VN und Globale Zusammenarbeit" mit weiteren Informationen eingerichtet.

Das BICC auf einen Blick: Forschung, Beratung, Ausbildung ...

Als unabhängige, gemeinnützige Organisation fördert das BICC Frieden und Entwicklung. Das BICC will militär-spezifische Prozesse, Aktivitäten, Liegenschaften und Strukturen wirksam und nachhaltig umwandeln. Abrüstung setzt Mittel frei, die zur Bekämpfung der Armut genutzt werden können. Konversion sorgt dafür, dass diese Ressourcen zielgerichtet umgewidmet und bestmöglich genutzt werden können. Beide Prozesse ergänzen sich und tragen zur Verbesserung der menschlichen Sicherheit bei.

Die „klassischen“ Konversionsthemen umfassten beispielsweise die Umwidmung von Militäretats, den Umbau der Rüstungsindustrie, die Schließung von Standorten und die Demobilisierung von Soldaten. Mittlerweile hat das BICC seinen Tätigkeitsbereich erweitert. Heute widmet es sich hauptsächlich den drei Schwerpunkten: Waffen, Frieden schaffende Maßnahmen und Konflikte.

Diese drei primären Themenbereiche der BICC-Analysen werden von anderen Querschnittsaspekten ergänzt, wie etwa Fragen der Geschlechterrollen, Pandemien und Umweltschutz.

Das BICC betreibt angewandte Forschung, veröffentlicht seine Resultate und veranstaltet Konferenzen. Der internationale Mitarbeiterstab leistet Beratungstätigkeit, gibt politische Empfehlungen, bildet aus und führt praktische Projektarbeit durch. Das BICC stellt Regierungen, NROs und anderen öffentlichen und privaten Organisationen Informationen und Gutachten zur Verfügung. Mit seinen an die breite Öffentlichkeit gerichteten Ausstellungen arbeitet das BICC darauf hin, seine zentralen Themen stärker ins Bewusstsein der Menschen zu rücken.

Das BICC wurde 1994 mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) gegründet. Die Gesellschafter sind die Bundesländer NRW und Brandenburg, die NRW-BANK und die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) NRW. Geschäftsführer ist Peter Croll.

Bonn International Center for Conversion (BICC)
An der Elisabethkirche 25, 53113 Bonn

Tel.: 0228/911 96-0

Fax: 0228/24 12 15

www.bicc.de, bicc@bicc.de

Die **Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH** ist ein weltweit tätiges Bundesunternehmen für internationale Zusammenarbeit. Sie arbeitet für das Ziel, die politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung in den Ländern des Südens und Ostens positiv zu gestalten und damit die Lebensbedingungen und Perspektiven der Menschen nachhaltig zu verbessern. Mit ihren Dienstleistungen unterstützt sie komplexe Entwicklungs- und Reformprozesse. Den Dialog der Kulturen versteht sie als einen unverzichtbaren Bestandteil ihrer Arbeit.

Die GTZ wurde 1975 als privatwirtschaftliches Unternehmen gegründet. Ihr Hauptauftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Darüber hinaus ist sie tätig für andere Bundesressorts, für Regierungen anderer Länder, für internationale Auftraggeber wie die Europäische Kommission, die Vereinten Nationen oder die Weltbank sowie für Unternehmen der privaten Wirtschaft. Die GTZ nimmt ihre Aufgaben gemeinnützig wahr.

In über 130 Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas, in den Transformationsländern Osteuropas und den GUS-Staaten beschäftigt das Unternehmen mehr als 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; rund 8.500 von ihnen sind einheimische Kräfte. Die GTZ ist in 63 Ländern mit eigenen Büros vertreten. Zusätzlich arbeiten rund 1.000 Personen in der Zentrale in Eschborn bei Frankfurt am Main.

Anschriften Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
Dag-Hammarskjöld-Weg 1, Postfach 51 80, 65760 Eschborn
Tel. (0 61 96) 79-0
Fax (0 61 96) 79-11 15
E-Mail: postmaster@gtz.de

Büro Berlin
Reichpietschufer 20, 10785 Berlin
Tel. (0 30) 7 26 14-0
Fax (0 30) 7 26 14-1 30
E-Mail: gtz-berlin@gtz.de

Das **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)** gestaltet die Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Diese Politik ist darauf gerichtet, im Sinne einer globalen Zukunftssorge weltweit Armut zu mindern, Frieden zu sichern und die Globalisierung gerecht zu gestalten. Das Referat „Friedensentwicklung und Krisenprävention“ ist in dem Themenfeld der friedensfördernden Entwicklungszusammenarbeit aktiv. Ziel ist, die Krisenprävention, gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung als Querschnittsaufgabe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wirkungsvoll zu implementieren.

Das Konzept der „menschlichen Sicherheit“, wie es vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen geprägt wurde, stellt in diesem Zusammenhang das Leitbild des BMZ dar. Ausgehend von diesem Sicherheitsbegriff, der eine politische, soziale und ökonomische Dimension enthält, befasst sich das Referat „Friedensentwicklung und Krisenprävention“ mit strukturellen Konfliktursachen sowie grundsätzlichen Zusammenhängen zwischen Entwicklungspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik. Dies schließt entwicklungspolitische Beiträge im Rahmen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Bretton-Woods-Institutionen ein.

Herausragende Arbeits- und Förderschwerpunkte sind Maßnahmen in folgenden Bereichen: Demobilisierung, insbesondere Reintegration von Ex-Kämpfern und Kämpferinnen einschließlich Kindersoldaten, Sicherheitssektorreform, Förderung der Kleinwaffenkontrolle, Förderung von Dialog und Versöhnung. Ein Grundsatz des Engagements ist die Beachtung der entwicklungspolitischen Prinzipien der Gleichberechtigung und Partizipation. In der Arbeitsweise des Referats spielt die aufgabenbezogene Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch mit anderen Ressorts, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle, z.B. im Ressortkreis „Zivile Krisenprävention“. Das Referat „Friedensentwicklung und Krisenprävention“ arbeitet mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und Wissenschaftlern bedeutender Forschungsinstitute zusammen, und fördert die staatlich-nichtstaatliche Kooperation im Rahmen der Arbeitsgruppe FriEnt und des Zivilen Friedensdienstes.

Kontakt:

Telefon: 01888 / 535-0

Telefax: 01888 / 535-3500

info@bmz.bund.de

Erster Dienstsitz Bonn:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn

Zweiter Dienstsitz Berlin:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Stresemannstr. 94, 10963 Berlin